

Preussische Allgemeine



Nr. 12 · 24. März 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Der nächste Crash?

Die Pleite der Silicon Valley Bank und die Notübernahme der Credit Suisse stürzen die weltweite Finanzwirtschaft in die Krise **Seiten 2 und 8**



Protektionismus Wie EU und USA den Wettbewerb verzerren **Seite 7**



1848 Als sich Schleswig-Holstein gegen Dänemark erhob **Seite 11**

VON WERNER J. PATZELT

POLITIK

Ein Spiel mit den Spielregeln unserer Demokratie

Das von der Koalition beschlossene neue Wahlrecht soll die Bundestagsmandate begrenzen. Tatsächlich erhoffen sich SPD und Grüne vor allem Vorteile für sich

Lange galt unser Bundestagswahlrecht als vorbildlich. Als grundsätzliches Verhältniswahlrecht entsprach es dem Dogma, die Parlamentsfraktionen müssten die Stimmenanteile der Parteien abbilden. Obendrein war es „personalisiert“. Die Hälfte der Abgeordneten waren nämlich mit Mehrheit im Wahlkreis gewählte Parlamentarier, wobei sich die im Wahlkreis unterlegenen Abgeordneten größerer Parteien an der Basis wie „Direktabgeordnete“ verhielten. Das erzeugte jene Bürgernähe, ohne die Repräsentation nicht zur gelebten Beziehung zwischen dem Volk und seinen Vertretern wird.

Zweierlei störte dann die jahrzehntlang funktionierende Balance von Verhältnis- und Persönlichkeitswahl. Einerseits vergaben die Wähler ihre Stimmen nicht mehr vor allem an Union und SPD. Vielmehr sorgten sie dafür, dass mit den Grünen, der PDS und der AfD nun sechs Fraktionen im Bundestag sitzen. Durch diese Aufsplitterung wird es immer wahrscheinlicher, dass von nur regional starken Parteien mehr Wahlkreise gewonnen werden, als ihnen nach bundesweiter Zweitstimmenproportionalität zustünden.

Die Intention der Ampel

Weil das vor allem die CSU und somit die Union begünstigte, mochten linke Parteien solche Überhangmandate gar nicht. Auch deshalb trugen sie zur jetzt weit verbreiteten Überzeugung bei, allein proportionale Repräsentation wäre demokratisch. Auf Briten oder US-Amerikaner wirkt das rein ideologisch, weil es bei ihnen allein danach geht, welche Kandidaten ihre Wahlkreise gewonnen haben. Dabei ist es für das Erringen eines Mandats völlig egal, welche Stimmenanteile gesamtstaatlich auf ihre Partei entfielen. Theoretisch könnte eine Partei mit landesweit 51 Prozent der Stimmen hundert Prozent der Parlamentsmandate gewinnen, falls näm-

lich alle Wahlkreisbewerber mit 51 zu 49 Prozent ihre Gegenkandidaten schlagen.

In Deutschland aber gebot das Verfassungsgericht, dass Überhangmandate ab einer gewissen Anzahl durch Ausgleichsmandate für die übrigen Parteien kompensiert werden müssen. Das führt in einem aufgesplitterten Parteiensystem zur Vergrößerung des Parlaments. Dieses kostet nicht nur mehr, sondern braucht auch einen viel höheren Koordinierungsaufwand. Vor allem gelangen dann viel mehr „Listenabgeordnete“ in den Bundestag, die sich um die Gunst eher von Parteigremien als von den Bürgern kümmern müssen.

Natürlich wäre es vernünftig, ein Parlament mit halbwegs stabiler Größe zu haben. Wie das gehen könnte, wurde seit vielen Jahren erörtert. Doch dabei hatte niemand jene Arroganz der Macht im Sinn, von der getragen das Wahlrecht der Ampelkoalition mit politischer Konkurrenz aufräumen soll. Der Entzug von Direktmandaten, die nicht durch Stimmenanteile für die jeweilige Parteiliste gedeckt sind, sowie die Streichung aller Listenmandate, die einer bloß regional starken Partei dank dem Erringen von drei Direktmandaten zufallen, beseitigt zuverlässig die Linke und höchstwahrscheinlich auch die CSU als bundespolitisch wichtige Partei.

Und weil der FDP ohnehin stets der Untergang droht, verbleiben nur Grüne und SPD, CDU und AfD als bundespolitische Akteure. Solange man ferner ein Zu-

sammengehen von Union und AfD verhindern kann, gibt es dann eine Machtgarantie für Grüne und SPD samt guten Diensten der CDU als Mehrheitsbeschafferin. Selten wurde Machtpolitik gegen Nicht-Linke so brutal betrieben.

Alternative Reformideen

Dabei gäbe es vorzügliche andere Möglichkeiten, Persönlichkeits- und Verhältniswahl mit einer halbwegs konstanten Parlamentsgröße zu verbinden. Erstens ließe sich das bisherige baden-württembergische Landtagswahlrecht für den Bundestag übernehmen. Dann hätte der Wähler nur eine einzige Stimme, mit der er einen Wahlkreisbewerber wählt. Doch die Gesamtheit der Sitze im Parlament würde auf Landesebene durch Ausgleichsmandate für unterlegene Wahlkreisbewerber so vergeben, dass am Ende ein Bundestag steht, der hinsichtlich der Parteistimmen auf Länderebene proportional ist und vor allem aus direkt gewählten Parlamentariern besteht. Durch Druck der politischen Linken wurde das aber in Baden-Württemberg abgeschafft, um auch Listenabgeordnete zu haben. Mittels von Parteilisten kann man nämlich den Wählern per Quotierung vorschreiben, von welchen Frauen- und Migrantenanteilen sie künftig alternativlos vertreten werden.

Zweitens könnte man ein „Grabenwahlrecht“ einführen. Dann wird idealerweise die eine Hälfte der Parlamentssitze

durch Persönlichkeitswahl vergeben, die andere durch Verhältniswahl. Die Sitzzahl des Parlaments bleibt dann stets gleich, weil parteipolitische Proportionalität gerade so, wie in den alten Demokratien Englands und der USA, für das Parlament insgesamt gerade nicht angestrebt wird.

Doch sehr wohl kann man vorsehen, dass jene Stimmen, welche für die jeweils unterlegenen Wahlkreisbewerber abgegeben wurden und im derzeitigen deutschen Wahlrecht regelrecht „verschenkt“ sind, den Stimmen für die Parteiliste des unterlegenen Kandidaten zugeschlagen werden. Damit zählen sie bei der proportionalen Vergabe der Listenmandate. Fairerweise wird man das dann auch mit jenen Stimmen so halten, die über die jeweils für den Sieg im Wahlkreis konkret ausreichende Mehrheit hinaus auf die Kandidaten einer Partei entfielen. Ein solches Grabenwahlrecht mit Verlierer- und Gewinnerausgleich, bei dem keine einzige Stimme ohne politisches Gewicht bleibt, ist ebenfalls ein plausibles Wahlrecht. Es ist auch viel weniger unfair als jenes, das Deutschlands Ampel-Mehrheit soeben beschlossen hat.

Weshalb wurde es nie ernsthaft in Erwägung gezogen? Erstens wegen des Dogmas von der unbeschränkten Proportionalität. Und zweitens, weil gerade so in Ungarn gewählt wird. Hierzulande aber verbietet sich jeder Gedanke daran, irgend etwas Ungarisches könne politisch gut sein. Doch ist diese Haltung vernünftig?

IN DIESER AUSGABE

Politik

Berlin vor dem Volksentscheid zur Klimaneutralität **Seite 5**

Kultur

„Sisi & Ich“ – eine neue Verfilmung des Lebens der legendären Kaiserin **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Ein polnischer Deutsch Eylauer schuf ein Modell der Stadt im Jahre 1905 **Seite 13**

Lebensstil

Die Mandoline ist das Musikinstrument des Jahres 2023 **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Finanzkrise Die aktuellen Nachrichten von Banken, die durch staatliche Maßnahmen vor der Pleite gerettet werden müssen, erinnern an die Krise von 2008 und lassen Anleger weltweit aufschrecken

Sturm auf die Einlagen

Trotz Joe Bidens Beruhigungsversuchen: Viele Anleger hoben ihr Geld von der Silicon Valley Bank ab

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die aktuellen Nachrichten aus den Vereinigten Staaten gemahnen an den September 2008, als die US-Investmentbank Lehman Brothers Insolvenz anmelden musste, wodurch die globale Finanzkrise eskalierte. Diesmal traf es die Silicon Valley Bank (SVB) mit Sitz im kalifornischen Santa Clara, welche in der Rangliste der größten Banken Amerikas auf Platz 16 stand. Ihr Bilanzvermögen betrug bis vor Kurzem 209 Milliarden US-Dollar, und die Höhe der Einlagen belief sich auf 175,4 Milliarden Dollar. Dann allerdings kam es zu einem fatalen Dominoeffekt.

Die Kundenguthaben bei der Bank waren in der Niedrigzinsphase der letzten Jahre um 86 Prozent gewachsen. Deshalb hatte die SVB viel Geld in Staats- und Hypothekenanleihen mit langer Laufzeit angelegt. Das führte ab März 2022 zu Problemen, als die US-Zentralbank Federal Reserve die Zinsen Stück für Stück anzuheben begann, um die Inflation abzu-bremsen. Denn dadurch sank der Kurswert der gekauften, niedrig verzinsten Anleihen – oftmals lag der Verfall bei rund 25 Prozent innerhalb der letzten zwölf Monate. Gleichzeitig griffen viele der SVB-Kunden aufgrund der Inflation auf ihr geparktes Geld zu, weshalb die Bank einen Teil ihrer Anleihen in Höhe von 21 Milliarden Dollar veräußern musste, um zahlungsfähig zu bleiben.

Die dabei erlittenen Bilanzverluste von 1,8 Milliarden Dollar sollten durch eine Kapitalspritze von 2,25 Milliarden ausgeglichen werden, doch letztlich konnte die SVB nur 500 Millionen auf-treiben. Deshalb zogen einige Großkunden ihre gesamten Einlagen ab, was am 9. März zu einem klassischen Bankensturm führte. An diesem Tag musste die SVB 42 Milliarden Dollar auszahlen – bei nur 16,3 Milliarden Eigenkapital.

Angesichts dessen reagierte die US-Einlagenversicherungsgesellschaft Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) am 10. März mit zwei drastischen Schritten: Sie schloss die SVB und überführte deren Vermögenswerte in eine neu geschaffene und von ihr kontrollierte Bank, die Deposit Insurance National Bank of Santa Clara (DINB). Dem folgten weitere Maßnahmen, damit die SVB-Kun-

den ihre Guthaben in voller Höhe zurück-erhalten. Parallel dazu versuchte Präsi-dent Joe Biden, Gelassenheit zu verbrei-ten: „Die Amerikaner können beruhigt sein, das Bankensystem ist sicher. Ihre Einlagen sind sicher.“ Andererseits will die US-Regierung aber keine Schritte un-ternehmen, um die SVB selbst mit Steuer-mitteln zu retten und den Aktionären Ver-luste zu ersparen. Hierzu sagte Bidens Finanzministerin Janet Yellen mit Blick auf die Finanzkrise von 2008, in welcher der Staat viele Banken vor der Insolvenz bewahrte: „Das machen wir nicht noch einmal.“

Keine Rettung wie 2008

Die somit also besiegelte SVB-Pleite spal-tet nunmehr die Finanzwelt. Manche Branchenkenner sehen die akute Gefahr eines großen Flächenbrands und meinen, das Schlimmste komme erst noch. Derge-stalt lauteten beispielsweise die Prophe-zeiungen des US-Finanzinvestors Mark Cuban und des Hedgefonds-Managers

William Ackman. Dem schlossen sich die Analysten der größten Bank der Vereinig-ten Staaten, JPMorgan Chase & Co., an: „Vermutlich war das Finanzbeben im Sili-con Valley erst der Anfang von ... weltwei-ten Finanzbereinigungen.“ Und das „Wall Street Journal“ nannte inzwischen auch schon einen weiteren Wackelkandidaten: Die Bank of America, immerhin die Num-mer Zwei im Lande, habe in letzter Zeit mit den von ihr gehaltenen Anleihen Ver-luste in Höhe von 109 Milliarden Dollar erlitten, was fast die Hälfte ihres Eigen-kapitals ausmache.

Dem stehen Äußerungen gegenüber, in denen vor Hysterie gewarnt wird. So bezeichnete der Professor für Internatio-nales Bank- und Finanzwesen an der Uni-versität Frankfurt am Main, Reinhard Schmidt, die Vorgänge in den Vereinigten Staaten als „Musterbeispiel für eine unan-gemessene Panikreaktion der Aktien-märkte“. Und der frühere US-Finanzmi-nister und Chefökonom der Weltbank-gruppe Lawrence Summers sprach eben-

falls von „Überreaktionen“. Gleichzeitig wies der leitende Volkswirt des Bankhau-ses Berenberg, Mickey Levy, darauf hin, dass die finanzielle Dimension des Zu-sammenbruchs der SVB nicht mit 2008 vergleichbar sei. Damals wäre es um durch Hypotheken besicherte Wertpapiere im Wert von insgesamt elf Billionen Dollar gegangen.

Experten warnen vor Hysterie

Für die Bundesrepublik gab zudem der Bundesverband deutscher Banken (BdB), der über 170 private Kreditinstitute hier-zulande vertritt, Entwarnung: Die hiesi-gen Geldhäuser seien „robust, stabil und widerstandsfähig“ und hätten ihr Kernka-pital seit 2008 um durchschnittlich 81 Prozent erhöht. Dennoch aber herrscht Nervosität auf dem Markt. Davon zeugte nicht zuletzt der drastische Absturz des Aktienkurses einiger deutscher Banken am 13. März. So fiel die Aktie der Com-merzbank an diesem Tag um spektakuläre zwölf Prozent.



Von der Sorge um ihre Bankeinlagen getrieben: Kunden der Silicon Valley Bank stehen vor dem Hauptsitz des Bankhauses in Santa Clara Schlange
Foto: action press

SILICON VALLEY BANK

Fehlentscheidungen beflügelten die Krise

Das Risikomanagement leitete zuletzt Jay Ersapah mit Bachelor-Abschluss – Im Dienste der Trans-, Lesben- und Schwulenbewegung

Die 1982 gegründete Silicon Valley Bank (SVB), deren Kollaps als größter Banken-zusammenbruch seit der globalen Finanz-krise von 2008 gilt, war kein typisches US-Geldinstitut. Ihre Geschäftsstrategie beruhte anfangs vor allem darauf, Betei-ligungen an besonders riskanten Unter-nehmungen zu finanzieren, die zugleich aber auch ein hohes Wachstumspotential aufwiesen.

Später gewann die SVB gezielt wohl-habend gewordene Gründer als Kunden. Genau die verfügten zunächst über reich-lich überschüssiges Kapital, zogen dieses jedoch wieder ab, als sie aufgrund der stetig steigenden Zinsen nicht mehr so leicht an billiges Geld gelangten und deshalb auf

die eigenen Reserven zurückgreifen mussten. Die Rolle eines Katalysators beim finalen Absturz der Bank spielte da-bei der deutsch-amerikanische Milliar-där und Risiko-Investor Peter Thiel, der die mangelnde Zahlungsfähigkeit der SVB erkannte und publik machte, was die fatale Abhebewelle der SVB-Kunden vom 9. März auslöste, die der Bank das Genick brach.

Allerdings war Thiel nicht der einzige Totengräber des größten Geldhauses im kalifornischen Hochtechnologie-Zen-trum, wo die SVB immerhin einen Markt-anteil von fast 26 Prozent hatte. Zwi-schen April 2022 und Januar 2023 ließ die Bank die Stelle des Leiters des Risikoma-

agements für das US-Geschäft unbe-setzt. Dessen Aufgaben übernahm Jay Ersapah, welche eigentlich in der Londo-ner SVB-Niederlassung für Europa, Afri-ka und den Nahen Osten zuständig zeichnete. Die 41-Jährige mit indischen Wurzeln und einem Bachelor-Abschluss in Wirtschaftswissenschaften bezeich-net sich selbst als „queere Person of Col-or mit einem Hintergrund aus der Arbei-terklasse“.

Dementsprechend setzte sie auch ihre Prioritäten bei der Bank. Anstatt sich um die Risiken für das Geld der Kunden und ihres Arbeitgebers zu kümmern, organi-sierte Ersapah allerlei Kampagnen im Dienste der Trans-, Lesben- und Schwu-

„Die Regierung (hat) viele Banken dazu gedrängt, sich mehr Sorgen um die globale Erwärmung zu machen als um die Rendite der Aktionäre.“

Bernard Marcus
Gründer von „The Home Depot“

lenbewegung oder verfasste Texte anläs-slich des „Lesbian Visibility Day“ und der „Trans Awareness Week“. Damit stand Ersapah exemplarisch für eine grundsätz-liche Fehlentwicklung im US-Bankensek-tor, die Bernard Marcus, der Gründer der größten Baumarktkette Amerikas „The Home Depot“, mit folgenden Worten be-schrieb: „Ich denke, dass die Regierung viele Banken dazu gedrängt hat, sich mehr Sorgen um die globale Erwärmung zu ma-chen als um die Rendite der Aktionäre. Diese Banken wurden schlecht geführt, weil sich jeder auf Diversity und „woke“ Probleme konzentrierte und nicht auf die eine Sache, die sein Job ist, nämlich die Rendite der Aktionäre.“

W.K.

KRYPTO-SEKTOR

Banken unter Zwangsverwaltung

Zwei Tage nach der Silicon Valley Bank wurde auch die vor allem im US-Bun-desstaat New York präsen-te Signature Bank von der Einlagenversicherungsgesellschaft FDIC geschlossen, unter Zwangsverwaltung gestellt und in die Signature Bridge Bank überführt, welche die Aufgabe hat, die Guthaben der Kunden zurückzuerstatten. Das im Mai 2001 gegründete Geldinstitut Signature Bank hielt zuletzt Vermögens-werte in Höhe von 110 Milliarden US-Dollar, womit sein Zusammenbruch der drittgrößte Bankenkrach seit der Weltfinanzkrise von 2008 war.

Das Scheitern der Signature Bank resultierte aus einem „Klumpenrisi-ko“, das untypisch für die Finanzbran-che ist. Das Geldinstitut konzentrierte sich auf Geschäfte mit digitalen Wäh-rungen. Und die liefen ausnehmend schlecht, seit der Krypto-Sektor 2022 regelrecht implodierte, was vor allem an der spektakulären Pleite der Kryp-to-Handelsplattform FTX lag. Am 8. März 2023 gab dann außerdem die Sil-bergate Bank, welche ebenfalls nur mit Bitcoins und ähnlichen virtuellen Zah-lungsmitteln jonglierte, ihre bevorste-hende Schließung bekannt.

Infolgedessen geriet auch die Sig-nature Bank ins Trudeln, weil die Kunden durch dieses neuerliche Alarmsignal vom Krypto-Markt beun-ruhigt waren und Hals über Kopf Gel-der abzuziehen begannen. Dadurch fielen die Aktien von Signature am 10. März um 23 Prozent, womit sich der Wertverlust seit März 2022 nun bereits auf mehr als 75 Prozent belief. In dieser Situation versuchte die Bank verzweifelt, einen Käufer zu finden, was aber misslang und letztlich die FDIC auf den Plan rief, um die Ver-mögenswerte der Einleger zu retten.

Und die Chancen dafür stehen auch durchaus gut, weil die Signature Bank genau wie die SVB von der US-Notenbank und dem Washingto-ner Finanzministerium als „systemisches Risiko“ für das Finanzsystem eingestuft wurde. Dies gibt der FDIC die Möglichkeit zur Rückzahlung aller Einlagen – selbst der unversicherten über 250.000 Dollar.

W.K.

Das Kabinett der „Karlantane“

Meinen die das ernst? Diese Frage kommt vielen Bundesbürgern regelmäßig in den Sinn, wenn sie an ihre Regierung denken. Der Grund: Wo früher das Land besonnen und erfolgreich geführt wurde, erinnert heute vieles eher an Kabarett

VON CORA STEPHAN

Das deutsche Kabarett ist tot. Es lebe das Kabarett des Kabinetts! Bei diesen aktuell tätigen Lach- und Schießgesellschaftern gibt es stündlich und minütlich etwas zu lachen, bis es weh tut.

Was sind das nur für prächtige Nummern, die da abgezogen werden! Schon die ehemalige Verteidigungsministerin – wie hieß sie noch? – war die perfekte Persiflage auf jene zackigen uniformierten Männer, wie sie bei der Bundeswehr irgendwann einmal üblich waren. Toxische weiße Männer, natürlich. Jedenfalls, bevor Trans-Oberstleutnant Anastasia Biefang ins Spiel kam.

Reden wir nicht weiter darüber.

Denn der Superstar des Kabinettskabarets ist und bleibt, jedenfalls bis er geht, „Karlantane“ Lauterbach, unser Gesundheitsminister der Herzen, ein Platz, den er sich durch unermüdelichen Einsatz in sämtlichen Talkshows der Republik und dank Huldigung in den Medien wacker erkämpft hat. Nicht etwa durch höheres Wissen. Insofern muss man ihm schon nachsehen, dass er auch, was seine akademischen Meriten betrifft, ein wenig geschummelt hat. Sowas ist doch heutzutage allerhöchstens eine lässliche Sünde. Mit einer plagiatösen Doktorarbeit konnte man schließlich auch Bürgermeisterin von Berlin werden. Die Zeiten, in denen ein Minister über einen Einkaufswagen-Chip stürzte, sind lange her. Wir operieren längst auf einem ganz anderen Niveau.

Lauterbachs lange Liste der Irrtümer

Wir können uns das eben leisten. Auch, dass vom Gesundheitsministerium Millionen ausgegeben wurden für einen Stoff, der sich als untauglich erwies. Die Spritze „impfte“ nicht und schloss auch die Weitergabe des Coronavirus nicht aus. Nun, beteuerte Lauterbach ein ums andere Mal, dann hilft sie eben ganz sicher gegen das nächste Virus, das bestimmt weit tödlicher sein würde als die bereits bekannten.

Über 13 Milliarden Euro wurden seit seinem Vorgänger für Impfdosen ausgegeben, etwa acht Dosen für jeden Bürger, vom Säugling bis zum Greis. Noch für das laufende Jahr 2023 gibt es Abnahmeverpflichtungen bei Corona-Impfstoffen im Wert von zwei Milliarden Euro. Die wird man wohl größtenteils vernichten müssen.

Gut so, denn offenbar können die überstürzt auf den Markt geworfenen Stoffe Nebenwirkungen haben. Das hatte damals der Fußballer Joshua Kimmich befürchtet, weshalb er sich zunächst nicht „impfen“ lassen wollte. Was ging da für ein Shitstorm über den jungen Mann nieder! „Vorbild auf dem Irrweg!“ hieß es über den doch eigentlich so gradlinigen Spitzenfußballer, der sich gradlinigerweise weigerte, strammzustehen vor der Impfnadel.

Wenn sich die Dogmen von gestern als „Schwachsinn“ von heute erweisen

Alena Buyx vom „Ethikrat“ bezeichnete das Impfen als „moralische Pflicht“, gegen die „Gefahr“ der Ungeimpften müsse man Maßnahmen „schrittweise hochskalieren“. Bei „Anne Will“ sprach Lauterbach im Februar 2022 von einer „mehr oder weniger nebenwirkungsfreien Impfung“. Nun, längst wissen wir mehr. Die Impfung schützt nicht vor Ansteckung, sie schützt auch nicht davor, ansteckend zu sein, und offenbar schützt sie noch nicht einmal vor „schweren Verläufen“. Vor allem aber häufen sich mittlerweile die Berichte von oft sogar tödlichen Impffolgen, nach kurzer oder längerer Zeit.

Inzwischen hat sogar der Bundesgesundheitsminister „schwere Impfschäden“ eingestanden, ja sogar, dass er davon gewusst habe.



König der Lachnummern im Bundeskabinett: Gesundheitsminister Karl Lauterbach, hier in einer Karikatur von Burkhard Mohr

Illustration: Mohr

Dabei hatte er doch die gesamte Bevölkerung zur Impfung verpflichten wollen. Nun gibt er zu, nach Jahren und Monaten Panikpandemie, in dem einen oder anderen Punkt geirrt zu haben. Verbote, sich in Parks aufzuhalten oder ohne Maske joggen zu gehen, seien „Schwachsinn“, gar „Exzesse“ gewesen, ebenso die langen Schulschließungen.

Natürlich muss man Lauterbach nicht vorhalten, was sein Vorgänger Jens Spahn zu verantworten hat, um ihn für einen Minister des Schwachsinn zu halten. Doch damit ist er ja beileibe nicht der einzige. Kanzler Olaf Scholz steht einem Kabinett vor, das mal zum Gruseln und mal zum Lachen ist. Ich denke an seinen Gesichtsausdruck, als der amerikanische Präsident vor laufenden Kameras erklärte, „wir werden Nord Stream II beenden“. Und so geschah es dann ja auch. Olaf Scholz hatte dabei offenbar kein Mitspracherecht.

„Die Annalena“ und „der Robert“

Das hat er wohl auch nicht, was seine Außenministerin betrifft. Annalena Baerbock sollte, als Chefdiplomatin, eigentlich um Frieden und Verständigung bemüht sein, aber „feministische“ Außenpolitik hat ihr offenbar eingegeben, so ganz nebenbei auszuclaudern, dass Deutschland im Krieg gegen Russland sei. Da vergeht dem staunenden Volk das Lachen über so harmlose Schnitzer wie „Kobold“ statt Kobalt oder „Ostkokaine“ statt Ukraine.

Man fragt sich, was seit Außenminister Joschka Fischer eigentlich aus den einst eher vorsichtig agierenden Diplomaten alten konservativen Zuschnitts geworden ist. Sind sie alle von rot-grünen Marschierern durch die Institutionen ersetzt worden? Das erklärte, warum sich niemand dort dagegen zu wehren scheint, dass die Außenministerin ihnen nun eine „Botschafterin für feministische Außenpolitik“, eine Art Superdiplomatin, vor die Nase setzen will, die den Männern beibiegen soll, einen „feministischen Reflex“ auszubilden. Also so eine Art Pawlowsche Konditionierung? Nicht „Fass, Bello“, sondern „Sitz“ und „Platz“?

Nun, fürs bellizistische Bellen braucht man Männer ja auch nicht mehr, das erledigt die Chefdiplomatin schon selbst mit Lust, ja Lüsterheit, wenn sie etwa von „Tierpanzern“ spricht oder verkündet, man müsse Russland derart schädigen, dass „es volks-

wirtschaftlich jahrelang nicht mehr auf die Beine kommt“. „Feminismus ist Frieden“ war gestern – und stimmte ja auch nie. Aber jetzt wissen wir es ganz genau.

Eine weitere Lichtgestalt im Kabarett, bei der einem das Lachen vergeht, ist der Wirtschaftsminister Robert Habeck, auch er ein Liebling der Medien, vor allem der Journalistinnen, die selbst Löcher in den Socken des Grünen irgendwie sexy finden. Ihm ist Klimaschutz und -gerechtigkeit ein Herzensanliegen, weshalb – jetzt bitte lachen! – die letzten verbliebenen deutschen Atomreaktoren von Kohlekraftwerken ersetzt werden müssen. Weil es bislang nicht recht klappen will mit dem Bau von vier bis fünf Windkraftanlagen und 40 Fußballfeldern mit Solaranlagen. Pro Tag.

Doch vorausschauend hat „der Robert“ schon mal angedacht, ab 2024 einfach keine neuen Gas- oder Ölheizungen mehr zuzulassen und die Häuslebauer stattdessen auf Wärmepumpen zu verweisen. Nun, das wäre nicht weiter schlimm, schließlich wird kaum noch gebaut, es fehlt an Material und Handwerkern, was angesichts des ständigen Zustroms von Behausungsfordernden dumm genug ist. Dumm ist auch, dass heuer auf so eine Wärmepumpe bis zu einem Jahr gewartet werden muss. Die braucht nebenbei Elektrizität, um zu funktionieren, und die ist bekanntlich nicht nur teuer, sondern wird auch immer knapper.

Wenn Ideologie auf Wirklichkeit trifft

Für die Windmühlen benötigt man übrigens auch viel von dem Stoff, an dem es derzeit mangelt, nicht nur Beton, sondern auch Kupfer, Lithium und Nickel sowie Seltene Erden wie Neodym. Dabei halten die Dinger gerade einmal zwanzig Jahre, wenn sie nicht bereits vorher eingeknickt sind. Die Rotorblätter müssen als Sondermüll vergraben werden. Wer es schon immer richtig fand, mit natürlichen Ressourcen wie Kohle, Öl und Gas sparsam umzugehen, staunt ob dieser gigantischen Ressourcenverschwendung: Der Teufel wird mit dem Beelzebub ausgetrieben. Ganz zu schweigen von der Ressourcenverschwendung, was voll funktionsfähige Kernkraftwerke betrifft, die hierzulande abgerissen werden, während um unsere Insel der Seligen herum neue Atommeiler entstehen.

Lacht da etwa jemand? Das wäre jedenfalls gesünder, als sich angesichts all dieser Schamlosigkeit zu grämen

Man kann ziemlich sicher vorhersagen, dass Habecks märchenhafter Plan nicht funktionieren wird. Für die meisten Altbauten ist eine Wärmepumpe nicht geeignet, sie müssten dafür nämlich „energieeffizient“ grundsanieren werden, etwa durch den Einbau von Fußbodenheizungen. Das ist teuer und für den Einzelnen meist unerschwinglich. Der Effekt: die Zerstörung von Vermögen und Lebensverhältnissen, denn was ist ein Haus noch wert, das nicht den allerneuesten Vorschriften zur Energieeffizienz entspricht? Genau: Es ist unverkäuflich und wird, sind die Altbewohner, die verbittert ausgeharrt haben, erst gestorben, vor sich hin verfallen.

Man stelle sich die Zerstörung von Vermögen und Kulturlandschaft vor: Einst malerische Dörfer veröden, ihre Überreste liegen im Schlagschatten riesiger Windmühlen, und die Wiesen und Äcker sind mit Solarpanelen zugesperrt. Tierhaltung ist ja bekanntlich „klimaschädlich“. Wozu braucht man dann noch Bauern? Oder Landbevölkerung, so ganz generell?

Wie lange geht die Leidensfähigkeit der Deutschen?

Doch seien wir beruhigt: So weit wird es nicht kommen, weil es soweit gar nicht kommen kann. Bis dahin erfreuen wir uns an weiteren Kabinettsstückchen unseres Kabarets.

Eines hat Robert Habeck soeben aufgeführt. Es gibt doch Wasserstoff, das grüne Gold, als Energielieferant! Dafür braucht es lediglich „eine Wasserstoffinfrastruktur“, weshalb im Hause Habeck der Entwurf für ein „Wasserstoffnetzbeschleunigungsgesetz“ erarbeitet wurde. Genial! Wir hätten dann eine Einrichtung für einen Energieträger, der noch nicht vorhanden ist, von dem noch nicht klar ist, wo er produziert werden kann und schon gar nicht, unter welchen Kosten.

Lacht da etwa jemand?

Das wäre jedenfalls gesünder, als sich angesichts all dieser Schamlosigkeit zu grämen. Denn eines bleibt stabil: das „Klima“, dem es völlig wurscht ist, wie viel CO₂ in Deutschland „eingespart“ wird. Weder lässt es sich „retten“ noch leidet es unter zu viel CO₂. Nur die Bürger leiden unter der heißen Luft, die von der Regierung produziert wird. Die Frage ist, wie lange noch?

● **Dr. Cora Stephan** ist Publizistin und Schriftstellerin. Zuletzt erschienen „Lob des Normalen. Vom Glück des Bewährten“ (FinanzBuch Verlag 2021) und „Über alle Gräben hinweg. Roman einer Freundschaft“ (Kiepenheuer & Witsch 2023). www.cora-stephan.de

● MELDUNGEN

EKD-Absturz bei Mitgliedern

Hannover – Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat vergangenes Jahr so viele Mitglieder verloren wie nie zuvor binnen eines Kalenderjahres. Rund 380.000 Menschen traten aus der Kirche aus. Das war eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um fast 36 Prozent. Die Zahl der Sterbefälle lag dahingegen mit 365.000 etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Damit sind erstmals mehr evangelische Christen aus der Kirche ausgetreten als verstorben. Im selben Zeitraum gewann die EKD nur 170.000 neue Mitglieder – in der Regel auf Veranlassung der Eltern getaufte Kleinkinder. Somit belief sich der Nettoschwund auf 575.000 Personen. Nunmehr gibt es bloß noch 19,1 Millionen Menschen in Deutschland, die offiziell als Lutheraner gelten. Das entspricht 22,7 Prozent der Bevölkerung. Die EKD kommentierte diese Entwicklung mit den Worten: „Stetige Veränderung gehört zum Wesensmerkmal der evangelischen Kirche.“ Selbstkritik wurde somit also nicht geäußert. **W.K.**

Schon wieder auf Freigang

Offenburg – Suleiman A., der im August 2018 einen Offenburger Arzt in dessen Praxis mit 20 Messerstichen tötete und die zu Hilfe eilende Arzthelferin schwer verletzte, darf sich bereits wieder frei in der Kleinstadt Emmendingen bewegen. Dort sitzt der Mörder in der geschlossenen Psychiatrie, in die ihn das Landgericht Offenburg im März 2019 wegen angeblicher Schulunfähigkeit aufgrund einer schweren psychischen Erkrankung geschickt hat. Allerdings erhielt der mittlerweile 32 Jahre alte Mann, von dem nicht sicher ist, ob er aus Somalia oder Dschibuti stammt, nun die Möglichkeit, die Einrichtung für bis zu drei Stunden pro Tag ohne Begleitung zu verlassen. Er muss lediglich per Mobiltelefon erreichbar sein und sich gelegentlichen Drogentests unterziehen. Suleiman A. kam im November 2015 über die sicheren Drittstaaten Italien und Österreich in die Bundesrepublik und durfte hierbleiben, obwohl sein Asylantrag 2017 abgelehnt worden war. **W.K.**

Reifen „plattgemacht“

Berlin – Die Polizei registriert bereits seit November 2021 vermehrt Fälle von Sachbeschädigungen, bei denen Täter aus den Reifen größerer Pkw die Luft herauslassen. Nach Angaben eines Polizeisprechers sind mittlerweile über 600 entsprechende Anzeigen wegen Sachbeschädigung gestellt worden. Bei den Aktionen hinterlassen die Täter oftmals an den Windschutzscheiben der Fahrzeuge Flugblätter mit dem Text: „Achtung – Ihr Spritfresser ist tödlich.“ Weiter heißt es, SUV und Geländewagen seien eine Katastrophe für das Klima und verursachten mehr Luftverschmutzung als kleinere Autos. Hinter den Straftaten werden Unterstützer einer Gruppierung namens „The Tyre Extinguishers“ (Die Reifenlöcher) vermutet. Diese Gruppe radikaler Aktivisten war bislang aus Großbritannien bekannt, wo sie an verschiedenen Orten aus den Reifen Hunderter Fahrzeuge die Luft gelassen hat. **H.M.**



Sind sich in dem Ziel einig, den Asylmissbrauch bekämpfen zu wollen: Großbritanniens Premierminister Rishi Sunak und Schwedens Ministerpräsident Ulf Kristersson (von links)

MASSENEINWANDERUNG

Reform oder Radikalkur?

Wie Schweden und Großbritannien den Asylmissbrauch bekämpfen wollen

VON BODO BOST

Bei der Migrationskrise 2015/16 hatten alle EU-Staaten unisono gesagt, dass sich so etwas nicht wiederholen dürfe. Es sollten angeblich Lehren für die künftige Migrationspolitik gezogen werden. Dies ist jedoch nicht geschehen, wie die aktuelle Situation zeigt.

Der wachsende Strom von Migranten in und nach Europa zwingt die EU-Staaten zum Handeln, die Zeit der rhetorischen Zurechtbiegungen ist vorbei. Die Zahl der Menschen, die in die Union kommen, nimmt rapide zu, Aufnahmekapazitäten und -bereitschaft schwinden rasant.

Stockholm setzt auf die EU

Schweden hat vor diesem Hintergrund die größte Reform seines Asylsystems auf den Weg gebracht. Der Paradigmenwechsel bedeutet, dass sich der Fokus der Migrationspolitik von frommen Hoffnungen auf Ordnung verschiebt. Dass diejenigen, die keinen Schutz bräuchten,

Schweden verließen und nicht in einer Schattengesellschaft verschwinden, sei eine Voraussetzung dafür, dass Schweden denjenigen Schutz bieten könne, die ihn wirklich bräuchten, sagte die Migrationsministerin der seit dem 18. Oktober amtierenden Regierung ihres Parteifreundes Ulf Kristerssons von der Moderaten Sammlungspartei. Langfristig könne die Migrationspolitik nur durch eine funktionierende Asylpolitik auf EU-Ebene nachhaltig sein. Schweden werde sich daher während seiner EU-Präsidentschaft auch auf Unionsebene für die wichtigen und notwendigen Reformen der Migrationspolitik einsetzen.

Doch bei genauem Hinsehen sind die Rezepte der Schweden, die sie Reform nennen, bereits in der Vergangenheit gescheiterte Scheinlösungen, die am Fundament der Verhältnisse vorbeigehen, weil sie sie unangetastet lassen. Es kann keine gemeinsame EU-Migrationspolitik geben, solange es keine harmonisierten Sozialgesetze und allgemeinverbindliche Aufenthalts- und Abschieberegeln gibt.

Solange es diese nicht gibt, hofft jedes EU-Land, dass es auf Kosten anderer EU-Länder mit einem politischem Schlingerkurs durchkommt. Beispiele sind die Mittelmeeranrainer Italien, Spanien, Frankreich und Griechenland. Nicht zufällig sind das die Länder, über welche die meisten Migranten illegal und undokumentiert in die EU gelangen.

London setzt auf Bewährtes

Einen vielen radikaleren Weg geht dagegen Großbritannien, das seit einem halben Jahr von einem Spross indischstämmiger Einwanderer aus Afrika geführt wird. Unter dem Motto „Stop the boats“ will Rishi Sunak, wie einst Australien, mit einer Radikalkur die Bootsmigration auf die Insel stoppen. Zukünftig sollen Bootsmigranten, die ohne Papiere nach Großbritannien einreisen, nur einen Asylantrag stellen dürfen, wenn sie sich vorher bei den Botschaften ihrer Heimatländer in London Passersatzpapiere besorgt haben. Verschweigen sie ihre Herkunftsländer und die Länder, die sie auf ihrem Weg

nach Großbritannien durchquert haben, verwirken sie ihr Aufenthaltsrecht und müssen damit rechnen, in ein Drittland wie Ruanda abgeschoben zu werden. Sollte das Oberste britische Gericht, vor dem Albaner gegen ihre Abschiebung nach Ruanda geklagt haben mit dem Argument, dass man Europäern ein afrikanisches Land als Asylland nicht zuweisen dürfe, die Ruanda-Lösung verwerfen, bliebe der Masse der Illegalen in Großbritannien nur der Weg zurück in die EU, sprich nach Deutschland.

Denn Deutschland nimmt alle Asylstrandeten aus der gesamten EU auf. Im letzten Jahr waren von den Asylsuchern in Deutschland fast die Hälfte Sekundär Migranten aus Griechenland, das heißt anerkannte Asylsucher, denen ein deutsches Gericht bescheinigt hatte, dass ihre Lebensumstände in Griechenland, einem EU-Land, menschenunwürdig gewesen seien. Nach der Einführung des Bürgergeldes in Deutschland, das auch Asylsucher unter bestimmten Voraussetzungen beanspruchen können und das die Sozialleistungen um ein Zehntel erhöht hat, wird sich der Anteil der Sekundär Migranten, das heißt der durch das deutsche Sozialsystem erzeugten Migranten, noch weiter erhöhen.

Es darf bezweifelt werden, dass eine Einigung auf EU-Ebene möglich werden kann, wenn sich Deutschland und seine Gerichte immer quer stellen.

AMPELKOALITION

Nie war der Regierungsapparat aufgeblähter

Über 30.000 Mitarbeiter – Jährlich 50 Millionen Euro für 168 neue Top-Stellen

Die Ampelregierung hat seit ihrem Amtsantritt die Zahl der Beamtenstellen in den Besoldungsstufen B3 bis B11 zunächst um 168 vermehrt. Im Verlauf der Legislaturperiode dürften weitere hinzukommen. Deren Grundbesoldung ohne Zuschläge und Ministerialzulage liegt zwischen 9000 und 15.000 Euro monatlich. Es handelt sich um Referats- und Abteilungsleiter sowie beamtete Staatssekretäre.

Den höchsten Personalbedarf hat die Bauministerin Klara Geywitz von der SPD. Sie schuf gleich 51 neue Posten. Auf Platz 2 folgt Wirtschaftsminister Robert Habeck von den Grünen. Er meint, zur Erfüllung seiner Aufgaben 30 neue beamtete Führungskräfte zu benötigen. Dazu kommt noch ein zusätzlicher Staatsse-

retär, der Habecks neue Aufgaben als Vizekanzler koordiniert.

Die 168 zusätzlichen Beamtenstellen verursachen Gehalts- und Versorgungskosten in Höhe von rund 50 Millionen Euro jährlich. Vom Bund der Steuerzahler heißt es dazu: „Viele Ampel-Ressorts klotzen regelrecht bei der Vergabe dieser Spitzenjobs.“

Die Organisation wirft der Bundesregierung eine kostspielige Personalpolitik vor. Auffällig sei besonders die große Zahl der „Top-Beamten“ mit hoher Besoldung. 2146 Beamte in den Bundesministerien erhalten eine B-Besoldung. Die Angaben beruhen auf dem Stellenplan des Bundeshaushalts.

Im kommenden Jahr steigt die Zahl der Beamtenstellen der Bundesminister-

rien auf über 30.000. 2010 waren es noch rund 17.000 Beamte. Auch die Zahl der parlamentarischen Staatssekretäre der Ampelkoalition bewegt sich auf Rekordniveau. 27 von ihnen gab es, als Rot-Grün unter Bundeskanzler Gerhard Schröder von der SPD 2005 abgewählt wurde. Schwarz-Rot unter Angela Merkel (CDU) gönnte sich anschließend 30 derartige Stellen. Bei Merkels Abwahl 2021 waren es dann schon 34. Und die Ampelregierung stockte sogleich noch einmal auf. Nun sind es 37.

Der Verwaltungsfachmann René Geißler von der Technischen Hochschule Wildau weiß: „Der Stellenzuwachs ist nicht primär sachlich begründet ... Oft werden Stellen kurz vor Ablauf der Legislatur besetzt beziehungsweise Leute darauf be-

fördert.“ Im Verwaltungsjargon heißt das dann „Operation Abendsonne“. Traditionell gönnt sich jede neugewählte Bundesregierung nach Amtsantritt eine Reihe neuer Stellen. Annalena Baerbock hat nun gleich drei Staatssekretäre, die im Außenministerium Staatsminister tituliert werden. Die Schaffung der dritten Stelle begründet sie mit ihrer neuen Zuständigkeit für internationale Klimapolitik.

Das abgehende Umweltministerium vermehrte indessen trotzdem die Zahl seiner Staatssekretäre von einem auf zwei, weil in diesem Ministerium nunmehr der Verbraucherschutz hinzugekommen ist. Vergleichsweise genügsam ist Finanzminister Christian Lindner. Der Freidemokrat kommt mit einer zusätzlichen Top-Position aus. **Frank Bücker**

ABSTIMMUNG

Gefahr für Demokratie und Wohlstand

Mit dem Volksentscheid „Berlin 2030 klimaneutral“ bedrohen Aktivisten die Stadt in ihren Grundfesten

VON HERMANN MÜLLER

Wenige Wochen nach der Wiederholung der Berlin-Wahl sollen die Wähler in der Hauptstadt am 26. März schon wieder zu den Wahlurnen strömen. Abstimmen sollen die Berliner über den Volksentscheid „Berlin 2030 klimaneutral“. Bislang strebt die Metropole an, mit ihrem Klimaschutz- und Energiewendegesetz bis zum Jahr 2045 eine „klimaneutrale“ Stadt zu sein. Die Initiatoren des Volksentscheids wollen dieses Ziel bereits ab 2030 erreichen.

Stimmen am 26. März mindestens 613.000 wahlberechtigte Berliner für den Klima-Volksentscheid, kann dies sehr drastische Folgen für die Stadt haben. Auch die Befürworter des Vorhabens gehen von Investitionskosten im hohen zweistelligen Milliardenbereich aus. Allein für die energetische Sanierung der etwa 1000 öffentlichen Gebäude müssten in den kommenden sieben Jahre 2,2 Milliarden Euro fließen. Diese Schätzung der landeseigenen Immobiliengesellschaft lässt ahnen, welche Kosten Eigenheimbesitzern und Vermietern drohen.

Die Statistik weist für Berlin immerhin 332.000 Wohngebäude aus. Laut dem Volksentscheid sollen für Erhöhungen der Nettowarmmiete, die durch die Gesetzesänderung bedingt sind, bis zum Jahr 2050 Zuschüsse aus dem Landeshaushalt gezahlt werden. Für das Land Berlin kann dies bedeuten, dass sein Schuldenberg von bereits rund 66 Milliarden Euro rasant weiterwachsen wird.

Extreme finanzielle Belastungen

Fraglich ist allerdings, ob sich die Pläne zur energetischen Sanierung Hunderttausender Gebäude innerhalb weniger Jahre überhaupt technisch umsetzen lassen. Berlin scheitert bislang schon an der Realisierung seines Schulsanierungsprogramms. Mit Berechtigung warnt Christian Amsinck, der Hauptgeschäftsführer des Unternehmensverbandes UVB: „Den Berlinerinnen und Berlinern vorzugaukeln, die Hauptstadt könne bis 2030 klimaneutral werden, ist unredlich. Das Ziel ist schlicht nicht erreichbar.“

Vom Klima-Volksentscheid geht allerdings nicht nur die Gefahr extremer finanzieller Belastungen aus. Anders als der



SPD warnt vor „Ermächtigungs-Paragrafen“: Demo für den Klima-Volksentscheid in Berlin

Foto: imago/IPON

Entscheid „Deutsche Wohnen enteignen“ kann der Klima-Volksentscheid bei einer erfolgreichen Abstimmung zügig gültiges Recht werden. Abgestimmt wird nämlich über Änderungen an dem bereits bestehenden Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz. Diese Konstellation öffnet den diversen Umweltverbänden die Möglichkeit, ausgiebig von ihrem Verbandsklagerecht Gebrauch zu machen, falls sie meinen, der Berliner Senat verfehle die neu festgelegten Pflichten zum „Klimaschutz“.

Tatsächlich soll laut dem Entscheid künftig nicht mehr von „Klimaschutzzielen, sondern von „Klimaschutzverpflichtungen“ die Rede sein. Kreise innerhalb der Berliner SPD haben darauf hingewiesen, welche Folgen von dieser Formulierungsänderung ausgehen können. Dem Senat droht etwa, dass er gerichtlich zur Umsetzung radikaler Maßnahmen gezwungen werden kann, um beispielsweise Kohlendioxidemissionen zu verringern.

Laut dem Volksentscheid soll zudem ein sogenannter Klimarat geschaffen

werden. Dieser soll auf die Einhaltung der Verpflichtungen achten und die Entwicklung von Sofortprogrammen begleiten. Zustandekommen soll dieses Gremium offenbar auf Vorschlag der Senatsverwaltung für Umweltschutz. Entstehen würde damit ein machtvolleres Organ, das demokratisch nicht legitimiert ist, aber über die Sofortprogramme tief in das Leben der Berliner Bürger eingreifen kann. Kreise in der Berliner SPD haben in diesem Zusammenhang bereits gewarnt, die vorgeschlagene Änderung zum Klimaschutzgesetz enthalte einen „Ermächtigungs-Paragrafen“.

Massiver Einfluss aus den USA

Im Vorfeld des Volksentscheids wurde noch eine weitere Gefahr für die Demokratie deutlich. Die Initiatoren des radikalen Vorhabens haben im gesamten Stadtgebiet sehr massiv mit großflächigen Plakaten geworben. Möglich gemacht haben diese recht kostspielige Werbung Spender, die insgesamt 1,2 Millionen Euro bereitgestellt haben. Wie die „Bild“-Zeitung be-

richtet, kamen laut Spendenverzeichnis des Landeswahlleiters allein 380.000 Euro an Spenden von Stiftungen aus den USA. Unabhängig vom Ausgang des Volksentscheids wird durch diese Spenden aus dem Ausland ein Risiko für die Demokratie deutlich. Bislang kaum diskutiert wird, wie sich finanzkräftige Akteure aus dem Ausland über Geldspenden Einfluss auf die hiesige Politik erkaufen.

Die CSU-Politikerin Andrea Lindholz forderte angesichts der Spendenflut aus Übersee für den Klima-Volksentscheid bereits eine gesetzliche Regelung. Lindholz sagte zur „Bild“-Zeitung: „Fast drei Viertel der Spenden zur Finanzierung des Volksbegehrens Berlin 2030 stammen aus den USA. Mit mehreren Hunderttausend Euro wird offenbar versucht, aus der Ferne massiv Einfluss auf die Politik in Deutschland auszuüben.“ Tatsächlich dürfte es schwerfallen, eine Begründung zu finden, warum ausländische Spenden für Volksentscheide erlaubt sind, während sie im Wahlkampf von Parteien nicht zulässig sind.

NACH DER WAHL

Rote Handschrift prägt das Sondierungspapier

SPD kann sich in der geplanten Berliner Landeskoalition offenbar weitgehend gegen CDU durchsetzen

Aus der Wiederholungswahl in Berlin ist die SPD zwar als Verlierer hervorgegangen. Doch obwohl die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Kai Wegner bei der Wahl rund zehn Prozentpunkte vor der SPD lag, konnten die Sozialdemokraten bei den Sondierungsgesprächen mit der Union erstaunlich viele ihrer Positionen durchsetzen.

Durchaus berechtigt schätzt die Verhandlungsgruppe der SPD, dass sich in den mit der CDU ausgehandelten Eckpunkten „zentrale inhaltliche Positionen der SPD bei der Kompromissfindung widerspiegeln“. Zu den zehn politischen Schwerpunkten, auf die sich die Berliner Landesverbände von CDU und SPD in ihren Sondierungsgesprächen geeinigt haben, gehört beispielsweise die Entwicklung Berlins zu einer „klimagerechten

Metropole“. Wie inzwischen bekannt wurde, wollen beide Parteien für den Klimaschutz sogar ein „Sondervermögen“ über fünf Milliarden Euro bereitstellen.

Die geplante schwarz-rote Koalition will mit dem Geld Gebäudesanierungen, Mobilität und Energiegewinnung finanzieren. Weitere fünf Milliarden Euro könnten nach den Vorstellungen von CDU und SPD nach einer „Vollzugsevaluation“ im Jahr 2024 fließen. Finanzieren wollen beide Parteien das geplante „Sondervermögen“ – wie auf Bundesebene vorgelebt – durch die Aufnahme neuer Schulden.

Berlins CDU-Chef Wegner sprach mit Blick auf das Sondervermögen mittlerweile davon, „neuen Schub in den Klimaschutz“ bringen zu wollen. Wie es in dem achtseitigen Sondierungspapier auch

heißt, soll die Umsetzung der Verkehrswende Priorität haben. Weiterführen wollen beide Parteien die Politik der Rekommunalisierung von wichtiger Infrastruktur. Bereits die alte rot-grün-rote Koalition hatte sich für den Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung an dem Gasversorger Gasag ausgesprochen.

Trotzdem noch Widerstand

In den Sondierungsgesprächen hat nun auch die CDU dem Erwerb von Gasag-Anteilen durch das Land Berlin zugestimmt. Obwohl die Hauptstadt-Union bislang die Abschaffung des Landesantidiskriminierungsgesetzes und des Landesmindestlohns gefordert hatte, soll nun beides laut dem Sondierungspapier erhalten bleiben. Wegner hat sich überdies öffentlich zu Berlin als „Stadt der Vielfalt“ bekannt. Im

Sondierungspapier wird Berlin als „welt-offene und sichere Metropole“ bezeichnet, die „auf Vielfalt und Respekt für Regeln setzt“.

Das Papier bildet die Basis für die mittlerweile angelaufenen Koalitionsverhandlungen. Über den fertigen Koalitionsvertrag will die Berliner SPD ihre Mitglieder im April abstimmen lassen. Innerhalb der Partei haben sich indes schon drei Kreisverbände gegen ein Regierungsbündnis mit der CDU ausgesprochen. Zuletzt hatten SPD-Delegierte in Tempelhof-Schöneberg einen Antrag angenommen, in dem es heißt, die SPD dürfe nicht zum Steigbügelhalter einer konservativen Landesregierung werden. Zuvor hatten bereits die SPD-Kreisverbände Neukölln und Steglitz-Zehlendorf gegen ein Bündnis mit der CDU votiert. H.M.

KOLUMNE

Kalkutta an der Spree

VON THEO MAASS

CDU und SPD kuscheln in Berlin. Da passt es gar nicht, dass der Alterspräsident des Berliner Abgeordnetenhauses Wahrheiten anspricht, die der SPD peinlich sind, weil sie seit über 20 Jahren in Stadt und Land den Regierungschef stellt. Als Alterspräsident kam Kurt Wansner (CDU) auf die Probleme Berlins zu sprechen: die kriminellen Familienclans, der Müll, die Wohnungsnot, die Bürokratie.

Selbst in seiner CDU erntete er dafür nur verhaltenen Beifall – uneingeschränkt aber von der AfD. Tamara Lüdke von der SPD gab sich düpiert: „Die Situation zu nutzen, um noch mal Zuspitzungen aus dem Wahlkampf zu holen, war schlechter Stil.“ Bahar Haghani pour von den Grünen: „Die Eröffnungsrede sollte keine Plattform für parteipolitische Botschaften sein.“ Anne Helm von der Linkspartei: „Die Rede war eines Alterspräsidenten unwürdig und offenbarte ein Weltbild aus dem vorigen Jahrtausend.“

Was versteht die Partei, in der Mauermörder und Stasi-Agenten Platz fanden, von Würde? Wansner entgegnete: „Ich verstehe die Aufregung nicht, das sind doch alles Tatsachen. Die Probleme brennen uns doch unter den Fingern, die kann man nicht verschweigen!“ Erfreulich ist, dass es in der CDU doch noch Parlamentarier gibt, die eben nicht mit schaumigen Puddingreden die Lebensrealität der Berliner zuleistern.

Eine Stadt, die mein Freund aus Stettin als Kalkutta tituliert und die ihn mir vorschlagen ließ, auf meinem Grundstück einen Hubschrauberlandeplatz einzurichten, damit er da nicht durchfahren muss, wenn er mich besucht. Die Gefahr besteht, dass Kai Wegner mit Rücksicht auf die SPD einen Teil des rot-rot-grünen Flohmarkts übernimmt, um Regierender Bürgermeister zu werden.

MELDUNG

Austritte aus Linkspartei

Potsdam – Die Linksjugend Brandenburg muss innerhalb weniger Tage schon den zweiten Austritt eines wichtigen Funktionsträgers vermelden. Zuerst war Landesvizechef Justin König ausgetreten. Als Begründung hatte er die Haltung der Partei zum Ukrainekrieg genannt. Einer der Landessprecher der Linksjugend, Jonathan Wieggers, erklärte nun mit einer ähnlichen Begründung seinen Austritt aus der Partei, will aber weiterhin der Jugendorganisation angehören: „Ich kann und will nicht Teil einer Partei sein, die der Ukraine ihr Recht auf Selbstverteidigung abspricht ... Die Linke hat so keine Zukunft.“ Führende Köpfe der Partei betrieben „aktive Kremlpropaganda für den Kriegsverbrecher Putin“. Wieggers benannte dafür die Linkspartei-Bundestagsabgeordnete Sahra Wagenknecht und die Co-Fraktionschefin der Linkspartei im Bundestag, Amira Mohamed Ali. Landesgeschäftsführer Stefan Wollenberg kommentierte: „Wir bedauern natürlich jeden Austritt.“ F.B.

● MELDUNGEN

China überholt die USA

Jersey City – Das US-Wirtschaftsmagazin „Forbes“ berichtet, dass China die USA bei der Entwicklung neuartiger militärischer Sprengstoffe überholt habe. In den USA werde Sprengstoff noch mit Methoden aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges produziert, und das erschwere die Herstellung des modernen Sprengstoffs CL-20. Zudem verfüge die US-Rüstungsindustrie derzeit nur über ein Zehntel der Menge an chemischen Grundstoffen, die benötigt würde, um genügend von diesem Sprengstoff zu fertigen. Dieser Mangel resultiere daraus, dass die USA bei den Ausgangsmaterialien für die Füllung konventioneller Bomben und Granaten von Importen aus China abhängen und die in letzter Zeit stocken würden. Für den Fall einer chinesischen Invasion auf Taiwan und einer US-Intervention zugunsten des Inselstaates sei sogar mit einem vollständigen Ausbleiben der Lieferungen zu rechnen. W.K.

Afghanen für Putins Armee

Prag – Mehrere tausend ehemalige Angehörige der afghanischen Regierungstruppen könnten demnächst im Solde Russlands in der Ukraine kämpfen. Dies erklärte der frühere afghanische General und Kommandeur des 207. Zafar-Armeekorps, Abdul Raouf Arghandiwal, in einem Interview mit „Radio Free Europe“. Bei dem Rückzug der USA aus Afghanistan im Sommer 2021 waren dort rund 30.000 Mann der regulären Armee der Kabuler Regierung zurückgeblieben. Denen versprochen die siegreichen Taliban zwar eine Generalamnestie, nachten dann aber trotzdem Jagd auf ihre vormaligen Gegner. Daraufhin haben sich viele von diesen in das Nachbarland Iran abgesetzt. Weil sie dort meist unter prekären Bedingungen leben, erscheint vielen von ihnen der von russischen Anwerbern versprochene Monatslohn von umgerechnet 3000 US-Dollar attraktiv. Außerdem wittern die afghanischen Ex-Soldaten nun die Chance, sich dafür zu rächen, dass sie von den USA im Stich gelassen wurden. W.K.

Irans Marine in Brasilien

Brasilia – Die Marine des Iran hat Brasilien einen offiziellen Besuch abgestattet. Ein großer Marinetanker und eine große Korvette besuchten Rio de Janeiro. Die amerikanische Botschafterin in Brasilien, Elizabeth Bagley, hatte die brasilianische Regierung zuvor ausdrücklich gebeten, die Schiffe nicht anlegen zu lassen. In Washington ist man besorgt und hat auch allen Grund dazu. Nun folgten drohende Worte. Die Unterbringung von Marineschiffen eines Regimes, das sein Volk brutal unterdrückt, Russland mit Waffen für den Krieg gegen die Ukraine versorge und sich an Terrorismus und Waffenverbreitung auf der ganzen Welt beteilige, sende „die falsche Botschaft in die falsche Richtung“, so die Sprecherin des Weißen Hauses, Karine Jean-Pierre. Senator Ted Cruz will Sanktionen gegen den Hafen von Rio de Janeiro oder die brasilianische Marine prüfen. F.B.

LATEINAMERIKA

Franziskus schweigt zu Missständen

Während mutige Bischöfe sich den kommunistischen Regimen entgegensetzen, sieht der Papst weg

VON BODO BOST

Südamerika erlebt seit einigen Jahren wieder einmal einen Linksruck. Parallel dazu hat sich in den ältesten drei Linksdiktaturen des Kontinents, in Kuba, Venezuela und Nicaragua, die Lage der Kirche bedeutend verschlechtert. Während Papst Franziskus, der Argentinier Jorge Mario Bergoglio, dazu schweigt, wagen einige Bischöfe kleinerer Diözesen einen Konfrontationskurs zu den linken Potentaten. So beispielsweise Bischof Victor Hugo Basabe, der Interims-Verwalter der Erzdiözese Barquisimeto in Venezuela. Basabe wagte etwas, was sich viele Katholiken in Lateinamerika auch vom Papst wünschen würden: offene Kritik am sozialistischen Maduro-Regime. Basabe warf der Regierung vor, die wirtschaftliche Realität Venezuelas vor der Welt verstecken zu wollen.

Den Preis dafür zahlten die sieben Millionen venezolanischen Flüchtlinge, die das Land verlassen haben. Staatschef Nicolás Maduro war außer sich, er drohte dem Bischof mit dem „roten“ Arbeiterknüttel. Der Papst schwieg, dabei gehört die Flüchtlingsfrage zu den wichtigsten Themen, denen sich der Papst weltweit

seit Beginn seiner Amtszeit vor zehn Jahren widmet. Die sechs Millionen katholischen venezolanischen Flüchtlinge warten dagegen in Südamerika auf ein Wort des Papstes seit Jahren vergeblich.

In Nicaragua ist es der mutige Bischof Rolando Álvarez der kleinen Diözese Matagalpa, der den kirchlichen Widerstand gegen den Links-Diktator Daniel Ortega anführt. Nach Monaten öffentlichen Protests gegen die Verletzung der Menschenrechte wurde Bischof Álvarez vor einigen Wochen verhaftet, ihm drohen wegen „Verschwörung zur Untergrabung der nationalen Integrität“ bis zu acht Jahre Haft.

Ein Angebot, ins Exil in die USA zu gehen und seine Staatsangehörigkeit aufzugeben, wie Hunderte andere Oppositionelle es bereits getan haben, lehnte der mutige Bischof ab. Ähnliches droht dem katholischen Priester Benito Enrique Martínez, der nach der Hinrichtung nicaraguanischer Studenten öffentlich ausrief: „Raus mit dem sandinistischen Mörderpaar Daniel und seiner Ehefrau und Vizepräsidentin Rosario Ortega.“ Selbst beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen kam dem Papst kein kritisches Wort gegen die kommunistische Diktatur in Nicaragua über die Lippen, dabei hatte Nicaragua als einziges Land Amerikas

Russlands Angriffskrieg in der Ukraine in der UN verteidigt.

In Kuba, der ältesten kommunistischen Diktatur des Kontinents, hatte die gesamte Bischofskonferenz in ihrer Weihnachtsbotschaft über ein Klima von „Angst, Misstrauen, Lügen und Hass“ gesprochen. Mehrere Hunderttausend Kubaner haben im letzten Jahr die Karibikinsel in Richtung USA verlassen, so viele wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Bischöfe forderten eine Amnestie für politische Gefangene, aber der Papst schweigt auch zu Kuba, dabei war einer der großen kubanischen Revolutionäre, Che Guevara, sein Landsmann.

Bereits einmal gab es einen „Schweiger“ auf dem Papstthron

Während mutige Bischöfe und Priester in Südamerika ihr Leben riskieren, hat sich Papst Franziskus offenbar entschieden, zu dieser Situation nichts zu sagen. Der Argentinier liegt damit weitgehend auf einer Linie mit Lateinamerikas Linken, die Menschenrechtsverletzungen in den drei Links-Diktaturen als normal hinnehmen. Die neuen Linksregierungen in Südamerika sehen, wie der Papst, in Russlands Invasion in die Ukraine auch eine Mitschuld des Westens.

Während er einem italienischen Bischof in der Mongolei, in der 1500 Katholiken leben, den Kardinalshut verlieh, verweigerte er dem byzantinisch-katholischen Erzbischof von Lemberg, dem Oberhaupt von acht Millionen Katholiken in der Ukraine, den Patriarchen- oder Kardinalstitel, obwohl dies den in ihrer Existenz bedrohten Ukrainern erheblich helfen könnte.

Als im Januar Anhänger des unterlegenen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro den Präsidentenpalast in Brasilia stürmten, brach der Papst sein Schweigen, um den neuen Präsidenten, den Altlinken Lula, zu verteidigen. Lula hätte den Zuspruch des Papstes gar nicht benötigt, denn er konnte sich selbst rechtfertigen.

Manch einer erinnert sich angesichts eines solchen päpstlichen Schweigens an Papst Pius XII. während des Zweiten Weltkriegs, der trotz früher Mahnungen durch treue Katholiken, wie der Heiligen Edith Stein, nichts zur Verteidigung der Juden getan hatte und erst, als die Juden in Rom deportiert werden sollten, die Tore des Vatikans und seinen Mund zur Verteidigung der Juden öffnete. Bis heute ist die Kritik an diesem päpstlichen Schweigen nicht verstummt.



Papst Franziskus beim Besuch Kanadas: Ein Demonstrant macht mit einer Flagge auf die Situation in Nicaragua aufmerksam

Foto: pa

ITALIEN

Linksruck beim Partito Democratico

Unter der 37-jährigen Elly Schlein soll die Partei weiblicher, ökologischer und immigrantischer werden

Nach der deutlichen Wahlniederlage gegen Giorgia Melonis Mitte-Rechts-Bündnis bei den letzten italienischen Parlamentswahlen befindet sich die letzte verbliebene klassische Volkspartei Italiens, die Demokratische Partei (PD), in einer veritablen Krise. Mit Elly Schlein soll nun alles besser werden.

Die 37-jährige designierte PD-Vorsitzende inszenierte sich geschickt als Anti-Meloni. Während die 46-jährige amtierende Regierungschefin aus kleinen Verhältnissen stammt, wuchs Schlein in einem hochbürgerlichen, linksintellektuellen Umfeld auf. Geboren in der Schweiz als Tochter eines US-amerikanischen Universitätsprofessors und einer italieni-

schon Professorin, kam sie erst im Alter von 18 Jahren nach Italien, dem Land ihrer Mutter. Nach ihrem Jurastudium ging sie in die USA und machte Wahlkampf für Barack Obama. Dort lernte sie, wie wichtig die sozialen Medien sind und wie man Kampagnen organisiert.

Die Bisexuelle will die italienische Politik weiblicher, ökologischer und migrationsfreundlicher machen. Und sie beschwört mit großen Augen und drastischen Worten die faschistische Gefahr, der das Land seit Melonis Wahlsieg ausgesetzt sei. Die Besitzerin der schweizerischen, US-amerikanischen und italienischen Staatsangehörigkeit kommt von ganz links, gründete vor einigen Jahren

die Bewegung #Occupy PD, um die Partei weiter nach links zu rücken. Als das nicht klappte, trat sie aus der Partei aus.

Erste Erfolge als Anti-Meloni

Erst vor Kurzem trat sie wieder ein. In Italien kursieren Gerüchte, Schlein und ihre Mannschaft hätten in den vergangenen Wochen zahlreiche neue Mitglieder gewonnen, vor allem Frauen und Immigranten, die erst kürzlich die italienische Staatsbürgerschaft bekommen haben. In Italien, wo man die Parteimitgliedschaft Jahr für Jahr aktiv erneuern muss, hat so etwas ein Geschmäckle.

Populär ist die neue Anti-Meloni in ihren Kreisen zweifelsohne. 2014 fuhr sie

ein persönlich sehr gutes Einzelergebnis bei den Wahlen zum EU-Parlament ein, und 2020, als sie mit ihrer Protesttruppe zu den Wahlen in ihrer Heimatregion Emilia-Romagna antrat, erhielt sie so viele Stimmen, dass sie zur Vizepräsidentin der Regionalregierung ernannt wurde.

Während Meloni sich im Wahlkampf als alleinerziehende Mutter inszenierte, betont Schlein bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihre homosexuelle Neigung. „Ich liebe eine Frau und bin keine Mutter, aber deswegen bin ich nicht weniger weiblich“, sagte sie kürzlich. Die Zeichen in Italien sind also auf Konfrontation gerichtet. Peter Entinger

VON HERMANN MÜLLER

Die Brandenburger Wirtschaftsförderung kann für vergangenes Jahr eine Rekordbilanz vorlegen. Mit einem Investitionsvolumen von 1,85 Milliarden Euro beziehungsweise 305 Investitionsprojekten erzielte die Förderungsagentur das beste Ergebnis seit ihrer Gründung im Jahr 2001. Eine große Rolle bei dieser Entwicklung spielt der US-Elektroautobauer Tesla. Dieser beschäftigt in seinem Werk östlich von Berlin mittlerweile 8500 Angestellte. Mit der Tesla-Ansiedlung kommen inzwischen auch Zulieferbetriebe. „Brandenburg entwickelt sich zu einem neuen Zentrum für moderne Mobilität und nachhaltige Produktion in Deutschland“, so Jörg Steinbach.

Heimgekehrt von einem USA-Besuch, verkündete Brandenburgs sozialdemokratischer Landeswirtschaftsminister allerdings auch alarmierende Botschaften. So sei der US-amerikanische Photovoltaikhersteller First Solar etwa interessiert, seine vor zehn Jahren aufgegebene Produktion in Frankfurt an der Oder wieder aufzunehmen, erwarte dafür allerdings Schutz vor Konkurrenz aus China, wie Steinbach im Wirtschaftsausschuss des Landtages berichtete.

Warnung vor Umverteilung

Von den Gesprächen mit US-amerikanischen Unternehmen brachte der Minister zudem noch eine andere wichtige Information mit. Angeregt durch die Subventionspolitik des US-Präsidenten Joe Biden baut First Solar in den USA gerade seine Produktionskapazitäten aus. Durch die massive Staatsförderung, die Unternehmen in den USA über den Inflation Reduction Act erhalten können, scheint Europa als Standort zunehmend unattraktiv zu werden. Steinbach warnte: „Wenn hier nicht ganz schnell etwas Substantielles auf europäischer Seite passiert, haben wir kein Feld auf Augenhöhe, was den Wettbewerb um entsprechende Investitionen betrifft.“

Insgesamt hat die US-Regierung 430 Milliarden Dollar an Subventionen und Steuernachlässen bereitgestellt, mit denen unter anderem die Produktion von Elektroautos in den USA gefördert werden soll.

Die Flut an Staatsgeldern lässt nicht nur US-amerikanische Unternehmen zögern, in Europa neue Werke zu bauen. Immer mehr deutsche Unternehmen zieht es in die USA. Firmen wie Audi, BMW, Schaeffler, Siemens Energy oder der Hamburger Kupferproduzent Aurubis investieren bereits in Übersee oder haben entsprechende Planungen öffentlich gemacht. Klaus Rosenfeld, Chef des Autozu-



Will den Inflation Reduction Act „auf jeden Fall nutzen, um verstärkt in den USA zu investieren“: Der Vorstandsvorsitzende der Schaeffler AG Klaus Rosenfeld

Foto: Schaeffler AG

WIRTSCHAFTSPOLITIK

„Die nächsten Werke bauen wir eher in Amerika“

Staatseingriffe führen zwischen der EU und den USA zu einer massiven Verzerrung des Wettbewerbs um Investitionen

lieferers Schaeffler, kündigte nach einem Besuch in Übersee beispielsweise an, „die nächsten Werke bauen wir eher in Amerika“. Rosenfeld wies dabei ganz konkret auf den Inflation Reduction Act hin. „Wir werden ihn auf jeden Fall nutzen, um verstärkt in den USA zu investieren“, so der Schaeffler-Chef. Rosenfeld warnte dabei auch: „Es besteht die Gefahr, dass Europa der Verlierer dieser Umverteilung wird.“ Laut einer Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer plant inzwischen jedes zehnte Unternehmen Produktionsverlagerungen.

Bei dieser Entwicklung spielen in vielen Fällen auch die massiv gestiegenen Energiekosten eine Rolle. Selbst die EU-Kommissionspräsidentin räumte inzwischen ein, dass die hohen Energiepreise in Europa einen Standortnachteil darstellen. „Wenn jetzt da obendrauf noch

die Investitionsmittel der Vereinigten Staaten kommen, dann wird es schwer hier auf der europäischen Seite für unsere Unternehmen“, so Ursula von der Leyen. Als Antwort auf das US-amerikanische Subventionspaket kündigte die Politikerin im Februar einen „Grünen Industrieplan“, an, der die Industrie in Europa stärken soll. Der Plan sieht unter anderem die Lockerung von Beihilferegeln für die Nationalstaaten vor.

Herunterfahren der Stahlproduktion

Diese Antwort der EU legt nicht nur die Grundlage für einen Subventionswettlauf mit den USA. Hierzulande wird wenig beachtet, dass Bidens Inflation Reduction Act nicht nur Subventionen vorsieht, sondern auch Steuererhöhungen. Unter dem Strich sollen am Ende trotz der massiven Fördergelder und Steuer-

gutschriften für den Staatshaushalt Einsparungen von 238 Milliarden US-Dollar herauskommen. Im Fall des „Grünen Industrieplans“ der EU-Kommission scheint es nach bekanntem Muster hingegen auf eine weitere Erhöhung der Schuldenlast hinauszulaufen. Ungelöst ist zudem die Frage, wie Europa bei den Energiekosten wieder wettbewerbsfähig werden will.

Wie schwierig die Lage für hiesige Unternehmen mittlerweile ist, wird im Berliner Umland deutlich. Wegen der hohen Strompreise sah sich der Stahlhersteller Riva bereits gezwungen, seine Elektrostaahlproduktion in Hennigsdorf zeitweise herunterzufahren. Als Grund gab das Unternehmen die stark schwankenden und oft extrem hohen Strompreise an. Ähnliche Meldungen kamen auch schon von anderen Elektrostaahlherstellern.

MOBILITÄT

Ford-Patent für totalüberwachtes Auto

Die zentrale Fernsteuerung und dauernde Kontrolle des Individualverkehrs ist damit technisch ermöglicht

Wie jetzt bekannt wurde, haben vier Mitarbeiter des US-Autoherstellers Ford am 23. Februar in den USA ein 14-seitiges Patent angemeldet, das – konsequent angewendet – die zentrale Fernsteuerung und Dauerüberwachung des Individualverkehrs ermöglicht. Das Ganze klingt zunächst harmlos: Es sei ja allgemein üblich, Personen, die mit ihren Kredit- oder Leasing-Raten im Rückstand lägen, das Fahrzeug zu entziehen, wenn Mahnungen nichts fruchteten. Dies führe allerdings oft zu „Komplikationen“. Deshalb hätten die Autobauer einen „Rücknahmesystem-Computer“ erfunden, der ein „mehrstufiges Rücknahmeverfahren“ steuere.

Im ersten Schritt solle der Bordrechner auf aus der Ferne gegebene Befehle

hin „optional verwendbare Komponenten der ersten Ebene“ blockieren. Darunter fielen beispielsweise das Radio und die Sitzheizung. Im zweiten Schritt könnten dann immer mehr und wichtigere Funktionen abgeschaltet werden, bis der Fahrer gar keinen Zugang mehr zum Inneren des Wagens erhalte oder das Auto sich nicht mehr starten lasse.

Das sind nicht die einzigen Möglichkeiten, zu denen der „Rücknahmesystem-Computer“ fähig ist. Die Software wäre außerdem in der Lage, einzelne Strecken für das Fahrzeug zu sperren oder dessen Reichweite zu begrenzen. Wie aus der Patentschrift hervorgeht, besteht auch die Option, die Eingriffe so gezielt vorzunehmen, dass der Fahrer ausschließlich seiner Erwerbstätigkeit

nachzugehen vermag. Außerdem würden Fahrten ins Krankenhaus ermöglicht.

Im Extremfall solle das „Deaktivieren bestimmter Komponenten“, das ein „gezieltes Maß an Unbehagen beim Fahrer und den anderen Insassen verursacht“, in der vollautomatischen Rückführung des Kraftfahrzeuges zum Ford-Händler oder einem anderen Ziel gipfeln.

Die Missbrauchsmöglichkeiten, die sich aus dieser Technologie ergeben, liegen auf der Hand. So könnten die Behörden den Fahrern ebenfalls Beschränkungen auferlegen – beispielsweise wegen mutmaßlicher krimineller Vergehen oder bei politisch erklärten Ausnahmezuständen. Ein Lockdown aus „Klimaschutzgründen“ oder wegen einer neuerlichen „pandemischen Lage“ ließe sich nun ganz

unproblematisch durchsetzen. Das gilt analog für das „erzieherische Einwirken“ auf Autofahrer, die zu kurze oder zu lange Strecken zurücklegen und damit angeblich der Umwelt schaden. Mit dem Ford-Patent wäre es künftig ganz einfach, Menschen zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad zu nötigen.

Und die neue Erfindung würde auch ein Sozialkontroll-System ermöglichen: Wer politisch unliebsame Äußerungen tätigt, muss laufen. Wer zuhause zu viel Energie verbraucht, darf nicht mehr mit dem Auto fahren. Wer vorgeschriebene medizinische Maßnahmen verweigert, bekommt den Wagen stillgelegt. Noch ist es statthaft, auf den Kauf von Pkw mit dem bei Ford ersonnenen Computersystem zu verzichten. *Wolfgang Kaufmann*

● MELDUNGEN

China wird boykottiert

Veldhoven – Das niederländische Unternehmen ASML Holding N.V. will ab dem Sommer dieses Jahres keine sogenannten DUV-Maschinen mehr nach China liefern. Die moderne Hochgeschwindigkeitslithografie-Technologie DUV (Deep Ultra Violet) wird benötigt, um besonders kleine Schaltkreise in das Silikon der Mikrochips zu ätzen. ASML ist der weltweite Marktführer auf diesem Gebiet und zählt fast alle großen Chip-Hersteller zu seinen Kunden. Der Boykott, der auf das anhaltende Drängen der USA zustande gekommen ist, dürfte die chinesische Chip-Industrie schwer beeinträchtigen und den Autarkiebestrebungen des Reiches der Mitte auf dem Gebiet der Herstellung von leistungsstarken Mini-Schaltkreisen schaden. Peking reagierte auf die Verkündung der Ausfuhrbeschränkungen mit einem Protest gegenüber der Regierung in Den Haag. Diese mische sich in normale Wirtschafts- und Handelsbeziehungen ein, so die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums Mao Ning. *W.K.*

EU will nachziehen

Cannes – Europa will nun ebenfalls Spionage-Ballons und -Luftschiffe bauen. Wie der französisch-italienische Raumfahrtkonzern Thales Alenia Space angekündigt hat, sollen im Rahmen des von der EU geförderten Projektes HAPS (High Altitude Platform Systems) Stratosphärenballons, Luftschiffe und Hybrid-Luftschiffe mit Tragflächen für die Objekterkennung am Boden und die elektronische Kommunikationsaufklärung entstehen. An dem Vorhaben werden mindestens 21 Unternehmen aus elf Staaten beteiligt sein, darunter die Stuttgarter TAO Trans-Atmospheric Operations GmbH sowie die schon lange im Rüstungsbereich tätige ESG Elektroniksystem- und Logistik-GmbH mit Sitz in München. Die beiden Firmen planen die Fertigung von mehreren, in ihrer Flughöhe kontrollierbaren Ballons mit einer Dienstgipfelhöhe von 20 Kilometern. Über deren Größe liegen momentan noch keine Informationen vor. *W.K.*

Teurer als gedacht

Düsseldorf – Diskontläden stehen in dem Ruf, günstiger zu sein als Supermärkte wie Edeka oder Kaufland. Das stimmt aber häufig gar nicht, wie eine Untersuchung belegen will, über die die „Wirtschaftswoche“ berichtet. Untersucht wurden unter anderem Aktionsangebote von Lidl und Co im Vergleich zu Edeka und ähnlichen Ketten. Das überraschende Resultat: „Vergleicht man alle Aktionsartikel von Edeka, die es zeitgleich bei Lidl im Angebot gab, zeigt sich, dass Edeka im Schnitt 2,18 Prozent günstiger war.“ Auch beim Eigenmarken-Sortiment fanden die Studienmacher keinen Preisvorteil bei den Diskont-Läden. Dass Kunden in den Supermärkten trotzdem mehr Geld lassen, könne am größeren Warensortiment liegen und daran, dass hochpreisige Artikel dort gezielt so präsentiert würden, dass sie besonders gut sichtbar seien. *H.H.*

ANALYSE

Wieder nur der Anfang?

HANS HECKEL

Es ist genau das geschehen, was angeblich nach den Erfahrungen der Finanzkrise von 2008 nie wieder hätte passieren sollen. Wieder sprangen Regierungen und Notenbanken mit Milliarden-spritzen und weitgehenden Garantien in die Bresche, um die Finanzindustrie vor einer Katastrophe zu retten.

Wie sich die Bilder ähneln: Im September 2008 traten Bundeskanzlerin Merkel und ihr Finanzminister Peer Steinbrück vor die Kameras, um den Sparer zu versichern, dass das Geld auf ihren Konten sicher sei. Nach der Pleite der Silicon Valley Bank (SVB) musste US-Präsident Joe Biden ein solches Versprechen abgeben.

Steinbrück gab viele Jahre später zu, dass er noch immer nicht wisse, auf welcher rechtlichen Grundlage er und Merkel damals eigentlich gehandelt hätten. Ganz abgesehen davon, dass die riesigen Summen, die im Falle eines Flächenbrandes von Bankpleiten zu stemmen gewesen wären, die Möglichkeiten der Politik gesprengt hätten.

In den USA liegen rund 17 Billionen Dollar als Spareinlagen auf den Konten, ein Zehntel davon bei den besonders gefährdeten, mittelgroßen Regionalbanken, die im Zuge der SVB-Pleite bereits einen Ansturm von Kunden erlebten, die ihre Konten räumen wollten, weil sie der Stabilität der Banken nicht mehr vertrauen. Es stand Spitz auf Knopf.

Wie vor 15 Jahren beklagen versierte Beobachter ein Versagen der Aufsichtsbehörden – sowohl im Falle von SVB wie auch der nur durch eine (mit Steuer- und Notenbankgeld abgesicherten) Notübernahme geretteten Credit Suisse. Die Krise beider Geldhäuser hätte viel frühzeitiger erkannt werden müssen und können.

Die Ursachen für die Schiefelage beider Institute sind vielschichtig. Eine jedoch liegt in der Zinspolitik der Notenbanken selbst. Banken behalten das Geld ihrer Einleger nicht in bar im Hause, sie legen es an. Unter anderem in Anleihen, hier häufig in die als besonders stabil geltenden Schuldscheine großer Staaten. Genau diese Anleihen aber wurden nun, da die Häuser in akute Liquiditätsprobleme gerieten, zum echten Problem. Um schnell an Geld zu kommen, mussten sie Anleihen verkaufen, die sie in den vielen Jahren mickrigster

Zinsen erworben hatten. Nunmehr aber haben die Notenbank die Zinsen zwecks Inflationsbekämpfung wieder massiv angehoben. Alte Anleihen mit langer Restlaufzeit wurden damit extrem unattraktiv und müssen mit großen Abschlägen verkauft werden.

Eine Beispielrechnung: Zum Verkauf steht eine Staatsanleihe zu einem Prozent Jahreszins und fünf Jahren Restlaufzeit. Der derzeitige Zins für neue Anleihen desselben Landes wirft aber vier Prozent ab. Wer die alte Anleihe dennoch kaufen soll, verlangt daher vom Verkäufer die Zinsdifferenz als Abschlag im Voraus. Bedeutet: Der Verkäufer verzichtet auf mindestens 15 Prozent vom Nennwert der Anleihe (drei Prozent mal fünf Jahre).

Notenbanken in der Klemme

Hinzu kommt die Zinserwartung: Im Moment gehen die Marktteilnehmer von weiter steigenden Zinsen aus. Auch das führt noch einmal zu Abschlägen. Um rasch an Geld zu kommen, sind in akute Zahlungsschwierigkeiten geratene Banken also gezwungen, ihre Anleihe-Depots zu Schleuderpreisen zu plündern, woraus schnell eine existentielle Krise erwachsen kann.

Die neuerlichen Geldspritzen von den Notenbanken für notleidende Banken konterkarieren zudem die Anti-Inflationspolitik. Durch steigende Zinsen soll die umlaufende Geldmenge schließlich verringert werden – nur Geld, das auf dem Markt wirksam wird, führt zu Preisinflation. Durch ihre Geldspritzen zur Abwehr einer globalen Bankenkrise aber fluten die Notenbanken auf der anderen Seite den Markt wieder mit Liquidität. Sie sitzen in der Klemme: Um die Banken zu retten, müssen sie inflations-treibendes, zusätzliches Geld in den Markt pumpen. Um die Inflation zu bekämpfen, müssten sie das Gegenteil tun.

Zu allem Überfluss weist Börsenexperte Dirk Müller noch darauf hin, dass sich die Finanzindustrie längst wieder mit neuen „toxischen“ Wertpapieren eingedeckt haben, nämlich mit hochspekulativen Papieren auf fremdfinanzierte Firmenübernahmen. Die seien durchaus mit jenen „Massenvernichtungswaffen“ von 2008 vergleichbar. Demnach war das jüngste Bankenbeben, wie die Bear-Stearns-Pleite im März 2008, womöglich wieder nur der Vorbote einer wirklich großen Krise.



Immer mehr Stühle für immer mehr Bundestagsabgeordnete: Herrichtung des Plenarsaals für die aktuelle Legislaturperiode

KOLUMNE

Nur Chinas ist größer

FLORIAN STUMFALL

Deutschland hat das zweitgrößte Parlament weltweit, übertroffen nur vom chinesischen Volkskongress, wenn man diesen denn als ein Parlament bezeichnen wollte, da er doch nur eine kolossale Versammlung von Funktionären der Kommunistischen Partei darstellt. Sogar das Europäische Parlament in Straßburg ist kleiner.

Das Ergebnis des deutschen parlamentarischen Wucherungs-Problems liegt zu einem guten Teil darin, dass man panisch darauf bedacht ist, Gerechtigkeit bis zur dritten Stelle hinterm Komma angedeihen zu lassen, insofern, als kein Votum, auch nicht das geringste, unberücksichtigt bleiben sollte. Das führt zu Überhang- und Ausgleichsmandaten und einer immer größeren Aufblähung des Bundestages. Jetzt also soll das alles anders werden, aber mit dem Ende der Ausnahmeregelung der drei Direktmandate bei der Fünf-Prozent-Klausel ist auch nicht mehr Gerechtigkeit geschaffen, wenn – um das brennende Beispiel zu nehmen – bei einer nur geringen Änderung des Wahlergebnisses mit einem Mal in Bayern alle bürgerlichen Stimmen unberücksichtigt blieben.

Dennoch ist die Einsicht zutreffend, dass der Bundestag schrumpfen sollte. Sein derzeit monströses Ausmaß ist lächerlich, teuer und unzumutbar. Denn vor allem in der Politik gilt die Regel: Je größer ein Gremium, in umso kleineren, verschwiegeneren Zirkeln fallen im Dämmerlicht der Hinterzimmer und Salons die Entscheidungen. Deshalb stimmt es nicht, dass in einem größeren Parlament der Wählerwille besser zum Ausdruck komme – das Gegenteil trifft zu.

Die Parteien üben ein Monopol aus

Der Gedanke der Verkleinerung also ist richtig, der Weg allerdings falsch. Denn das Grundproblem, noch vor der Frage nach dem Wahlrecht, ist der Umstand, dass sich die Parteien komplett des Staates bemächtigt haben. Der Artikel 21 des Grundgesetzes bestimmt: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Das ist soweit in Ordnung, doch kann von „Mitwirkung“ überhaupt keine Rede sein. Denn die Parteien üben über den gesamten Politikbetrieb ein unangefochtenes Monopol aus. Das zeigt sich am auffälligsten bei Wah-

len. Vom ersten Anbringen eines Plakats bis zur Auszählung der letzten Stimme sind es ausschließlich die Parteien und ihre Beauftragten, die das Geschäft betreiben.

Die Parteien aber haben ein Interesse daran, möglichst viele Stimmen zu sammeln, nicht nur, um gegebenenfalls Regierungspründe einzunehmen, sondern auch, um den Betrieb ihrer eigenen Organisation aufrechterhalten zu können. Denn der Staat finanziert die Parteien je nach der Anzahl von Wählerstimmen, die sie bekommen. Das ist für die Parteien ein

sich durch ihre Mitglieder Gehör verschaffen und Einfluss ausüben können.

Vorschlag für eine Wahlrechtsreform

In den Wahlkreisen, um das Spiel weiterzuführen, wird gesichtet und eine Liste mit den drei Namen veröffentlicht, die am meisten Stimmen auf sich vereint haben. Das also sind dann die Kandidaten für die Wahl. Die freilich läuft nach dem Mehrheitsprinzip ab, das heißt, wer am meisten Stimmen in einem Wahlkreis hat, zieht ins Parlament ein. So ungeheuerlich wäre das auch in Deutschland nicht. In den Absprachen zur Großen Koalition 1966 war verabredet, das Grundgesetz zu ändern und das Mehrheitswahlrecht einzuführen. Damals schon haben weitblickende Politiker die Vorteile erkannt und einen Bedarf gesehen. Gescheitert ist das Vorhaben dann am Wortbruch der SPD.

Mit einer derartigen Lösung wäre tatsächlich eine umfassende Beteiligung der Bürger bei der Willensbildung gewährleistet. Es gäbe nicht mehr den Verdross der Bürger, die sich bevormundet fühlen, weil sie sich mit Kandidaten abfinden müssen, ohne vorher gefragt worden zu sein. Wer aber allzu lang immer nur das geringere Übel hat wählen können, der zweifelt irgendwann am System insgesamt. Das zeigt sich im dramatischen und zur Gefahr werdenden Rückgang der Wahlbeteiligung.

Das ist der formale Aspekt. Es gibt aber noch den inhaltlichen. Parlamentarier, die auf Grund des Vertrauens ihrer Mitbürger bereits als Kandidaten gesetzt worden sind, und nicht von Gnaden einer Partei, haben auch in Sachentscheidungen freie Hand. Sie sind nicht an Parteiprogramme gebunden und können sich Mehrheiten suchen nach den sachlichen Gegebenheiten. Solche Mehrheiten würden im Parlament von Abgeordneten gebildet, nicht von Fraktionen. Und dann kommt noch der staatspolitische Gesichtspunkt. Tatsächlich kontrollieren die Parlamente nicht mehr die Regierungen, wie es ihre Aufgabe wäre. Diese Aufgabe nimmt immer nur die Opposition wahr. Die Regierungsparteien, wie schon ihr Name sagt, stützen die Regierung, egal, was geschieht. Auch dieses verfassungsrechtliche Übel wäre mit dem beschriebenen Modell beseitigt.

Und das Parlament wäre nur mehr halb so groß.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Die Aufstellung der Kandidaten gehört in die Hand der Bürger statt der Parteien

Geschäft von existentieller Bedeutung. Ohne die staatlichen Gelder müsste man den Betrieb schließen, die Mitgliedsbeiträge decken nur einen kleinen Teil der Kosten, und die Spenden sind eine sehr unzuverlässige Größenordnung.

Das ist der Hauptgrund, aus dem vonseiten der Politik niemals die Überlegung dahingehend laut werden kann, dass man sich des Artikels 21 GG besänne und sich tatsächlich in Sachen politischer Willensbildung auf eine „Mitwirkung“ beschränkte. Denn das schloße ein, dass sich andere Akteure ebenfalls auf diesem Feld tummeln und die Finanzierung gefährden oder jedenfalls mindern könnten. Dabei ist es ganz einfach, als Gedankenspiel eine Regelung zu entwerfen, welche die Rolle der Parteien auf die Mitwirkung beschränken und so dem Grundgesetz mehr entsprechen könnte, als das heute der Fall ist.

Um einmal so eine Skizze zu zeichnen, tut es not, bereits bei der Aufstellung der Kandidaten zu beginnen. Auch die befindet sich ja ausschließlich in Partei-händen, und niemand erklärt, warum das so sein muss. Man könnte auch folgendermaßen vorgehen: Jeder stimmberechtigte Bürger bekommt von der Gemeinde einen Wahlzettel zugesandt, auf den er den Namen derjenigen Person schreibt, den er als Kandidaten haben möchte. Die Parteien wirken dabei insofern mit, als sie

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetafeln der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Heimat ade

Österreichs legendäre Kaiserin auf Tour d'Europe – Am 30. März startet „Sisi & Ich“ als feministische Sisi-Version in den Kinos

VON HARALD TEWS

Fassen wir kurz zusammen: Allein in den vergangenen zwei Jahren sind vier deutsche Filmproduktionen über Kaiserin Elisabeth von Österreich, auch Sisi genannt, entstanden. 2021 streamte RTL+ zwölf Folgen der Serie „Sisi“, im Jahr darauf konterte Netflix mit der Miniserie „Die Kaiserin“, nahezu zeitgleich lief in den Kinos „Corsage“, und jetzt kommt mit „Sisi & Ich“ der nächste Film über die kaiserliche Legende in die Kinos.

Angesichts dieser Flut von Filmen könnte man fast von einer Sisi-Renaissance sprechen. Als Ur-Film-Sisi gilt für die meisten bekanntlich Romy Schneider, welche die Kaiserin neben Karlheinz Böhm in Ernst Marischkas Trilogie aus den 1950ern verkörpert hat. Dabei gab es schon 1920 den ersten „Sisi“-Film. Viele weitere folgten in allen möglichen Spielarten, so etwa „Bully“ Herbigs Persiflage „Lissi und der wilde Kaiser“ von 2007.

Das neue filmische Aufblühen von Sisi in der Pandemiezeit könnte auch die Sehnsucht zur Rückkehr nach einem normalen Leben widerspiegeln. Damit haben sie fürs Publikum eine ähnliche Funktion, wie Marischkas „Sissi“-Filme der 50er. Nachdem die Welt für viele Deutsche in den Trümmern lag, erfüllten solche Heimatfilme in den Wiederaufbaujahren die Sehnsucht nach einem Stück heiler Welt und Geborgenheit.

Der Kaiserin, der wir in Frauke Finsterwalders diesjährigem Berlinale-Beitrag



Nur noch ein Zweckbündnis: Sisi (Susanne Wolff) und Kaiser Franz Joseph (Markus Schleinzer)

Foto: DCM/Bernd Spaube

und am 30. März in den Kinos anlaufenden „Sisi & Ich“ begegnen, ist so etwas wie ein Lockdown-Opfer. Auf der Insel Korfu lebt diese von Susanne Wolff dargestellte Sisi zurückgezogen und isoliert nur mit dem engsten Hofstaat, während ihr Mann Kaiser Franz Joseph im fernen Wien weilt. Zu dieser zumeist nur aus Frauen bestehenden Kommune stößt Ir-

ma Gräfin von Sztáray als neue Hofdame. Sandra Hüller, bekannt aus dem Kinodrama „Toni Erdmann“ von 2016, spielt diese anfangs noch an Konventionen gefesselte ledige Frau. In Sisis Gegenwart muss sie sich an deren Marotten gewöhnen: strenge Diät – die Magersucht der Kaiserin ist ständiges Thema –, Turnübungen, Spaziergänge im sportlichen Laufschrift, be-

queme Kleidung statt Korsettzwang und Sprünge von der Steilklippe ins Meer.

Regisseurin Finsterwalder, die das Drehbuch mit dem Schweizer Schriftsteller Christian Kracht verfasst hat, stellt diese Sisi als moderne, freiheitsbewusste Frau dar, die sich auf ihrem Refugium vom Patriarchat erholt. Entsprechend feministisch angehaucht ist diese Sisi-Version.

Kaiser Franz Joseph taucht dabei als Anti-Böhm auf, der seine Frau zurück an den Hof zwingen will. Sie wehrt sich, indem sie ihre Friseurin und Vorleserin Fritzi als Doppelgängerin zu ihm schickt, und als das natürlich auffliegt, muss Hofdame Irma sie bei einem Bankett vertreten.

Weit hergeholt ist das alles nicht. Die ungarische Gräfin von Sztáray gab es wirklich. Ihre Erinnerungen als Hofdame hat sie 1909 in einem Buch über die letzten Jahre der Kaiserin veröffentlicht. Nicht ausgespart bleiben dabei auch im Film Sisis Reisen ins Ausland, ihre Leidenschaft für Parforcejagden in England und ihre Affäre mit einem jungen Stallburschen.

Vor allem aber war Irma Sztáray Zeugin des Attentates eines italienischen Anarchisten auf die Kaiserin am Genfer See. Die Feile, die sich in ihren Körper hineinbohrte, nimmt sie anfangs kaum wahr, geht unbeirrt weiter und verblutet dann etliche Minuten später in Irmas Armen.

Also kein Happy End wie in den „Sisi“-Filmen mit Romy Schneider. Und trotzdem hat „Sisi & Ich“ etwas Tröstendes: Der Film erfüllt tatsächlich die Sehnsucht nach den durch die Pandemie vernachlässigten Qualitäten wie Freiheit, Freundschaft und häuslichem Frieden. Und das liegt an dem hervorragend harmonierenden Schauspielersduo Wolff und Hüller. Sie heben dieses „Sisi“-Drama auf ein Top-Niveau, welches das frühere Traumpaar Romy Schneider und Karlheinz Böhm für einen kurzen Moment in den Hintergrund drängt. Wie gesagt: kurz – denn ein Legendenstatus vergeht nie.

ANTJE VOLLMER

Der weite Weg von Bonn nach Steinort

Von der linken Pazifistin zur Biographin eines ostpreußischen Gutsbesitzers – Ein Nachruf auf eine besondere Grünen-Politikerin

Die Theologin, Friedensaktivistin und Grünen-Politikerin Antje Vollmer ist tot. Damit endet ein Lebensweg, in dem sich die deutschen Zeitläufte des 20. und 21. Jahrhunderts auf vielfältige Weise spiegeln. Geboren wurde Vollmer am 31. Mai 1943 im westfälischen Lübbecke. Nach dem Abitur im Jahre 1963 studierte sie evangelische Theologie in Berlin, Heidelberg, Tübingen und Paris. Auf das Zweite Theologische Examen 1972 folgte ein Jahr später die Promotion zum Dr. phil. Es folgten ein postgraduales Studium der Erwachsenenbildung und eine Anstellung als Dozentin in der ländlichen Bildungsarbeit an der Evangelischen Heimvolkshochschule bei den v. Bodelschwinghschen Anstalten Bethel in Bielefeld.

Parallel dazu engagierte Vollmer sich zunehmend politisch. Wie so viele Angehörige ihrer Generation begann sie linksaußen und schloss sich zunächst der maoistischen „Liga gegen den Imperialismus“ an. Nach der Gründung der Grünen 1980 folgte Vollmer der neuen Partei, trat dieser jedoch erst 1985 bei. Als die Grünen 1983 erstmals in den Deutschen Bundestag einzogen, gehörte Vollmer – noch parteilos – der ersten Fraktion der neuen politischen Kraft an und wurde ein Jahr später Sprecherin der Fraktion.

Berufspolitikerin war Vollmer allerdings noch nicht, vielmehr musste sie aufgrund des damaligen Rotationsprinzips der Grünen schon 1985 ihr Mandat wieder zur Verfügung stellen. 1990 verpasste sie den Wiedereinzug ins Parlament, weil die

West-Grünen in der getrennten Wahl zum Vereinigungsbundestag an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten.

Nach der Wahl von 1994 wurde Vollmer die erste grüne Vizepräsidentin des Bundestags und gehörte fortan bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Parlament im Jahre 2005 nicht nur zur politischen Führung ihrer Partei, sondern der Bundesrepublik insgesamt.

Streitbar, aber stets integer

Mit leiser Stimme, aber nicht weniger energisch stieß Vollmer immer wieder Debatten an. So, als sie in den späten 1980er Jahren einen Dialog mit der RAF anregte,

um die terroristische Gewalt zu beenden, und sich dabei für Hafterleichterungen für die Terroristen einsetzte. 1999 lehnte sie den Kosovokrieg und insbesondere eine deutsche Beteiligung daran ab. Und nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sprach sie sich entschieden gegen jedes militärische Vorgehen bei der Bekämpfung des Terrorismus aus.

Der Pazifismus war eine der großen Konstanten im politischen Leben Antje Vollmers, verleitete sie jedoch immer wieder auch zu Fehleinschätzungen der politischen Lage. So plädierte sie nach ihrem ersten Einzug in den Bundestag in den 1980er Jahren – damals noch in Bonn – für

die Anerkennung der „Geraer Forderungen“ des DDR-Staats- und Parteichefs Erich Honecker, die faktisch die Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit bedeuteten hätten. Und noch im November 1989 erklärte sie im Bundestag, die Rede von der deutschen Wiedervereinigung sei „überholter denn je“.

Trotz dieser und anderer Irrtümer blieb Vollmer stets persönlich integer, was ihr im Laufe der Zeit Anerkennung in allen politischen Lagern verschaffte. Immer wieder ergriff sie das Wort und brachte sich bei politischen Initiativen ein, um wichtige Impulse zu geben oder Kritik an der jeweiligen Regierung zu äußern. So setzte sie sich unter anderem für die Stärkung der Kultur in Deutschland ein und forderte dabei eine Quote für deutschsprachige Musik im Rundfunk.

Für Furore sorgte Vollmer im Jahre 2010, als sie in ihrem Buch „Doppelleben“ das Schicksal des ostpreußischen Gutsbesitzers Heinrich Graf v. Lehndorff und dessen Gemahlin Gottliebe erzählte. Lehndorff spielte als junger Offizier eine wichtige Rolle im militärischen Widerstand rund um Henning v. Tresckow, doch gab es bis dahin außer dem Text „Leben und Sterben eines ostpreußischen Edelmannes“ seiner Cousine Marion Gräfin Dönhoff kaum Literatur, die das Wirken dieses bedeutenden Ostpreußen und letzten Besitzers des masurenischen Schlosses Steinort würdigte. Umso bemerkenswerter, dass mit Vollmer ausgerechnet eine Grüne diese Lücke füllte und damit sich und ihren

Lesern mit großer Empathie eine ihr bis dahin unbekannte Lebenswelt erschloss.

Bis zuletzt bewahrte sich Antje Vollmer eine innere Souveränität in ihrem Denken und eine Widerständigkeit gegenüber der Politik; unabhängig davon, wer gerade in Berlin regierte. So gehörte sie kurz nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Februar 2022 zu den Unterzeichnern eines offenen Briefes, der Bundeskanzler Scholz dazu aufrief, keine Waffen an die Ukraine zu liefern und sich stattdessen für eine Verhandlungslösung zwischen Moskau und Kiew einzusetzen. Das Wort „unangepasst“, das sich im Tagesgeschäft allzu oft gerade jene Politiker anheften, die besonders stromlinienförmig agieren, traf in ihrem Fall fast immer zu.

Mit dem Tode Antje Vollmers verliert die deutsche Politik einen echten Charakterkopf – eine Persönlichkeit, die nicht frei von Irrtümern war, die jedoch persönlich stets aufrecht und politisch unabhängig blieb.

René Nehring



Antje Vollmer (1943–2023)

Foto: imago/eventpress



Unerwartete Annäherung: Antje Vollmers Buch „Doppelleben. Heinrich und Gottliebe von Lehndorff im Widerstand gegen Hitler und von Ribbentrop“ aus dem Jahre 2010

JOHANN JAKOB ASTOR

Amerikas erster Multimillionär kam aus der Pfalz

Vor 175 Jahren starb der reichste Mann seiner Zeit in New York City. Seine Wiege stand in Walldorf bei Heidelberg

VON MANUEL RUOFF

Johann Jakob Astor wuchs in bescheidenen Verhältnissen in seinem kurpfälzischen Geburtsort Walldorf auf. Mit 16 Jahren verließ er wie die drei älteren Brüder unter seinen elf Geschwistern die Heimat, um in der Fremde sein Glück zu suchen. Zuerst ging er nach London, wo sein Bruder Georg Peter eine Musikalienhandlung besaß. Er arbeitete drei Jahre als Lehrling bei „Broadwood & Sohn“ und hatte dann genügend Geld, um nach New York weiterzuziehen, wo bereits sein Bruder Heinrich lebte. Dort profitierte er von seinen Londoner Erfahrungen und baute einen Musikalienhandel auf einschließlich Musikinstrumentenimport.

Pelze und Immobilien

1785 heiratete Astor eine Amerikanerin schottischer Abstammung, die als Mitgift 300 US-Dollar in die Ehe einbrachte. Angeblich hatte Astor bereits auf der Überfahrt von Europa nach Amerika einen Landsmann kennengelernt, der ihm den Handel mit Pelzen empfahl. Noch im Jahr der Eheschließung stieg er in den Pelzhandel ein. Der war damals dadurch verkompliziert, dass kanadische Pelze erst aus der britischen Kolonie in die britische Hauptstadt gebracht werden mussten, bevor sie von dort aus beispielsweise in die Vereinigten Staaten exportiert werden durften. Das schreckte manchen Amerikaner ab, aber Astor hatte Erfahrung mit dem Transatlantikhandel durch seinen Musikinstrumentenimport. Ab 1787 verbrachte er jeden Sommer in Montreal, dem Zentrum des nordamerikanischen Pelzhandels, kauft Felle und ließ sie über London nach New York bringen. Später bediente er auch den Weltmarkt. Den Indianern war er ein willkommener Kunde,



Johann Jakob Astor um 1825; Portrait von John Wesley Jarvis

Foto: National Portrait Gallery

da er im Gegensatz zu den staatlichen Pelzhandelsstationen für die Felle statt mit zivilen Gütern mit Waffen bezahlte.

In der 1823 in St. Louis von William Henry Ashley und Andrew Henry gegrün-

deten Rocky Mountain Fur Company erwuchs Astor dann jedoch ein moderner, potenter Konkurrent. Zudem wechselte in jener Zeit der Modetrend weg vom Hut aus Biberhaar hin zum Seidenhut. Astor

zog daraus die Konsequenz, dass er sich 1834 aus dem Pelzhandel zurückzog.

Bereits vor diesem Rückzug hatte er sich dem Immobilienhandel zugewandt. Nun investierte er verstärkt in Immo-

liem im Umland von New York in der völlig richtigen Annahme, dass die Stadt expandieren und damit der Wert seiner Grundstücke steigen werde. Das Bauen überließ er lieber anderen. Stattdessen verpachtete er lieber Grundstücke für meist 21 Jahre, um dann die Grundstücke nach gut zwei Jahrzehnten bebaut zurückzuerhalten. Ein anderes Geschäftsmodell bestand darin, in der Innenstadt investierten Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten Geld zu leihen, in der Hoffnung, dass diese es nicht zurückzahlen können und er günstig an deren Immobilien gelangt. Mit mehr oder weniger unfeinen Methoden dieser Art, zu denen im Rahmen der Diversifizierung auch der Opiumhandel mit China gehörte, gelangte Astor bis zu seinem Tode am 29. März 1848 in seiner Hauptwirkungsstätte New York zu einem Vermögen von 20 Millionen US-Dollar.

Licht und Schatten

Neben diesen Schatten- gibt es jedoch auch helle Seiten in Astors Biographie. So sorgte er dafür, dass vor und nach seinem Tod ein Teil seines Vermögens gemeinnützigen Zwecken diene. Seiner neuen Heimat vermachte er 400.000 Dollar für die ein Jahr nach seinem Tod gegründete Astor Library. Sie ist später in der New York Public Library aufgegangen. Sein Geburtsort erhielt 50.000 Dollar für die Errichtung des 1854 eingeweihten Astorhauses, einem Erziehungs- und Altersheim. Auch Deutsch-Amerikaner in New York wie er bedachte er. Nachdem er bereits 1837 bis 1841 der Deutschen Gesellschaft der Stadt New York als Präsident gedient und ihr jährlich 5000 Dollar gespendet hatte, hinterließ er ihr 20.000 weitere US-Dollar, um es anzulegen und damit ein ständig besetztes Büro in New York zu unterhalten.

BRANDENBURG

Ein Sprachgenie aus Schlesien als Kontrastprogramm

Die zweisprachige Ausstellung „Emil Krebs – Ein Leben für die Sprachen“ ist im Landtag von Ulrike Liedtke eröffnet worden

Ging es im Potsdamer Landtag um das aktuelle Verhältnis zu Polen, waren in den vergangenen Wochen und Monaten zu meist ungewohnt kritische Töne zu hören. Die polnischen Pläne zum Ausbau der Oder und auch die starre Haltung Warschaus bei der Ölversorgung der Raffinerie Schwedt über den Danziger Hafen haben dazu geführt, dass sich im Landtag immer öfter Verärgerung breitmachte und hinter vorgehaltener Hand von Erpressung die Rede war.

Im Kontrast zu dieser schlechten Stimmung verlief vorletzten Dienstag ab 18 Uhr die Eröffnung der zweisprachigen, zuvor bereits im Lichthof des Auswärtigen Amtes gezeigten Ausstellung „Emil Krebs – Ein Leben für die Sprachen“ ungewohnt harmonisch. Neben dem Großneffen von Krebs, Eckhard Hoffmann, war auch Polens Botschafter Dariusz Pawlos der Einladung von Landtagspräsidentin Ulrike Liedtke in den Pressekonferenzraum des Landtages Brandenburg gefolgt. Unter den rund hundert Gästen waren auch Gunnar Hille, der Leiter des Görlitzer Kompetenz- und Koordinationszentrums Polnisch (KoKoPol), und Renata Nadobnik von der Jakob-von-Paradies-Akademie aus Landsberg an der Warthe [Gorzów Wielkopolski].

Entstanden ist die Ausstellung im schlesischen Schweidnitz. In Esdorf,

Landkreis Schweidnitz, hatte Krebs seine Kindheit und Jugend verbracht. Der

am 15. November 1867 in Freiburg/Schlesien geborene Krebs gilt bis heute als ei-

nes der größten Sprachgenies. Bereits als Abiturient beherrschte Krebs zwölf Spra-

chen. Im Laufe seines Lebens als Diplomat, Dolmetscher, Übersetzer und Sinoologe lernte er insgesamt 68 Sprachen. Als Chefdolmetscher der Deutschen Kaiserlichen Gesandtschaft in Peking beherrschte der polyglotte Schlesier neben Chinesisch auch Mongolisch, Mandchurisch, Tibetisch, Japanisch und Koreanisch. Nach seiner Rückkehr aus Peking im Jahr 1917 arbeitete Krebs im Sprachendienst des Auswärtigen Amtes in Berlin. Die Privatbibliothek des 1939 verstorbenen Sprachtalents wurde 1932 von der US-amerikanischen Nationalbibliothek erworben.

Brandenburgs Landtagspräsidentin Liedtke würdigte Krebs zur Ausstellungseröffnung als einen Menschen, der nicht nur fremde Sprachen liebte, „er interessierte sich ebenso für die Menschen und ihre verschiedenen Kulturen, ihre Traditionen und rechtliche Lage. Das war mitten im Ringen der Großmächte am Ende des 19. Jahrhunderts eine durchaus ungewöhnliche, moderne Sichtweise.“

Hermann Müller



Begrüßung der Gäste zur Ausstellungseröffnung: Landtagspräsidentin Ulrike Liedtke

Foto: Landtag Brandenburg

● Die Ausstellung „Emil Krebs – Ein Leben für die Sprachen“ ist im Foyer des Landtages Brandenburg noch bis zum 11. Mai zu sehen. Werktags können Besucher die Ausstellung ohne Anmeldung zwischen 8 und 18 Uhr besichtigen.



Die Proklamation der Provisorischen Regierung in Kiel am 24. März 1848: Gemälde von Hans Olde dem Älteren und Julius Fürst aus dem Jahre 1898 (Ausschnitt)

VON FEDOR M. MROZEK

48ER-REVOLUTION

Wie es zum Ersten Schleswig-Holsteinischen Krieg kam

Vor 175 Jahren führte die Eskalation zwischen Kopenhagen und Kiel zur Bildung einer Provisorischen Regierung für die up ewig ungedeelten Elbherzogtümer

Im Gegensatz zu den anderen deutschen „Bindestrich-Bundesländern“, die von den alliierten Besatzungsmächten nach 1945 aus der Taufe gehoben worden sind, kann das Land zwischen den Meeren auf eine jahrhundertalte staatliche Tradition zurückblicken. Zuerst konnte sich der holsteinische Graf Gerhard VI. aus dem Geschlecht der Schauenburger, ein Vasall des römisch-deutschen Kaisers, anno 1386 zugleich die Herrschaft im Herzogtum Schleswig, einem Lehen der dänischen Krone, sichern. Nach dem Aussterben der Hauptlinie der Schauenburger im Jahre 1459 leistete die größtenteils in beiden Territorien mit Besitz ausgestattete Ritterschaft den Schwur, einen gemeinsamen Landesherrn zu küren. Die Wahl fiel am 2. März 1460 auf den seit 1448 im Königreich Dänemark regierenden Monarchen Christian I. aus dem deutschen Fürstenhause der Grafen zu Oldenburg. Im Sinne einer Wahlkapitulation gelobte dieser drei Tage später mit dem Freiheitsbrief von Ripen, die angestammten Privilegien treu zu bewahren. In jener Urkunde stehen die berühmten Worte „dat se bliven ewich tosamende ungedelt“, laut derer die beiden Lande ewig ungeteilt zusammenbleiben mögen.

Der deutsche Historiker Alexander Scharff erläutert in seiner „Schleswig-Holsteinischen Geschichte“ gemeinsam mit seinem Kollegen Manfred Jessen-Klingenberg eingedenk der am 4. April 1460 auf dem Kieler Schloss ergangenen „Tapferen Verbesserung“ die Versprechen des dänischen Königs sowie nunmehr in Personalunion Herzogs von Schleswig und Grafen von Holstein folgendermaßen: „Der Grundgedanke der Urkunden ist die Autonomie der Lande: daher keine Pflicht zur Heerfolge außerhalb der Landesgrenzen, daher Unabhängigkeit des Gerichtswesens, Münzprivileg, Steuerbewilligungsrecht und Indigenatsrecht [Berufung von Landeskindern, d. Verf.] für alle Ämter. Sowohl die Teilung nach fürstlichem Erbrecht wie die Trennung der Lande soll verhindert werden durch die Verpflichtung des Gewählten und seiner Erben ... In allen wichtigen Entscheidungen (Kriegserklärung, Rechtsgeschäfte, Ein- und Absetzung der Beamten) ist der Landesherr an die Zustimmung des Rates gebunden.“

Eiderdänen in Kopenhagen

Soweit die Theorie, doch die Praxis entwickelte sich vom ausgehenden Mittelalter über die frühe Neuzeit bis ins 19. Jahrhundert etwas anders. Eine erste Landes-

teilung erfolgte bereits drei Jahrzehnte danach unter König Johann und Herzog Friedrich, indem Schleswig und ebenso das 1474 von Kaiser Friedrich III. zum Herzogtum erhobene Holstein in einen königlich-Segeberger nebst einen Herzoglich-Gottorfer Anteil entlang von kreuz und quer durch die beiden Lande verlaufenden Ämtergrenzen umstrukturiert wurde.

Bei der zweiten Teilung 1544 ging man noch über 1490 hinaus, denn neben einen Sonderburger Anteil für König Christian III. traten gleich zwei weitere für seine Stiefbrüder Johann den Älteren (Hadersleben) plus Adolf (Gottorf), wiewohl die nominelle Einheit bezüglich der Oberherrschaft über geistliche Gebiete von Prälaten und über die Gutsbezirke der Ritterschaft gewahrt blieb. Gleiches gilt für die Einrichtungen von Landtag und Landgericht mitsamt Gesetzesbeschlüssen, Kriegs- und Kirchenangelegenheiten.

Letztere Merkmale einer sogenannten Gemeinsamen Regierung in den Herzogtümern überdauerten sogar die zwischen 1660 und 1665 im Königreich mit der „Lex Regia“ eingeführte absolutistische Regierungsweise, bei der Dänemark einen europäischen Sonderweg einschlug. Im europäischen Ausland gingen die absolutistischen Herrschaftsformen organisch aus dem Feudalismus hervor, ohne ihn jedoch amtlich zu ersetzen, sodass sich selbst der französische Sonnenkönig Ludwig XIV. mit ständischen Rechten und Organen zu arrangieren hatte. Dagegen konzentrierte man in Kopenhagen die komplette Macht ganz offiziell in einer Person. Das sollte sich spätestens 1848 als anachronistisch erweisen.

Im Gefolge von französischer Revolution und napoleonischer Fremdherrschaft in Mitteleuropa hatte der dänische Regent und nachmalige König Friedrich VI. versucht, das faktische Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation 1806 zu nutzen, um Holstein formell in sein Reich zu inkorporieren. Indes wurde nach der Überwindung der napoleonischen Zeit im Zuge der Neuordnung Eu-

ropas auf dem Wiener Kongress von 1814/15 mit dem Deutschen Bund in gewisser Hinsicht ein Nachfolger des Heiligen Reiches geschaffen. Die Elbherzogtümer Holstein und Lauenburg wurden einerseits Gliedstaaten dieses neugegründeten Bundes und bildeten andererseits gemeinsam mit dem autonomen Herzogtum Schleswig sowie dem Königreich selbst den dänischen Gesamtstaat.

Die dänischen und deutschen Liberalen einte zwar scheinbar das Streben, den Absolutismus durch eine konstitutionelle Monarchie zu ersetzen, doch der nationale Gedanke machte eine Übereinkunft unmöglich. In Kopenhagen formierte sich am 11. August des Jahres 1848 die liberale Bewegung mit dem Ziel, die Verfassung für einen Nationalstaat unter Einschluss Schlewigs bis zur Eider auf den Weg zu bringen, daher die Bezeichnung „Eiderdänen“.

Deutsche in Kiel

Genau eine Woche darauf formulierten in Rendsburg die Vertreter der schleswigschen und holsteinischen Ständeversammlungen gemeinsam mit einer Volkskundgebung einen Protest und konterten mit der Forderung, aus der seit 1460 überlieferten Realunion beider Herzogtümer durch Aufnahme Schlewigs in den Deutschen Bund einen Zusammenschluss auf freiheitlicher Verfassungsgrundlage zu schmieden.

Der nationalliberale, eiderdänische Politiker Orla Lehmann deutete das am 20. März im Kopenhagener Casino-Theater als Aufruhr und mobilisierte tags darauf einen 20.000-köpfigen Demonstrationzug zum König, um von diesem eine neue Regierung zu fordern. Dieser Forderung wurde mit einer neuen Regierung unter maßgeblicher Mitwirkung der Eiderdänen entsprochen. Am 22. März trat sie ihr Amt an. Die Nachrichten aus der dänischen Hauptstadt alarmierten schon am folgenden Tage die deutschgesinnten Schleswig-Holsteiner jedweder politischen Couleur.

Führende Professoren der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, darunter Staatsrechtler und Historiker, stellten nun die Personalunion zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein in Frage. Sie verwiesen darauf, dass nach dem Tod des Königs Christian VIII. am 20. Januar dieser gemäß der dänischen Lex Regia von dem aus einer weiblichen Linie stammenden Friedrich VII. im Königreich beerbt worden war, dass aber in den Herzogtümern mit dem salischen ein anderes Erbrecht als im Königreich galt und diesem zufolge Christian August aus der männlichen Nebenlinie der Augustenburger die Herrschaft in den Herzogtümern zustand.

Nichtsdestotrotz hielt man nach außen vorerst an Friedrich VII. fest. Entscheidend für das Zusammengehen von Konservativen, Liberalen und Demokraten in Kiel war das Bewusstsein, der Landesherr sei unter dem Druck der Massen eingeknickt und somit nicht mehr Herr seiner eigenen Entscheidungen. Folglich müsse man das Heft des Handelns in die eigenen Hände nehmen und dem von der eiderdänischen Regierung avisierten Bruch des Ripener Privilegs von 1460 Paroli bieten.

Zu mitternächtlicher Stunde läuteten am 24. März die Glocken der Kieler Nikolaikirche, und vor dem Rathaus verkündete Wilhelm Hartwig Beseler um 1 Uhr morgens die Bildung einer Provisorischen Regierung mit Friedrich Graf zu Reventlou, Prinz Friedrich von Noer, Theodor Olshausen und weiteren Honoratioren. In Kiel erwartete man zu Recht, dass sich Kopenhagen das nicht würde bieten lassen. So machte sich noch am selben Morgen um 5 Uhr der Prinz von Noer, der Bruder des die Herzogtümer beanspruchenden Christian August, mit einem Dampfbus auf den Weg zur Landeshauptstadt Rendsburg, um diese in einem Überraschungscoup ohne Kampf zu nehmen und sich damit eine möglichst günstige militärische Ausgangsposition zu verschaffen für den nun beginnenden Ersten Schleswig-Holsteinischen Krieg.

FERRY PORSCHE

Benzin statt Muttermilch

Am 19. September 1909 erzielte der spätere Konstrukteur des VW Käfer Ferdinand Porsche nicht nur am Steuer eines Rennwagens einen Klassensieg, sondern wurde auch das erste und letzte Mal Vater eines Sohnes. Ferdinand Anton Ernst waren die Vornamen, aber sein Kindermädchen nannte ihn Ferry, und unter diesem Namen ging er in die Automobilgeschichte ein.

Nur wenige andere Kinder sind derart systematisch für den Automobilbau ausgebildet worden. Durch eine Sondergenehmigung erhielt der gebürtige Wiener bereits mit 14 Jahren einen Motorrad- und mit 16 Jahren einen Autoführerschein, um alle Prototypen fahren zu können, die der Vater von der Arbeit mit nach Hause brachte. Nach der Mittleren Reife machte er ein einjähriges Praktikum beim Automobilzulieferer Bosch und erhielt dann ein Jahr Privatunterricht in Automobiltechnik. Nachdem der Vater sich in Stuttgart selbstständig gemacht hatte, arbeitete Ferry ab 1931 in dessen Konstruktionsbüro. 1940 wurde er stellvertretender Betriebsleiter.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden Vater und Sohn von den Kriegssiegern verhaftet. Der Sohn kam bald wieder frei, aber beim Vater dauerte es bis zum August 1947. Wenige Jahre, nachdem der Vater endlich entlassen worden war, starb er im Januar 1951.

Die Nachkriegsgeschichte des von Ferdinand Porsche gegründeten Unternehmens ist deshalb stark von Ferry Porsche geprägt. Dieser schloss finanziell sehr günstige Verträge mit dem ab 1948 amtierenden neuen Generaldirektor des Volkswagenwerks, Heinrich Nordhoff, die dem Familienunternehmen Befreiheit und die Erschließung neuer Geschäftsfelder ermöglichten. Unter Ferry Porsche kam zur Konstruktion die Produktion von Autos. Unter ihm begnügte sich das Unternehmen nicht mit der Modellpflege des VW Käfer einschließlich der späteren Entwicklung eines Nachfolgers, vielmehr entwickelte der Sohn



Vor 25 Jahren gestorben: F. Porsche

auf der Basis der Konstruktion seines Vaters einen Sportwagen und baute diesen auch noch. Die Rede ist vom Porsche 356, der ab 1948 17 Jahre lang gebaut wurde. 1964 kam der kantigere, modernere, größere und leistungsstärkere Porsche 911 hinzu, der mit wesentlichen Änderungen bis heute gebaut wird.

1972 zog sich Ferry Porsche aus der Geschäftsführung zurück, und das Unternehmen wurde in eine Aktiengesellschaft mit ihm als Aufsichtsratsvorsitzenden umgewandelt. Vor einem Vierteljahrhundert, am 27. März 1998, starb Ferry Porsche in Zell am See.

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit dem Amoklauf im Hamburger Alstertal am Abend des 9. März, in dessen Verlauf der 35 Jahre alte selbstständige Management-Berater Philipp Fusz 135 Schüsse im „Königreichssaal“ der Zeugen Jehovas abgab und dabei sechs Erwachsene sowie ein ungeborenes Kind und sich selbst tötete, wird über die Gründe des Täters spekuliert, eine derart monströse Bluttat zu begehen. Dabei kommen auch Trittbrettfahrer zu Wort, die den islamischen Terrorismus mit Verweisen auf den angeblichen „christlichen Extremismus“ von Fusz zu relativieren versuchen oder die üblichen Pauschalverdächtigungen gegen Besitzer legaler Waffen äußern.

Allerdings bleibt bei den Deutungsversuchen in der Regel außer Acht, dass Amokläufe stets die Folge eines einzigartig komplexen Puzzles sind, welches extrem schwer zusammensetzen ist. Vor allem, wenn der Täter selbst aufgrund seines Suizids nicht mehr befragt werden kann. Dennoch gibt es mittlerweile zahlreiche kriminologische, soziologische und psychologisch-medizinische Erkenntnisse über den Hintergrund von Amokläufern und die Auslöser für deren Blut- rausch, welche auch im Falle Fusz einige Erklärungen liefern.

Auf jeden Fall passt der Hamburger Täter perfekt ins demographische Raster: Er war wie die absolute Mehrheit der bisherigen Amokläufer männlich, im Alter zwischen 30 und 40 sowie alleinstehend und auch sonst sozial isoliert.

Viele Parallelen in den Profilen

Ebenso weiß man inzwischen einiges über Fusz' Persönlichkeit, das dem üblichen Muster entspricht. Dass er unter einer Scheinfirma-Adresse in einer der exklusivsten Gegenden Hamburgs „residierte“ und für seine Beraterleistungen 250.000 Euro pro Tag plus Mehrwertsteuer zu kassieren gedachte, obwohl ihm die einschlägigen Qualifikationen fehlten, zeugt von grotesker Selbstüberschätzung, wie man sie häufig bei Amokläufern findet. Verantwortlich hierfür ist zumeist eine paranoide Persönlichkeitsstörung. Diese führt gleichzeitig zu verstärkter Kränkbarkeit und Misstrauen gegenüber allen Personen aus dem Umfeld, welche an der glänzenden Fassade des eigenen Ichs kratzen. Das könnte die Ursache dafür sein, dass Fusz sich von der nunmehr attackierten Hamburger Gemeinde der Zeugen Jehovas trennte, der er anderthalb Jahre angehört hatte.

Und dann wäre da noch Fusz' mehr als 300 Seiten umfassendes Buch „Die Wahrheit über Gott, Jesus Christus und Satan: Eine neue reflektierte Sicht von epochalen Dimensionen“, das er am 22. Dezember veröffentlichte. Es enthält eine bizarre Mischung aus Deutungen von Bibeltexten und Management-Floskeln, die eben-



Ihr rasches Eingreifen hat wohl noch Schlimmeres verhütet: Hamburger Polizeibeamte beim Erstürmen des „Königreichssaals“ der Zeugen Jehovas

Foto: action press

KRIMINOLOGIE

Dem düsteren Geheimnis der Amoktäter auf der Spur

Nach Massenmorden wie in Hamburg stellt sich die Frage: Kann man solche Verbrechen im Vorwege verhindern? Woran erkennt man potentielle Täter? Trotz aller Forschung ist die Antwort ernüchternd

falls von höheren Ambitionen zeugt und zugleich auf die Abwertung der Zeugen Jehovas hinausläuft, indem sie diesen die Fähigkeit abspricht, angemessen zwischen Gott und den Menschen vermitteln zu können.

Darüber hinaus litt der Täter möglicherweise unter einer parallelen Psychose, was gleichermaßen auf die Mehrheit aller Amokläufer zutrifft. Kriminologische Studien aus den USA wie die von Anthony Hempel, John Meloy und Thomas Richards kommen zu dem Ergebnis, dass bis zu zwei Drittel der Täter nicht nur Persönlichkeitsstörungen aufweisen, sondern auch unerkannte schwere psychische Krankheiten wie Schizophrenien.

Nach Auskunft der Hamburger Polizei erhielt sie im Januar 2023 den anonymen Hinweis, dass der Sportschütze Fusz, welcher seit Kurzem im legalen Besitz einer Selbstladepestole vom Typ Heckler & Koch P30 sei, wahrscheinlich eine Geis-

teskrankheit habe, die nicht behandelt werde. Allerdings erbrachte die daraufhin erfolgte unangekündigte Kontrolle in Fusz' Wohnung am 7. Februar keinerlei Auffälligkeiten hinsichtlich seiner mentalen Verfassung oder der Aufbewahrung von Waffe und Munition. Damit waren den Sicherheitsbehörden letztlich die Hände gebunden.

Therapien laufen oft ins Leere

Andererseits ist eine rechtzeitige Erkennung und Behandlung von Schizophrenien oder anderen Psychosen ebenfalls kein Garant für die Verhinderung von Amokläufen. Vielmehr führt oftmals gerade erst die Einnahme von Psychopharmaka, welche eigentlich das Gegenteil bewirken sollen, zu einer gesteigerten Aggressivität und Destruktivität in Kombination mit selbstzerstörerischen Tendenzen. Spektakuläre Beispiele hierfür sind der „Batman-Killer“ James Holmes, Eric Harris vom Columbine-Schulmassaker, der

Las-Vegas-Schütze Stephen Paddock und der Isla-Vista-Amokläufer Elliot Rodger, auf deren Konto 84 Tote gehen.

Sie alle nahmen entweder Antidepressiva oder angstvermindernde beziehungsweise konzentrationssteigernde Medikamente wie Valium, Ritalin und Xanax sowie die Selektiven Serotonin-Wiederaufnahmehemmer (SSRI) Zoloft, Prozac, Paxil und Luvox. Laut einer systematischen Analyse sämtlicher großer Amokläufe in den USA in der Zeit zwischen 1985 und 2015, deren Ergebnisse Stephen Singular in seinem Buch „The Spiral Network“ publizierte, hatten sehr viele der Täter solcher Medikamente konsumiert.

Ansonsten gibt es außer den fatalen Nebenwirkungen von Psychopharmaka zahlreiche andere Auslöser, welche die tickenden menschlichen Zeitbomben unversehens explodieren lassen. Zu nennen wären hier Faktoren wie anhaltende Schikanen oder Mobbing im Beruf, Arbeitslo-

sigkeit, Partnerschaftsprobleme, unverschuldete Schicksalsschläge, Verlust an Lebensqualität durch körperliche Leiden, Konflikte mit Behörden oder Nachbarn und psychosoziale Entwurzelung, wie sie möglicherweise auch der alleinstehende Fusz nach seiner Trennung von der Zeugen-Jehovas-Gemeinde erlebt hat. Das alles kann für starke, aber von außen nicht ohne Weiteres erkennbare Rachegefühle sorgen, welche dann beim geringsten Anlass zum Gewaltausbruch führen.

Angesichts der Vielzahl von Ursachen ist es leider nahezu unmöglich, solche tragischen Ereignisse wie in Hamburg vorherzusehen und zu verhindern. Letzteres gilt auch für die regelmäßig angekündigten Verschärfungen der Waffengesetze nach Amokläufen. Die Täter benötigen nicht unbedingt Schusswaffen, um viele Menschen zu töten. Das beweisen unter anderem jene Vorfälle, bei denen Kraftfahrzeuge oder Hieb- und Stichwaffen zum Einsatz kamen.

ÖKOLOGIE

„Sargnagel für die Ostsee“

Der Anschlag auf Nord Stream hat in einem besonders empfindlichen Naturraum beträchtliche Schäden verursacht

Die Anschläge auf die Nord-Stream-Pipelines 1 und 2 nordöstlich und südöstlich von Bornholm hatten erhebliche ökologische Folgen. So bildete sich nach der Sprengung eine großräumige Methanwolke über der Ostsee, die laut Einschätzung des Integrated Carbon Observation System (ICOS) zur Messung von Treibhausgasen „den Methanemissionen eines ganzen Jahres in ... einem Land wie Dänemark“ entsprach.

Darüber hinaus kam es zu schweren Beeinträchtigungen der Unterwasserwelt, wie aus einer aktuellen Studie dänischer, deutscher und polnischer Zoologen und Ozeanologen um Hans Sanderson

von der Universität Aarhus hervorgeht. Infolge der Explosionen wurden wahrscheinlich alle Schweinswale, Kegelrobben und Seehunde in bis zu vier Kilometern Entfernung durch Knochenbrüche und innere Blutungen getötet. Und im Umkreis von 50 Kilometern könnte es bei den Schweinswalen zu massiven Hörschäden und damit Einschränkungen bei der Echo-Ortung gekommen sein, welche die Fähigkeiten zur Nahrungssuche beeinträchtigen.

Das ist umso fataler, als die Schweinswalpopulation in der Ostsee ohnehin schon sehr klein und vom Aussterben bedroht ist und die Sprengungen während

der Tragezeit der Weibchen erfolgten, die sich nordöstlich von Bornholm versammeln.

Giftige Kampfstoffe aufgewirbelt

Damit nicht genug. Die Anschläge fanden in einem Seegebiet statt, auf dessen Meeresgrund sich eine große Deponie für aus-rangierte Chemiewaffen befindet. Diese wurde nach dem Ersten Weltkrieg angelegt, und 1947 versenkte die Sowjetarmee hier weitere drei Schiffe mit 11.000 Tonnen chemischer Kampfstoffe an Bord. Aufgrund des Durchrostens der Gas- und Kontaktgift-Granaten sickerten diverse schädliche Substanzen in die Sediment-

schichten auf dem Boden der Ostsee. Das Team um Sanderson geht davon aus, dass die Kontamination mittlerweile eine Fläche von der doppelten Größe Bornholms betrifft.

Normalerweise kommt es in den kritischen Bereichen zu keiner nennenswerten vertikalen Vermischung des Wassers, und deswegen führten die Schadstoffe bislang nicht zu spürbaren Umweltproblemen. Nun aber wirbelten die Explosionen etwa 250.000 Tonnen der giftigen Ablagerungen auf und vermischten sie mit elf Kubikkilometern Wasser, und das im traditionellen Laich- und Aufzuchtgebiet der Dorschpopulation der östlichen

Ostsee. Dadurch dürften die Fische erhebliche Mengen an toxischen Elementen wie Arsen und Blei sowie an ebenfalls giftigen organischen Verbindungen aufgenommen haben.

Angesichts all dessen gelangte der Generalsekretär der dänischen Sektion des World Wide Fund for Nature (WWF), Bo Øksnebjergs, zu dem deprimierenden Schluss, die Anschläge hätten sich „wirklich am schlimmsten Ort“ ereignet, den man sich vorstellen könne. „Es ist eine Tragödie, dass dies genau hier passiert ist, wo die Natur bereits vollständig auf den Knien liegt. Das ist ein weiterer Sargnagel für die Ostsee.“

W.K.



DEUTSCH EYLAU

Der Marktplatz von 1905 als Modell

Mit der Detailtreue eines Meisters schuf Rafał Kocięda eine detailgetreue Ansicht seiner Heimatstadt

VON UWE HAHNKAMP

Der 18. Februar war ein großer Tag im Leben von Rafał Kocięda aus Deutsch Eylau. Er stellte im Konferenzsaal des Kinos seiner Heimatstadt sein Modell des Marktplatzes der Stadt in dessen Zustand im Jahr 1905 vor. Am Modell im Maßstab 1:100 hat der Modellbauer und Liebhaber der regionalen Geschichte sechs Jahre lang gearbeitet. Das Ergebnis: imponierend.

Was entsteht, wenn zwei bei einem Menschen so unterschiedliche Interessen wie Modellbau und lokale Geschichte aufeinandertreffen? Entweder geht eins davon unter oder sie gehen wie bei Kocięda eine besondere Symbiose ein. Er ist beides: Modellbauer seit 40 Jahren und Liebhaber der lokalen Geschichte seit seinem 23. Lebensjahr. Die jüngsten sechs Jahre seines Lebens widmete er dem Bau eines Modells des Marktplatzes seiner Heimatstadt Deutsch Eylau, wie er Anfang des 20. Jahrhunderts ausgesehen hat.



Hier stimmt jedes kleinste Detail: Das Modell von Deutsch Eylau im Jahr 1905

Lange geplant, gut durchdacht

Den Anstoß für das nun entstandene imposante Bauwerk bekam Kocięda bei einer Dienstreise in den Süden der Republik Polen, als in seinem Hotel auf ein dort ausgestelltes Modell der Krakauer Altstadt stieß, das er mit dem Blick eines Kenners bewunderte, weil er wusste, wie viel Arbeit darin steckte. Die anschließenden Fragen an sich selber lauteten: Warum nicht Deutsch Eylau? Und was genau wollte er wie darstellen? Erste handschriftliche Gebäudeentwürfe auf Millimeterpapier waren zu ungenau. Deshalb sattelte er auf Computerprogramme um.

Die ganze Altstadt von Deutsch Eylau wäre zum einen zu umfangreich geworden, zum anderen gab es historische Postkarten und Luftbilder als Datenbasis für die Darstellung vor allem vom Marktplatz der Stadt. Der Dank von Kocięda geht dabei an seinen Kollegen Stanisław Baruchowski, der ihm sein Archiv für die detaillierte Vorarbeit zur Verfügung stellte.

Das nun fertiggestellte Modell umfasst die Grundmaße 1,30 mal 1,35 Meter.

Es hat in der Werkstatt des Modellbauers, in der er während der Bauzeit lange Abendstunden verbrachte, entsprechend Platz eingenommen. Neben der grundsätzlich bereits angespannten Lage durch die Corona-Epidemie strapazierte Kocięda sowohl mit dem engen Platz als auch seiner zeitaufwendigen Arbeit die Geduld seiner Verlobten Asia, wie er im Gespräch mit der „Gazeta Olsztyńska“ zugab – und dafür sprach er ihr einen großen Dank aus.

Corona, korona, koronkowa...

Warum gerade das Jahr 1905? „Das Jahr habe ich bewusst gewählt, denn das war die Belle Époque mit ihrer Verbindung von Funktionalität und Schönheit auch in der Architektur“, sagte Kocięda im Interview mit dem Fernsehsender TVP3, „außerdem gibt es aus dieser Zeit besonders viele Postkarten als Vorlage.“ Das war wichtig, denn bei dem Bau handelt sich um ein so genanntes reduzierendes Modell: die möglichst detailgetreue Dar-

1700

Gramm Aquarium-Kies nutzte der Modellbauer und Heimatforscher Rafał Kocięda für den Bau der Pflastersteine seines detailgetreuen Modells.

eine große Detailtreue. In Einzelanfertigung entstanden über dreißig Gebäude aus Papier, das zu über 95 Prozent als Baumaterial diente; dabei lassen sich Gesimse, Vorhänge, Türklinken, Reklame- und Straßenschilder sowie eine öffentliche Uhr genauso genau erkennen wie der Fahnenmast auf dem Platz und der Baum vor dem Biergarten des Hotels „Zum Kronprinzen“. Eine besondere Kleinarbeit und meisterhaft ist die Oberfläche des Marktplatzes, für die Pflastersteine nutzte Kocięda 1,7 Kilogramm Aquarium-Kies und setzte daraus wie früher die Straßenbauer Stein für Stein – das war mit Abstand der arbeitsintensivste Teil.

In welcher kulturellen Einrichtung das Modell in Zukunft zu sehen sein wird, hat Kocięda noch nicht entschieden. Dafür aber, was sein nächstes Projekt betrifft – es wird ein weiteres Buch zur Geschichte Deutsch Eylaus geben. Denn das Interesse an der Stadtgeschichte nimmt weiter zu.

stellung eines bestimmten Objekts für einen bestimmten Maßstab. Und wie er schon vor 40 Jahren von seinem Patenonkel eingetrichtert bekam: wenn schon, dann richtig. Ein ungenaues, „nur“ gutes Modell zu bauen, kam für ihn nicht in Frage.

Dreißig Gebäude in Einzelanfertigung

Auch wenn der Maßstab 1:100 nicht ganz an den für Modelleisenbahnen (1:89) herankommt – er forderte vom Modellbauer

MELDUNGEN

Unerwarteter Fund

Prostken – Gesucht: 17. Jahrhundert, gefunden: Bronzezeit. So lässt sich die Expedition der Historischen und Forschungsgesellschaft „Jaćwież“ aus Lyck kurz zusammenfassen. Im Einvernehmen mit der Gemeinde Prostken versuchten ihre Mitglieder festzustellen, wo die Schlacht bei Prostken 1656 genau stattgefunden hat. Damals waren dort die vereinten Streitkräfte Polen-Litauens und der Tataren sowie brandenburgisch-schwedische Truppen aufeinandergetroffen. Der Ort ließ sich nicht festlegen, dafür stießen die Sucher auf einen wahren Schatz, ein Schienenbeil, wie es in viel früheren Schlachten benutzt wurde. Inzwischen ist bekannt, dass das Artefakt, das sich etwa 30 Zentimeter unter der Erde befand, aus der Bronzezeit stammt, also bis 3000 Jahre alt sein kann. Der Schatz wurde dem Denkmalpfleger übergeben, der es für genaue Untersuchungen an die Nikolaus-Kopernikus-Universität in Thorn weitergeleitet hat. Nach der Konservierung kommt das Beil höchstwahrscheinlich ins Historische Museum in Lyck oder in die Geschichtsstube in Prostken. U.H.

Große Baupläne

Bialla – Vor knapp drei Jahren ging bei der Selbstverwaltung der Gemeinde Bialla nach mehrmonatigen Gesprächen mit einem Investor ein Antrag auf Änderungen im Raumordnungsplan der Gemeinde ein, um an der Landstraße 58 in Richtung Johannesburg ein Logistikzentrum zu errichten. Inzwischen hat das Landratsamt in Johannesburg die Bauerlaubnis dafür erteilt. Es entsteht das Zentrum einer der großen Handelsketten für Lebensmittel, das Filialen im Nordosten der Republik Polen versorgen wird. Neben Lagergebäuden sind auch Handels- und Dienstleistungsobjekte sowie eine Autowaschanlage und mehrere Hundert Parkplätze vorgesehen. U.H.

Explosive Entdeckung

Dubeningken – Bei Dubeningken nahe Goldap sollte in der Rominter Heide ein kleiner Teich für Amphibien ausgehoben werden. Während der Erdarbeiten in Leynau traf der Baggerführer auf einen gefährlichen Fund. Er bemerkte auf der Schaufel seines Fahrzeugs eine Holzkiste, die auseinanderfiel und dabei deutsche Mörsergranaten aus dem Zweiten Weltkrieg enthüllte. Insgesamt stellte die herbeigerufene Pionierpatrouille aus Lötzen 30 Stück dieser Munition sicher, die im sumpfigen Boden so gut erhalten waren, dass auf einigen sogar noch lesbare Aufschriften zu sehen waren. Wegen der großen Anzahl der Granaten rief sie zwei weitere Pionierfahrzeuge aus Arys zu Hilfe. Die Blindgänger wurden auf den Truppenübungsplatz verbracht, wo sie unschädlich gemacht wurden. Zu Schaden kam niemand, und bald können sich Rotbauchunken und Sumpfschildkröten an dem Teich erfreuen, der für sie angelegt wird. U.H.

KÖNIGSBERGER GEBIET

Reliefs mit QR-Code geben Auskunft

Der Kapitalreparaturfonds hat beschlossen, Informationen mit den Bürgern zu teilen

Vermutlich haben noch nicht viele Menschen in Königsberg eine interessante Neuerung bemerkt. An den Fassaden frisch renovierter Vorkriegshäuser sind ungewöhnlich geschmiedete Konstruktionen mit in der Mitte eingravierten QR-Codes zu sehen.

Es handelt sich um eine Innovation, die der Kapitalreparaturfonds der Region beschlossen hatte. Auf künstlerische Weise sollen wertvolle Informationen mit den Einwohnern der Stadt geteilt werden. Wenn man den QR-Code mit seinem mobilen Telefon einscannt, gelangt man auf die offizielle Website der Organisation. Dort erhält man nützliche Informationen darüber, wer die Arbeiten ausgeführt hat, wann sie durchgeführt wurden und wie lange die Garantiezeit ist. Außerdem kann



Königsberg: Haus mit QR-Code am Hansaring

Foto: J.T.

man etwas über die Geschichte des Gebäudes erfahren und verschiedene Fotos von ihm sehen, sowohl vom Zustand vor dem Zweiten Weltkrieg als auch vor der Renovierung.

Die ersten Codes wurden in Gerdauen [Schelesnodoroschnyj] und in der Lobeckstraße [Jaroslawskaja ul.] in Königsberg platziert. Später erschien ein Code auf einem renovierten Gebäude am Hansaring [Prospekt Mira]. Die Stadtbewohner kennen es gut, denn seine Fassade liegt an einer viel befahrenen Durchgangsstraße der Stadt. Das Gebäude soll bald mit Hochreliefs versehen werden. Die Skulpturen symbolisieren einen Seemann, einen Bauunternehmer und einen Ingenieur sowie einen Bauern. Jurij Tschernyschew

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Riehl, Charlotte, geb. Reich, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 28. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Neumann, Hildegard, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 26. März
Schönwald, Erna, geb. Donner, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Gryzewski, Werner, aus Lyck, am 25. März
Maxim, Hugo, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 28. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Geniffke, Irma, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. März
Scheingruber, Erna, geb. Klesch, aus Lyck, am 30. März
Schellhorn, Helga, geb. Weiß, aus Bauditten, Kreis Mohrunen, am 24. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kling, Waltraut, geb. Gulatz, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 29. März
Koschorrek, Bruno, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 30. März
Kuhn, Erika, geb. Wochnowski, aus Neidenburg, am 27. März
Murach, Wilma, geb. Arndt, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 24. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dander, Kurt, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 28. März
Kaiser, Walter, aus Eckersdorf, Kreis Mohrunen, am 26. März
Ludwig, Klaus, aus Saalfeld-Ebenau, Kreis Mohrunen, am 30. März
Martini, Christel, geb. Möller, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 27. März
Rega, Ruth, geb. Mrotzek, aus Borken, Kreis Lyck, am 25. März

Reiniger, Emil, aus Linkenau, Kreis Mohrunen, am 28. März
Wesolowski, Renate, geb. Huck, aus Radnicken, Kreis Fischhausen, am 26. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bahlo, Reinhold, aus Talussen, Kreis Lyck, am 28. März
Bednarz, Ernst, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 25. März
Jopp, Erika, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 30. März
Kallinowski, Manfred, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 25. März
Kosmann, Gerhard, aus Motitten, Kreis Mohrunen, am 25. März
Lohmeyer, Ella, geb. Elzner, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. März
Lotz, Irmgard, geb. Tuttas, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 25. März
Mengel, Maria, geb. Friedel, aus Lyck, am 24. März
Sokolowski, Günter, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 28. März
Strüver, Ernst August, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 24. März
Szogas, Edit, aus Lengen, Kreis Ebenrode, am 29. März
Wittkowski, Horst, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 28. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bee, Alice-Lotte, geb. Embacher, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. März
Benjestorf, Frieda, geb. Stelzer, aus Mohrunen, am 28. März
Buchholz, Hannelore, aus Talfriede, Kreis Ebenrode, am 24. März
Didjurgeit, Günter, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 24. März
Draack, Hans, aus Imten, Kreis Wehlau, am 28. März
Goebel, Hedwig, geb. Muczenski, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 30. März
Joecks, Herta, geb. Chilla, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 29. März
Koppert, Elisabeth, geb. Janz, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 27. März
Kyewski, Gertrud, geb. Robatzek, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 27. März
Plotkowiak, Hedwig, geb. Kipar, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 24. März
Taschke, Fritz, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 24. März

Thomzik, Ilse, aus Ortelsburg, am 29. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Czychon, Horst, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 30. März
Hoffmann, Klaus, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 29. März
Kalisch, Ruth, geb. Scharkowski, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 25. März
Mrozek, Lisbeth, geb. Kempka, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 29. März
Schimpf, Ilse, geb. Langhans, aus Hanshagen, Kreis Preußisch Eylau, am 25. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bouwer, Erna, geb. Pertek, aus Kobbelhalz, Kreis Ortelsburg, am 24. März
Gayko, Georg, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 25. März
Grunwald, Irmgard, geb. Peel, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Kranz, Gerda, geb. Szeimies, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 29. März
Müller, Ruth, geb. Masuhr, aus Treuburg, am 27. März
Polkowski, Erich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 26. März
Schmalstieg, Else, geb. Gaurun, aus Ebenrode, am 27. März
Schöttker, Hildegard, geb. Lasarzewski, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 29. März
Wycisk, Lieselotte, geb. Koszinowsky, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 29. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Carstensen, Waltraut, aus Schorschenehen, Kreis Fischhausen, am 25. März
Dycek, Willi, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. März
Eberhardt, Hans, aus Schorckenicken, Kreis Wehlau, am 25. März
Jakubowski, Günter, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 27. März
Jelonnek, Helmut, aus Waldwender, Kreis Lyck, am 27. März
Jeromin, Gerda, geb. Zachau, aus Wehlau, am 27. März

Kaßmekat, Ilse, geb. Doose, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 30. März
Kilimann, Kurt, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 25. März
Laudan, Gerda, geb. Ennulat, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 30. März
Möller, Waltraut, geb. Grochowski, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 29. März
Nieske, Erich, aus Krattlau, Kreis Fischhausen, am 29. März
Sadlowski, Walter, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Schmahl, Edith, geb. Kalinowski, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 28. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baeske, Gertrud, geb. Piorunek, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 29. März
Baustian, Edeltraut, geb. Bembenneck, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 29. März
Conrad, Arno, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 28. März
Dahmer, Frieda, geb. Hering, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 28. März
Dormeyer, Gertraud, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 25. März
Drewnianka, Arnold, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 24. März
Eickholt, Dora, geb. Treidel, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 29. März
Pink, Erwin Otto, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 28. März
Haase, Anita-Agnes, geb. Bartkowiak, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 26. März
Hose, Dora, aus Insterburg, am 30. März
Klockhaus, Waltraud, geb. Strassdeit, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 25. März
Kriwath, Jürgen, aus Wehlau, am 26. März
Metzner, Erich, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 24. März
Riedemann, Waltraud, geb. Zins, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 26. März
Rilk, Erich, aus Königsdorf, Kreis Mohrunen, am 27. März
Sdorra, Hildegard, geb. Plaga, aus Sorden, Kreis Lyck, am 27. März
Sokollek, Erhard, aus Soffen, Kreis Lyck, am 28. März
Theobald, Lieselotte, geb. Badzi-ong, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 28. März
Weiß, Renate, geb. Splieth, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 28. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Annaias, Horst, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 28. März

Bäsmann, Eckhard, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 27. März
Berndt, Gerlind, geb. Dworski, aus Neidenburg, am 25. März
Chucher, Gerhard, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 26. März
Fröhlian, Erich, aus Lyck, am 24. März
Gieseler, Hartmut, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 28. März
Herzmonieit, Günter, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 24. März
Hesse, Renate, geb. Breitmoser, aus Ebenrode, am 24. März
Koch, Hans, aus Prostken, Kreis Lyck, am 27. März
Kohphal, Ruth, geb. Milarzik, aus Zielhausen, Kreis Lyck, am 27. März
Laborge, Heta, geb. Baacke, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 30. März
Ludwig, Gisela, geb. Westphal, aus Kirpehnen, Kreis Fischhausen, am 25. März
Luxa, Günter, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 30. März
Manthey, Ekkehard, aus Goyden, Kreis Mohrunen, am 26. März
Meinen, Hannelore, geb. Kohlmann, aus Venedien, Kreis Mohrunen, am 28. März
Prozies, Bruno, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 24. März
Reher, Anita, geb. Stuhmann, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 30. März
Rüth, Edeltraut, geb. Jeziorowski, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 30. März
Sakrent, Hildegard, geb. Schimanski, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 29. März
Schwöppe, Rita, geb. Mertin, aus Steinhalde, Kreis Ebenrode, am 28. März
Trost, Eva, geb. Goeritz, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 27. März
Urbigkeit, Hedwig, geb. Lange, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 24. März
Wildhage, Eva-Maria, geb. Deyda, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 25. März

ZUM 80. GEBURTSTAG
Eisenbrandt, Beate, geb. Lemmer, aus Lyck, am 30. März
Kannengießler, Margit, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 26. März
Meier, Günter, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 26. März
Otto, Waltraut, geb. Pydd, aus Boyden, Kreis Mohrunen, am 24. März
Pörschke, Udo, aus Dittersdorf, Kreis Mohrunen, am 25. März
Stangenberg, Wolfgang, aus Neusorge/Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 25. März

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Tafel, Irmtraud, geb. Lapschies, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 25. März
Tuttas, Ulrich, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 28. März
Wagner, Brigitte, geb. Rutberg, aus Neidenburg, am 25. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Hassler, Detlef, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 26. März
Schaffernoth, Bruno, aus Treuburg, am 29. März
Schellstede, Reinhard, aus Buchholz, Kreis Preußisch Eylau, am 30. März

Deutsches Kulturforum östliches Europa

In den Häusern der anderen. Spuren deutscher Vergangenheit in Westpolen, **Buchvorstellung** mit Karolina Kuszyk. Gestützt auf Archivreise, Forschungsarbeiten, Literatur und eine Vielzahl persönlicher Begegnungen erzählt sie von den Hinterlassenschaften der ehemaligen Feinde und den Versuchen der polnischen Bevölkerung, darin heimisch zu werden. Unvoreingenommen fügt sie der deutsch-polnischen Geschichte ein neues Kapitel hinzu, das für die Gegenwart von großer Relevanz ist.

Würzburg – Montag, 27. März, 17 Uhr, Burkardushaus, Am Bruderhof.

Königswinter – Dienstag, 28. März, 19 Uhr, Haus Schlesien, Dollendorfer Straße 412.

Zusendungen für die Ausgabe 14/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 14/2023 (Erstverkaufstag 7. April) **bis spätestens Dienstag, den 28. März**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2023 der Landsmannschaft Ostpreußen

15. und 16. April: **Arbeitstaugung Deutsche Vereine** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg
21. bis 23. April: **Kulturseminar** in Helmstedt
26. bis 28. Mai: **Sommerolympiade** in Sensburg
24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen
15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
7. Oktober: **Landestreffen**

Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
7. und 8. Oktober: **14. Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein
10. November: **Arbeitstaugung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Landeskulturtagung

Ellingen – Sonnabend, 1. April, 9.30 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen: Landeskulturtagung. Anmeldung bis zum 27. März mit Anmeldeformular bei Jürgen Danowski, Am Weinbergplateau 11, 91522 Ansbach, Telefon (0927) 488490, Fax (0981) 4884949, E-Mail: dr.juergen.danowski@gmx.de.

Nach der Eröffnung durch den Landeskulturreferenten wird Dr. Jörn Barfod einen Gedenkvortrag für Hermann Brachert halten, Kraft-Eike Wrede wird zu Herrmann Sudermann referieren. Nach einer Tagungspause startet um 14 Uhr der Punkt „Lied und Gesang“ mit dem Folkloreensemble der Ihna Erlangen. Um 16 Uhr wird als letzter Tagungspunkt der Dokumentarfilm „Trakehner – des Königs letzte Pferde“ gezeigt. Gefördert wird die Veranstaltung über das Haus des Deutschen Ostens München, aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales.



Kartierte den Mond: Astronom Johannes Hevelius

Johannes Hevelius

Hof – Der Kulturwart der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, Bernd Hüttner erklärte zu Beginn seines Vortrages, wie der Termin für das Osterfest festgelegt wird. Während der meteorologische Frühlingsbeginn auf den 1. März datiert ist, wurde von den Kirchen der Frühlingsanfang wegen der Tagundnachtgleiche auf den 20. März, in Schaltjahren auf den 21. März, gelegt. Ostern fällt immer auf den Sonntag nach dem ersten Frühlingsvollmond.

Der erste Astronom, der sich näher mit dem Mond als Himmelskörper beschäftigte und dabei mehrere Mondkarten mit großer Genauigkeit herstellte, war Johannes Hevelius, der als der Begründer der Kartographierung des Mondes gilt.

Der am 28. Januar 1611 in Danzig geborene Hevelius stammte aus einer reichen Danziger Brauerfamilie. Er studierte unter anderem an der Universität in Leiden in Holland. Während seiner Studien lernte er viele bedeutende Wissenschaftler kennen. In London traf er den Theologen James Usher, der in seiner Weltgeschichte den Schöpfungszeitpunkt auf den 23. Oktober 4004 vor Christus datierte, den in Elbing geborenen Samuel Hartlieb, der als großer Informations-

sammler und -verbreiter der damaligen Zeit galt und John Wallis, einen englischen Mathematiker.

In Paris begegnete er dem französischen Theologen, Mathematiker und Musiktheoretiker Martin Mersenne, Petrus Gassendi, der als Astronom forschte und mit Galileo Galilei in Kontakt stand sowie dem französischen Astronomen Ismael Boulliau.

In Avignon lernte er den Jesuitenpater und Universalgelehrten Athanasius Kircher, der aus Fulda stammte, kennen.

1634 kehrte er nach Königsberg zurück und übernahm die Brauerei seiner Familie. Im Dachgeschoss dreier nebeneinanderstehender Häuser richtete er sich ein Observatorium ein. Dieses stattete er mit Linsenfernrohren, mit denen er die Oberfläche des Erdmondes untersuchte, und präzisen Winkelmessinstrumenten, wie astronomischen Quadranten und Sextanten, aus. Viele der Instrumente entwickelte er gemeinsam mit einem Danziger Uhrmacher.

Aufgrund der Entdeckung von vier Kometen und seiner Beobachtungen stellte er die These auf, dass die Kometen die Sonne in parabelförmigen Bahnen umkreisen.

Der Bierbrauer, Ratsherr und spätere Bürgermeister Danzigs gilt als einer der bedeutendsten Astronomen des 17. Jahrhunderts und starb 1687 mit 76 Jahre an seinem Geburtstag. *Jutta Starosta*

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

Vortrag Nürnberg – Dienstag, 28. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser:

Fortsetzung auf Seite 16

Kulturzentrum Ostpreußen

Die Eisenbahn ist eine der bedeutendsten Erfindungen aller Zeiten und war der Motor der industriellen Revolution. Sie verband Groß- und Kleinstädte mit zahllosen Landgemeinden. Der Gütertransport per Eisenbahn war nicht nur schneller und sicherer als der mit den bisherigen Verkehrsmitteln, er war auch kostengünstiger. Die erhöhte Reisegeschwindigkeit, die zahlreichen Zugverbindungen und der Komfort veränderten die allgemeinen Lebensumstände: Pendeln und Reisen wurden möglich. Die erste deutsche Eisenbahn verkehrte am 7. Dezember 1835 zwischen Nürnberg und Fürth. Für die Preussischen Staatseisenbahnen war die rund 750 Kilometer lange Preussische Ostbahn die erste bedeutende Eisenbahnlinie. Die Betriebsaufnahme des ersten Abschnitts erfolgte im Jahre 1851. Die Ostbahn erschloss die preussischen Gebiete östlich Berlins bis zum an der russischen Grenze gelegenen Grenzbahnhof Eydtkuhnen. Die Ostbahn entwickelte sich im Laufe der Jahre zu einer der wichtigsten Eisenbahnmagistralen Europas und zu einer der Hauptachsen des Ost-Westverkehrs im Deutschen Reich. Der Erste Weltkrieg und der anschließend neu entstandene polnische Korridor schufen immer wieder Probleme für den Transitverkehr auf der Ostbahn zwischen Deutschland und der Provinz Ostpreußen. Dennoch blieb sie bis zum Zweiten Weltkrieg eine wichtige Verkehrsachse Preußens und Deutschlands. Am 22. Januar 1945 fuhr der letzte Zug von Königsberg nach Berlin. Nach den veränderten Grenzbeziehungen infolge des Zweiten Weltkriegs bilden die Abschnitte der früheren Ostbahn nur noch häufig eingeleig betrieene Ne-



VON DER KLEINBAHN BIS ZUM HOFZUG

Zur Geschichte der Eisenbahn zwischen Weichsel und Memel

18. März bis 3. September

benbahnen in den jeweiligen Ländern.

Die neu erarbeitete Dokumentation „Von der Kleinbahn bis zum Hofzug – Zur Geschichte der Eisenbahn zwischen Weichsel und Memel“ gibt zunächst einen allgemeinen historischen Überblick über die Entwicklung des Eisenbahnwesens in der damaligen östlichsten Provinz Deutschlands. Darüber hinaus werden zahlreiche weitere, eher unbekanntere, aber spannende The-

men vorgestellt, die die Vielfalt des Verkehrsträgers Schiene beleuchten und auch aufschlussreiche Gegenwartsbezüge, wie die Elektromobilität, liefern. Daneben gibt es die Möglichkeit einer virtuellen Zugfahrt durch Ostpreußen in den 1930er Jahren vom Seebahnhof Pillau bis zum Grenzbahnhof Prostken in Masurien. Eindrucksvolle, zum Teil noch nie in der Öffentlichkeit gezeigte Exponate vertiefen die Informationstexte.

Kulturzentrum Ostpreußen

Wirken Sie mit an der Stiftung.

Furst Fugger Privatbank
IBAN: DE56 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FUBKDE33

»Zukunft für Ostpreußen!«

ANZEIGE

Preussische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preussische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

Professor Johannes Thienemann und die Vogelwarte Rossitten auf der Kurischen Nehrung.



Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

straße 7a, 52349 Düren: Vortrag zum Thema „Patientenverfügung“. Die Heimatabende der Gruppe Düren e. V. finden jeden ersten Mittwoch im Monat, 17 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holzstraße 7a, statt.



Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Ostbegegnung

Hamburg – Sonnabend, 1. April, 10.30 Uhr bis 15 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Osterbegegnung der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften im Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg.



Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzende: Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher Schriftführerin: Elke Ruhne, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

Termine in Düren

Düren – Mittwoch, 5. April, 17 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holz-

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e. V.

Flensburg – Zu unserem vorgezogenen Treffen am 8. März versammelten sich zu allgemeiner Freude deutlich mehr als die Hälfte der Mitglieder. Dies ist keine Selbstverständlichkeit, da leider immer wieder einige der Unsrigen durch Krankheit oder andere körperliche Einschränkungen absagen müssen.

Nach einem Gedenken für die kürzlich Verstorbenen, Ursula Dinnups im Alter von 92 Jahren und Arnold Kuchenbecker mit 88 Jahren, begrüßte der Vorsitzende Hans Legies die Anwesenden im Allgemeinen und im Besonderen mit Elisabeth Roßner, Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Region Schleswig e. V., sowie Elisabeth Jendrecki, Beisitzerin, zwei Vertreter des Vorstandes dieses Vereins.

Der als Vortragender erwartete Vertreter der Jüdischen Gemeinde Flensburgs ließ auf sich warten und kam letztendlich nicht, was

vielleicht am (jüdischen) Purim-Fest lag; dieses war einen Tag zuvor begangen worden. Stattdessen berichtete der Vorsitzende von einer Fahrt nach Berlin im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Flensburger Bundestagsabgeordneten Petra Nicolaisen, an der er kürzlich mit weiteren Mitgliedern der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg teilgenommen hatte. Es war eine sehr informative Fahrt mit politischem (Besuch Bundestag sowie der Parteizentrale der CDU und einem Gespräch mit dem MdB) sowie historisch-touristischem (Stadtrundfahrt, Besichtigung des Humboldtforums, der Gedächtniskirche und der Gedenkstätte Bernauer Straße) Teil.

Im Anschluss stellte Roßner ihre Deutsch-Polnische Gesellschaft Region Schleswig und damit einen Verein vor, der im November sein 25-jähriges Bestehen feiern konnte, und mit dem wir schon seit Jahren in Kontakt stehen. Durch den Zuzug polnischer Arbeitskräfte in die Region, teils mit Familien, erfährt die Gesellschaft guten Zuspruch. Dies führte unter anderem zum Aufbau einer durch die Gesellschaft betriebene polnischer Sonntagsschule auf ehrenamtlicher Basis.

Abschließend gab der Vorsitzende einen Ausblick auf die Veranstaltungen der näheren Zukunft und erläuterte noch einmal die Sicherheitsbedingungen für die Teilnahme an der Betriebsbesichtigung der Firma für Heimtierbedarf TRIXIE in Tarp.

Wie stets schlossen wir unser Treffen mit dem Ostpreußen- und Pommernlied. Michael Weber

Die erste im Haus der Heimat

Begegnungs- und Beratungsstätte für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in Wiesbaden

Der Beratungs- und Begegnungstreffpunkt für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in Wiesbaden war der erste seiner Art und wurde im Jahr 2019 durch die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LMDR) Kreis- und Ortsgruppe Wiesbaden, im Haus der Heimat eingerichtet.

Mit den Mitarbeiterinnen ihrer Stabsstelle hat die hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Margarete Ziegler-Raschdorf dieser ersten von mittlerweile sieben ähnlichen Einrichtungen in Hessen besucht, um sich einen Überblick und Eindruck von der dort geleisteten Integrationsarbeit zu verschaffen. Projektleiterin und LMDR-Kreisvorsitzende Vera Maier bietet mit ihren beiden Mitarbeiterinnen in der Begegnungsstätte ein Angebot aus Sprach- und Konversationskursen für deutsche Sprache, Malkurse und musikalische Angebote, Schulungen zur Förderung der beruflichen Integration, Ausflüge bis hin zu informativen Vorträgen über vielfältige Themen des täglichen Lebens. Es gibt sowohl für Erwachsene als auch für Kinder und Jugendliche unterschiedliche Angebote. Daneben berät sie auch bei Behördenangelegenheiten.

„Diese Beratungs- und Begegnungsstätte stellt damit eine wich-

PRESEMITTEILUNG

tige Eingliederungshilfe für den Personenkreis der Spätaussiedler dar und wird gerne angenommen“, stellte Ziegler-Raschdorf im Rahmen des Ortstermins fest. „Vera Maier ist selbst Spätaussiedlerin und bereits seit Jahrzehnten in der Integrationsarbeit aktiv. Bei ihren Landsleuten genießt sie großes Vertrauen. Für viele Hilfesu-

gebote und Maßnahmen im Einzelnen vor und erläuterte Fragen zur Inanspruchnahme der Einrichtung. Es gebe einen festen Stamm von Nutzerinnen und Nutzern, aber auch Ratsuchende, die nur einmal kämen. Die unkomplizierte Bereitstellung von Hilfe und Beratung im Stadtzentrum werde geschätzt. Es sei für den Personenkreis der Spätaussiedler wichtig, feste Ansprechpartner zu haben und zu wissen, an wen man sich überhaupt wenden könne.

Alle Beratungsstätten in Hessen bieten neben festen Kursen auch unverbindliche Hilfestellung und niedrigschwellige Kontaktaufnahme an. Die Treffpunkte in Wiesbaden, Groß-Gerau, Kassel, Gießen, Frankfurt, Fulda und Gelnhausen haben unterschiedliche Träger und werden vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport aus Integrationsmitteln für Spätaussiedler finanziell unterstützt.

Ziegler-Raschdorf sprach allen Mitarbeiterinnen der Wiesbadener Begegnungsstätte, den Integrationsberaterinnen Margit Naumann und Barbara Machoczek sowie der Büro- und Reinigungskraft Tatiana Dirksen und insbesondere Vera Maier, der Leiterin der Beratungsstätte, für die geleistete Arbeit ein herzliches Dankeschön aus. HMDIS



In Wiesbaden: Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf (2. von rechts)

chende ist sie außerdem eine große Stütze bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche,“ so die hessische Landesbeauftragte weiter.

Projektleiterin Maier stellte der Landesbeauftragten und ihren Mitarbeiterinnen die Stundenpläne der Begegnungsstätte, die An-

Rätsel

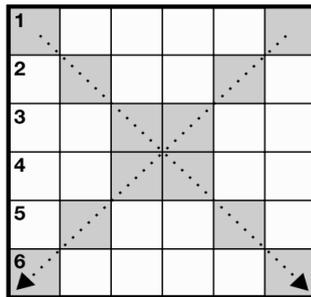
Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 9x9 Sudoku puzzle and a 6x6 Diagonal puzzle.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

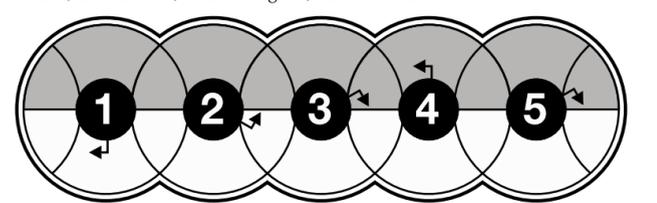


Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen eine griechische Insel und eine griechische Region. 1 Netzhaut des Auges 2 Seemannslied (englisch) 3 fremdländische Anziehungskraft 4 Kartenspiel 5 Wintersportgerät 6 Nordpolargebiet

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine musikalische Veranstaltung.

1 Vorarbeiter der Maurer; Bauführer, 2 aus gegerbter Tierhaut, 3 Sportfischer, 4 Südfrucht, 5 eine Aufgabe, Pflicht erfüllen



Heimatkreisgemeinschaften



Bartenstein

Kreisvertreter: Hans-Gerhard Steinke, Fasanenweg 12, 25497 Prisdorf, Tel. (04101) 5686660, hans-g.steinke@online.de



Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Singen des Ostpreußen-Liedes sowie mit dem Schlusswort des Kreisvertreters der Elchniederung.



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord

Lübeck – Sonntag, 23. April, 11 Uhr (Einlass), 11.30 Uhr (Beginn), Zur Blockhütte, Koggenweg 1, 23558 Lübeck: Regionaltreffen Nord. Die Veranstaltung findet in neuen Räumen statt.

Es ist keine Anmeldung erforderlich. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Heidi Mader unter Telefon (0421) 67329026 oder per E-Mail: heidi-mader@gmx.de.

PAZ wirkt!



Forum Baltikum – Dittchenbühne

Elmshorn – Mitte März fand die Jahreshauptversammlung des Vereins „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ statt. Das Jahr 2022 war durch die Corona-Pandemie geprägt, die viele Aktivitäten einschränkte. Dennoch gab es eine Reihe von erfolgreichen Veranstaltungen, die Mut und Lust machen auf die diesjährige Saison.

Die Mitgliederzahl, so wurde auf der Jahreshauptversammlung festgestellt, ist „einigermaßen konstant“ geblieben und beträgt weiterhin 750. Rosi Carstens stellte in ihrem Kassenbericht ein Minus von knapp 2000 Euro (ohne Abschreibungen) fest, doch das, so stellte Vereinsvorsitzender Raimar Neufeld fest, muss angesichts der Corona-Einschränkungen gerade bei dem publikumsabhängigen Angebot des Hauses tatsächlich noch als gutes Ergebnis angesehen werden.

Wie sich Corona ausgewirkt hat, zeigt etwa das Erwachsenentheater. Da gab es mit dem Stück „... und die Großen lässt man laufen“ von Raimar Neufeld nur eine einzige Inszenierung. Längere

Bildungsreisen mit dem Reisebus konnten ebenfalls nicht angeboten werden, es gab lediglich eine Fahrt des Kindertheaters zu den Karl-May-Festspielen in Bad Segeberg.

Im Mittelpunkt der Theaterarbeit stand so im vergangenen Jahr das Kindertheater mit 28 Aufführungen und 3600 Besuchern. Raimar Neufeld: „Mehr geht nicht!“ Die Dittchenbühne sei damit der größte Kindertheater-Anbieter im südlichen Schleswig-Holstein. Maja Trojanowski führte dabei sehr erfolgreich Regie. Die Arbeit mit Kindern ist auch bei anderen Angeboten besonders hervorzuheben: etwa die kostenlosen Kindertheaterkurse „DittchenArt“ und die vielen Veranstaltungen der Kindermalschule unter der Leitung der Elmshorner Kulturpreisträgerin Susanne Berger.

Wissenschaftliche Vorträge in Zusammenarbeit etwa mit der Universität Hamburg und dem Nordfriesischen Institut Bredstedt konnten durchgeführt werden und fanden ihr Publikum. Ebenso war es bei der „XIV. Baltischen Tafelrunde“, zu der der

Chef des Hauses Hohenzollern, Prinz Georg Friedrich von Preußen, kam.

Auf der Jahreshauptversammlung wurden zwei Personen besonders geehrt, die „hinter der Bühne vieles bewegen“: Wilfried Reimann, der sich seit 36 Jahren für den Bühnen- und Theaterbau engagiert sowie kleine Theaterrollen übernimmt, und André Philipowski, der zuverlässig für das Theaterlicht und die Technik im gesamten Haus sorgt.

Im laufenden Jahr stehen wieder attraktive Angebote auf dem Programm des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“: So findet am 16. April ein Jazz-Frühstück statt, es wird eine Vorpommern-Reise unter der Leitung von Forstdirektors a. D. Hans Hewicker geben, sowie eine Fahrt zu den Störtebeker-Festspielen in Ralswiek auf Rügen, und auch Kino-Fans können sich freuen, zum Beispiel auf Open-Air-Vorführungen.

Die Jahreshauptversammlung endete mit dem traditionellen, immer kommunikativen „Schlabbertreff“. *Manfred Kellner*



Weihnachtsmärchen im Jahr 2022: Schneewittchen

Foto: Forum Baltikum – Dittchenbühne

Leser fragen Leser

Liebe Landsleute und Freunde Ostpreußens,

derzeit wird ein **Buch über das Kino im Memelland** vorbereitet, das den Zeitraum vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zur Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg umfassen wird, als die Region zeitweise sowohl zu Litauen als auch zu Deutschland gehörte. Vor allem bei der älteren Generation hat sich das Kino tief ins Gedächtnis eingepreßt, ist mit vielen Lebensereignissen ver-

bunden und war eine willkommene Abwechslung in schwierigen und herausfordernden Zeiten ihres Lebens.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Ihre Erinnerungen und die Ihrer engen Freunde mit uns teilen könnten, ebenso wie Fotos, Plakate, Zeitungen und Bücher, die sich auf das Kino im nordöstlichen Teil Ostpreußens, auf die Kinofiguren, Schauspieler, Kinos und ihr Personal sowie auf die Filme beziehen, die Sie gesehen haben.

Vergessen wir nicht die Menschen, die in dieser Region gelebt und gearbeitet haben, die Momente ihrer Träume und Freuden, die sie in der Dämmerung der Kinosäle verbracht haben. Lassen Sie uns gemeinsam die faszinierende Geschichte von Memel gestalten.

Kontaktieren Sie uns im Simondach-Haus, E-Mail: info@sdh.lt, Telefon (+370) 46 311481 oder Herrn Kestutis Meškys, E-Mail: kestas.mekes@gmail.com, Telefon (+370) 687 32897.



Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellungen

Bis 21. Mai: **Bilder von Königsberg – Blüte und Untergang.** Aus einem Nachlassbestand des Königsberger Fotografen Fritz Krauskopf (1882-1945) werden Aufnahmen von Königsberg präsentiert, die ein wichtiges zeitdokumentarisches Zeugnis darstellen. Gezeigt werden Abbildungen, welche die prächtigen Seiten der damaligen Hauptstadt Ostpreußens und seiner Umgebung vor den Kriegszerstörungen festhalten, aber auch die nach den Bombenangriffen im August 1944 in Trümmern liegende Ruinenstadt.

22. April. bis 17. September, Eröffnung mit freiem Eintritt: Freitag, 21. April, 18.30 Uhr: **„Ich bin doch immer unterwegs ...“ – Der Maler Franz Domscheit / Pranas Domšaitis (1880-1965).** Franz Domscheit ist ein bedeutender expressionistischer Künstler. Seine Schaffenskraft schöpfte er aus seinen samländischen sowie litauischen Wurzeln und seiner späteren Heimat Südafrika. Die Ausstellung zeigt in Kooperation mit der Prano Domšaičio galerija, (Memel) einen Überblick über das künstlerische Schaffen des Malers vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis in die 1960er Jahre.

Veranstaltungen

Sonntag, 2. April, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **Das Lüneburger Brauereimuseum,** Sonntagsführung mit Rainer Proschko. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 4. April, 14.30 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Weißer Aufklärung? Immanuel Kant, der Kolonialismus und wir,** Vortrag mit Diskussion im Rahmen der Reihe „Museum erleben“ mit Dr. Tim Kunze. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich. Prof. Dr. Dieter Bingen stellt die Konzeption der künftigen Nutzung des Schlosses vor, Einführung von Museumsdirektor Dr. Joachim Mähner. Nach Jahren der Notsicherung, die man gemeinhin „nicht sieht“, rückt nun der Wiederaufbau des Schlosses Steinort [Sztynort] am Mauersee in den Vordergrund. Die inhaltliche Konzeption, Grundlage

Menschenrechte. Im selben Jahrhundert erreichte aber auch der transatlantische Sklavenhandel seinen Höhepunkt, Europa kolonisierte die Welt. Ein offener Widerspruch – oder gibt es einen Zusammenhang, wie viele Kritiker behaupten? Diese Frage diskutiert Dr. Tim Kunze, Kurator der entstehenden Lüneburger Kant-Ausstellung, in seinem Vortrag am Beispiel von Immanuel Kant.

Donnerstag, 13. April, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Wir malen für ein eigenes Kunstmuseum,** Kinderclub mit Roberta Schütte. Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de.

Freitag, 14. April, 18.30 Uhr, Eintritt frei: **Gesprächsrunde: Fluchtpunkt Niedersachsen,** mosaïque – Haus der Kulturen e.V., Katzenstraße 1, 21335 Lüneburg: Öffentliche Gesprächsrunde mit Geflüchteten in Kooperation mit dem mosaïque – Haus der Kulturen e.V. und dem Museum Friedland. Zeitzeugen und Zeitzeuginnen von 1945 bis heute berichten von Abschied, Ankunft und Neubeginn in Niedersachsen. Über diese Erfahrungen wollen sich Zeitzeuginnen und Zeitzeugen miteinander und mit den Gästen in einer öffentlichen Gesprächsrunde austauschen. Der Abend beginnt mit einer kurzen Einführung in das Thema durch Dr. Anna Haut, wissenschaftliche Leiterin des Museums Friedland. Moderiert wird das Gespräch von Meggy Jackstadt vom Netzwerk Spielfeld Gesellschaft.

Sonnabend, 15. April, 18.30 Uhr, Eintritt frei: **Ein Ort der Bildung, Wissenschaft und Kultur – zu den Perspektiven der Nutzung von Schloss Steinort in Masuren.** Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Prof. Dr. Dieter Bingen stellt die Konzeption der künftigen Nutzung des Schlosses vor, Einführung von Museumsdirektor Dr. Joachim Mähner. Nach Jahren der Notsicherung, die man gemeinhin „nicht sieht“, rückt nun der Wiederaufbau des Schlosses Steinort [Sztynort] am Mauersee in den Vordergrund. Die inhaltliche Konzeption, Grundlage

für die weitere Planung, wurde im März 2023 in Warschau vorgestellt. Bingen berichtet aus der intensiven Arbeit der Expertengruppe und lädt ein zum Gespräch über ein geplantes „Zentrum für Europäischen Dialog“ in einer Region, die durch den Überfall Putins auf die Ukraine in eine ganz neue Rolle für die Zukunft Europas gerückt ist. Dieter Bingen ist Historiker und Politikwissenschaftler, Mitglied des Vorstands der Deutsch-Polnischen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz.

Dienstag, 18. April, 14.30 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Wissenschaftliche Revolutionen in Ostpreußen,** Vortrag von Museumsdirektor Dr. Joachim Mähner in der Reihe „Museum Erleben“. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich. 1473, vor 550 Jahren, wurde Nikolaus Kopernikus geboren. In Frauenburg und Altenstein revolutionierte er mit einem neuen mathematischen Modell das bisherige Weltbild. Auch andere Naturwissenschaftler in und aus Ostpreußen sollten mit ihren Forschungen Geschichte schreiben. Mähner stellt einige dieser großen Denker vor.

Dienstag, 25. April, 18.30 Uhr, Eintritt 4,- Euro: **Das Trauma Stalingrad – Eine Schlacht im Spiegel von literarischen Texten, Feldpostbriefen und Zeugenaussagen,** Vortrag und Lesung mit Prof. Dr. Winfrid Halder, Direktor der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf und Dr. Katja Schlenker, Kuratorin der Stiftung. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich. Keine andere Schlacht des Zweiten Weltkriegs ist in der kollektiven Erinnerung so haften geblieben wie die von Stalingrad. Der Abend spiegelt in ganz unterschiedlichen Texten die Grausamkeit und verbrochene Sinnlosigkeit des Geschehens wider.

Donnerstag, 27. April, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Die Wunderwelt der Ostsee,** Kinderclub mit Roberta Schütte. Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de.

HEINZ POSE

Spektakuläre Erfolge in der Kernphysik

Der gebürtige Königsberger promovierte bei Gustav Hertz – Er trieb auch die sowjetische Atomforschung voran

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das es die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg vermochte, in der Kernforschung mit den USA gleichzuziehen und im August 1949 ihre erste eigene Atombombe zu zünden, war nicht zuletzt die Folge des Wirkens von Heinz Pose.

Der spätere Nuklearexperte wurde am 10. April 1905 in Königsberg geboren, wo er ab 1923 Mathematik, Physik und Chemie studierte. Seine akademische Ausbildung endete 1928 mit einer Promotion bei dem Nobelpreisträger Gustav Hertz. Anschließend arbeitete Pose bis 1934 als Assistent des renommierten Experimentalphysikers Gerhard Hoffmann an der Vereinigten Friedrichs-Universität in Halle. Dabei gelangen ihm ab 1929 mehrere spektakuläre Erfolge auf dem Gebiet der Kernphysik: So wies er beispielsweise zum ersten Mal praktisch nach, dass Atomkerne Energieniveaus besitzen. Hieraus resultierten zahlreiche Veröffentlichungen und dann 1934 auch ein Lehrauftrag für Atomphysik in Halle, in dessen Rahmen er vor allem Vorlesungen über „Atomzertrümmerung“ hielt. Dem folgte 1938 die Ernennung zum außerordentlichen Professor.

Zur Mitarbeit am deutschen Uranprojekt verpflichtet

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde Pose alsbald zur Mitarbeit am dem deutschen Uranprojekt verpflichtet, das zwei Ziele hatte: Die Möglichkeiten des Baus von Kernwaffen auszuloten und einen Versuchsreaktor in Betrieb zu nehmen. In diesem Zusammenhang war Pose zunächst am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik in Berlin-Dahlem tätig, wo er 1940 gemeinsam mit Werner Maurer die Neutronenemission der Elemente Thorium und Uran als Folge spontaner Kernspaltungsprozesse messen konnte. 1942 wiederum erfolgte seine Versetzung an die Physikalisch-Technische Reichsanstalt in Berlin beziehungsweise die Chemisch-



Rossendorf bei Dresden: Von 1957 bis 1991 war der sogenannte Rossendorfer Forschungsreaktor (RFR), der hauptsächlich als Neutronenquelle eingesetzt wurde, in Betrieb

Foto: pa

physikalische- und Atom-Versuchsstelle Gottow des Heereswaffenamtes, das zur Heeresversuchsanstalt Kummersdorf gehörte und von dem Kernphysiker Kurt Diebner geleitet wurde.

Hier beteiligte sich Pose an der streng geheimen Testreihe G-I, deren Zweck darin bestand, effektive Verfahren zur Neutronenvermehrung zu testen, um eine stabile kontrollierte Kettenreaktion in der geplanten „Uranmaschine“ in Gang zu setzen. Dabei packten die Forscher um Pose und dessen Kollegen Ernst Rexer 25 Tonnen Uranoxid, die auf 6800 kleine

Würfel verteilt waren, in vier Tonnen Paraffin. Dieses sollte als Moderator dienen und verhindern, dass es in dem Versuchsreaktor zu einer Kernexplosion kam. Allerdings erbrachte die experimentelle Anordnung keine nennenswert höhere Neutronenausbeute – diese trat erst 1943/44 bei den Tests G-III a und b auf, woraufhin sich dann aber im Herbst 1944 ein bis heute nicht genau aufgeklärter Unfall ereignete, bei dem mehrere Forscher verstrahlt wurden.

Zu diesem Zeitpunkt weilte Pose indes schon nicht mehr in Gottow, denn er war

im Juni 1944 an das Physikalische Institut der Universität Leipzig gewechselt, um dort an der Entwicklung eines Zyklotrons mitzuwirken. Dieses sollte als Teilchenbeschleuniger zur Isotopentrennung und Auslösung von Kernreaktionen fungieren.

Am 23. April 1945 erreichten Angehörige der US-Geheimdienst-Mission ALSOS-III die hohenzollersche Ortschaft Haigerloch, wo sie das neueste Versuchsmuster eines deutschen Kernreaktors beschlagnahmten. Anschließend internierten die Amerikaner so viele Atomwissenschaftler des Dritten Reiches wie möglich, um de-

ren Wissen abzuschöpfen. Letzteres tat gleichermaßen das NKWD der UdSSR in der sowjetischen Besatzungszone. Dabei verpflichtete es unter anderem auch Pose: Der kam im Februar 1946 mit seiner Familie nach Obninsk südwestlich von Moskau, wo er zum Leiter eines der drei Forschungslabore in der Sowjetunion avancierte, welche die Aufgabe erhielten, innerhalb von fünf Jahren eine „rote“ Atombombe zu entwickeln. Pose übernahm die neue Funktion weitgehend freiwillig, was sich nicht zuletzt darin äußerte, dass er gemeinsam mit dem NKWD-Generalmajor Walentin Krawtschenko sechs Monate lang nach weiteren deutschen Experten auf dem Gebiet der Kernphysik und passenden Laboreinrichtungen suchte. Dabei wurde dann im Labor W in Obninsk aber nicht nur Zuarbeit für das Atombombenprojekt geleistet, sondern auch die Grundlage für den Bau des ersten wirtschaftlich genutzten Kernkraftwerkes der Welt geschaffen, das am 1. Juni 1954 in Betrieb ging.

Forschungsarbeit in Obninsk und Dubna

1956 wechselte Pose an das heute noch bestehende Vereinigte Institut für Kernforschung in Dubna nördlich von Moskau, wo er bis 1959 forschte. Parallel hierzu bekleidete er ab 1957 eine Professur für Sondergebiete der Kernphysik an der Technischen Universität Dresden, die dann schließlich zu seiner alleinigen Wirkungsstätte wurde, nachdem es im Jahr zuvor zu vergeblichen Abwerbeversuchen des US-Geheimdienstes CIA gekommen war. Von 1959 bis zur Emeritierung im Jahre 1970 hatte Pose den Lehrstuhl für Neutronenphysik der Reaktoren beziehungsweise Experimentelle Kernphysik inne. In dieser Zeit nutzte er auch den im Dezember 1957 in Betrieb genommenen Versuchsreaktor des Zentralinstituts für Kernforschung in Rossendorf bei Dresden. Der gebürtige Ostpreuße Heinz Pose starb am 13. November 1975 in der sächsischen Elbestadt.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Dank für die schlesische Lindt-Schokolade

Der TV-Moderator und Journalist Peter Hahne fand an der Oder-Neiße-Grenze den kulturgeschichtlich richtigen Ton

Dass der Journalismus nach und nach vom Infantilen ergriffen wurde, hatte gehörige Auswirkungen auf dessen Qualität. Davon konnten sich am Sonntag, dem 19. März, die Besucher des Vortrages des ehemaligen Heute-Journal-Gesichtes Peter Hahne nur wenige Schritte von der Neiße-Grenze in Görlitz mit einem schönen Gegenbeispiel überzeugen.

Im Gegensatz zu so manchen Prominenten, die bei ihrem Auftritt in der seit 1945 geteilten Stadt von einer Brückensstadt mit einem polnischen Partner Zgorzelec sprechen – und Letzteres mit ebenso viel verzückter Leidenschaft aussprechen wie es für jeden Polen völlig unverständlich ist – fand Peter Hahne in Görlitz den richtigen terminologischen Ton.

Er freute sich, wieder einmal in der Schlesischen Lausitz zu sein und fragte im Gespräch mit der *Preußischen Allgemeinen* nach den Deutschen in Schlesien – wo diese genau leben und in welcher Weise sie ihr Deutschtum pflegen. Obwohl die geschlossenen Siedlungsgebiete der Deutschen in der Republik Polen erst mehr als 200 Kilometer hinter der Gren-

ze in Oberschlesien beginnen, hatte die Nachricht vom Auftritt Hahnes auch unter manchen Diasporadeutschen aus Niederschlesien die Runde gemacht, die hier Präsenz zeigten.

Interesse an Schlesiern

Der richtige Ton zog sich bis ans Ende der Veranstaltung, als Hahne vom Veranstalter des Vortrages, der Freien evangelischen Gemeinde Görlitz mit ihrem Pfarrer russlanddeutscher Herkunft, Eugen Böhler, einen großen Lebensmittelkorb zum Dank überreicht bekam. Böhler wusste, dass der Weinkeller Hahnes gut bestückt ist und ein Mann wie Hahne auf gute Literatur nicht mehr angewiesen ist. Hahnes Freude kam also von Herzen, als er sagte: „Und sogar original oberlausitzisch-schlesische Lindt-Schokolade kann ich da erkennen“, witzelte er.

Der „Garant für Volksaufläufe“, so das Internetportal Alles-Lausitz.de im Vorfeld, füllte nicht nur den Gemeindefestsaal mit seinen 360 Plätzen, den immer mehr bibeltreue Christen deutschlandweit angesichts des Kampfes gegen den Zeitgeistwahnsinn durch die 11 Uhr-On-



Schon zwei Stunden vor Vortragsbeginn: Die ersten Fans lassen sich ihre Bücher von Peter Hahne (r.) signieren

Foto: Scholtz-Knobloch

linegottesdienste am Sonntag auf der Seite Feg-Görlitz.de schätzen. Viele Besucher mussten die Veranstaltung gar auf einer LED-Wand im Freien verfolgen.

Besonders die zentrale Botschaft „Wo sich Politik und Journalisten vertragen, ist Demokratie am Ende“, saß in Görlitz besonders. In der Neißestadt rühmt sich

quasi jeder, zu „Micha“ – dem Ministerpräsidenten Michael Kretschmer – einen guten Draht zu haben, da dieser in Görlitz aufwuchs. Ob Unterstützer oder politischer Gegner – hier fällt die Distanz vielen dann doch schwer, obwohl mit der Kumpanei der erste Schritt zur Kritikfähigkeit getan ist.

Aufruf zu kritischem Denken

Im Hinblick auf die vielen Corona-Täter und -Mitläufer legte Hahne dem Publikum zudem den Rat nahe: „Schützen Sie sich vor den Verrätern“ und spielte damit auf die in der Stadtgeschichte bedeutende Verrätergasse an. Neun von den 1527 aufständischen Tuchmachern aus der Stadt wurden damals hingerichtet.

Eine wichtige Rolle dabei spielte, dass durch Verrat die Turmuhr sieben Minuten vorgestellt wurde. Und so ist Görlitz die Stadt geblieben, in dem vieles sieben Minuten eher stattfindet als anderenorts. Das trifft auch auf den Corona-Widerstand und die Bewegung zum Demokratieverhalt zu, die in Görlitz einen breiten Rückhalt haben.

Till Scholtz-Knobloch

HEIMAT

Die Insel auf der Insel

Herrenhaus Üselitz – ein Kleinod auf Rügen mit großer Geschichte

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Frühjahr 1945: Eine Marine-Kadetten-Kolonie von der Insel Dänholm bei Stralsund, zum letzten Kampf gegen die heranrückenden Sowjettruppen aufgeboten, marschiert müde durch die Landschaft von Süd-Rügen. Ziel der jungen, kampfunerprobten Truppe: das Herrenhaus von Gut Üselitz. Dort soll Essen gefasst und ausgeruht werden.

Hans-Jürgen Meyer, damals Oberleutnant, erwähnt die Szene in seinem Buch „Blinkzeichen auf dem Rügendam“. Ihm war es zu verdanken, dass Deutschlands größte Insel und die Hansestadt Stralsund kampffrei übergeben werden konnten, während sich Generalität und Parteigrößen feige verdrückt hatten.

Im Frühjahr 2023 gehen wir auf Spurensuche. Hinter einer Gebüschgruppe taucht plötzlich ein mehrstöckiges weißes Gebäude auf. Laut Wanderkarte kann es nur Üselitz sein. Irgendwie ein verwunschen klingender Name. Gegen Kriegsende jedoch ging es hier ganz anders zu, als Soldaten im Gutshaus Zuflucht suchten.

Nur das Kopfsteinpflaster der Zufahrt erinnert noch an diese schon seit 78 Jahren vergangenen unseligen Zeiten. Heutzutage möchte man hier seine Ruhe haben, daher ist das Tor verriegelt und nur per Spezialcode samt Sicherheitsschlüssel zu öffnen. Das dauert ein paar Augenblicke, sodass etwas Zeit bleibt für einen kurzen Blick zurück in die lange Geschichte des Anwesens sechs Kilometer südlich von Poseritz.

Vom Adelsschloss zum Wohnhaus

Erstmals urkundlich erwähnt wurde Üselitz, wie es damals hieß, im Jahr 1311. Besitzer war Herzog Ernst Ludwig von Pommern. Durch Tausch fiel das Anwesen 1562 an Erich von Zuhm, der das Herrenhaus im Renaissance-Stil fertigstellte. Das überforderte ihn finanziell, sodass das zu den schönsten Schlössern der Insel zählende Gebäude erneut die Eigentümer wechselte: so zunächst 1644 pfandweise an die Familien von Ahnen, bereits 1664 als Gnadenlehn an die Putbus und noch vor Ausgang des 17. Jahrhunderts an die von Normann, 1706 war es schließlich der Stettiner Ratsherr und Großkaufmann Friedrich von Langen (1642–1718). Seine Nachfahren behielten Üselitz bis 1939.

Im Jahr 1945 wurde Burghard von Veltheim, der Besitzer seit 1939, enteignet. Bis zu 90 Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten mussten dann zeitweilig aufgenommen werden. Der Verfall vom Adels-

schloss zum schlichten Wohnhaus war damit vorgezeichnet bis in die 60er Jahre. Als es leergezogen war, stürzte 1970 das Dach ein, die Bausubstanz verfiel immer mehr, je stärker der Zahn der Zeit daran nagte. Da nützte es auch wenig, dass es 1975 in die Kreisdenkmalliste aufgenommen wurde. Fortan nahmen es Bereitschaftspolizei und Kampfgruppen in Beschlag, um den Häuserkampf zu üben.

takt und völlig zerstört. Bis man „sein“ Stockwerk erreicht hat. „2. OG links“, steht auf dem Schlüsselanhänger von einer der sieben unterschiedlich großen und geschnittenen Ferienwohnungen.

Eintritt ins Gemach, links und rechts Schlafräume mit Doppelbetten und zwei Bädern samt Dusche und Badewanne. Dann weiten sich Raum und Blick. Erster riesig, kaum möbliert mit laminatbe-

decktem Fußboden. Das wirkt leider schallverstärkend, was man eigentlich als ruhesuchender Gast nicht so recht mag. Sitzzecke mit Couch und zwei Sesseln ohne Abstellischchen links, Küchenzeile mit Esstisch und sechs Stühlen rechts. Wände komplett weiß. Architektonisch anscheinend so gewollt, um den Kontrast zwischen Alt und Neu zu unterstreichen.

Minimalistisch könnte man den Stil nennen, andererseits auch elegant-zurückhaltend, gar großzügig. Das alles mag sehr reizvoll sein, wenn einem „Gemütlichkeit“, wozu vielleicht auch knistern des Kaminfeuers gehört, nicht so wichtig ist. Indes auf einen Fernseher zu verzichten, fällt nicht schwer. Konsequenterweise gibt es den auch gar nicht erst.

Dafür ein grandioses Naturprogramm. Hinter kleinen grauen Rundbogenfenstern hohe Baumriesen, deren Wurzeln im

Wasser eines Teiches zu stehen scheinen. In der Ferne glitzert der Strelasund, laut Karte nicht mehr als 500 Meter entfernt. Hin und wieder ziehen in der Ferne sogar größere Frachter vorbei auf dem Weg von oder nach Stralsund. Im September 1678 war es sogar eine ganze Flotte, die der Große Kurfürst in der Nähe beim Dorf Neukamp auffahren ließ, um Rügen einzunehmen. Daran erinnert noch eine Preu-

oder Wiedervernässung der umgebenden Ackerflächen. Seit 100 Jahren hatten sie trockengelegen, aber der Bau der Rügenbrücke verlangte seit 2007 nach Ausgleichsmaßnahmen. Das Wasser kam vom Strelasund, strömte in die hügelige Landschaft und zauberte aus den Senken Seen.

So wurden Üselitzer und Mellnitzer Wiek geboren, mit Argwohn beobachtet von den Welbergens. Zum Glück blieben Schäden am Bauwerk durch das gestiegene Grundwasser aus. Dafür erhob sich der imposante Dreistöcker über eine neue Insel, der einzigen auf Rügen. Seitdem bietet der hauseigene Seerundweg unverfälschtes „Fernsehen“, inklusive wettergeschützter Beobachtungs-Remise mit Stühlen und Wärmeöfen.

Geheimnisvolle Nebelschwaden

Schon kurz nach der Flutung haben sich die Wasserflächen zu einem überregional bedeutsamen Lebensraum für Wasser- und Watvögel sowie Kraniche entwickelt. Tausende von Stockenten, Pfeifenten, Graugänsen rasten hier seitdem regelmäßig. Auch Kiebitz und Goldregenpfeifer schätzen das Durchzugs- und Rastgebiet, wahren Kormorane ständig in der Wiek zu Hause sind. Wie auch Rehe und Hasen die Abgeschiedenheit schätzen.

Eine Stunde braucht man etwa, wenn man sie auf weich federndem Wiesenuntergrund umrundet. Auch als Morgenlauf oder Abendspaziergang zu realisieren, zu Sonnenauf- und Untergang. Den man natürlich auch durch die Schlossfenster genießen kann, selbst aus der Badewanne, beim Abendbrot mit einem Glas Rotwein oder bei kreativem Schreiben. Wie es Oberstübchen-Nachbar Thomas aus der Schweiz praktiziert. Der hat sich gleich für drei Wochen in der gastearmen Vorsaison einquartiert, „um hier in aller Ruhe meinen Familienroman zu schreiben“. Wobei er sogar mit Bahn und Bus angereist ist und sich nicht scheut, bei Wind und Wetter zum Einkaufen rund sieben Kilometer bis nach Poseritz zu marschieren, zurück mit voller Tasche aus „seinem“ Bioladen „mit neuestem Dorfklatsch“, wie der 62-jährige, körperlich fitte Reserveoffizier der Schweizerischen Armee erzählt.

Selbst zu früher Stunde ist der ehemalige Berufsfotograf unterwegs. Er erzählt: „Wenn märchenhafte Nebelschwaden durch Geäst und Schilf ums Gebäude kriechen, dann wird der Kinderbuch-Titel in meinem Regal lebendig: ‚Das geheimnisvolle Schloss‘.“

● www.ueselitz.de



Die Südwestansicht des Herrenhauses Üselitz

Foto: Schmidt-Walther

Natürlich mit verheerenden Folgen für das wertvolle Gebäude. Im Jahre 2000 begannen erste Sicherungsarbeiten, Ende 2017 war es dann so weit: Denkmalgeschütztes Herrenhaus oder Gutsschloss samt Gutsparc waren dank privater Initiative komplett instandgesetzt und wiederhergerichtet. Fortan konnten sie wieder genutzt werden: jetzt erstmals für Veranstaltungen und als Feriendomizil.

Kontrast zwischen Alt und Neu

Das betritt man heutzutage über einen modernen turmartigen Seitenanbau. Es sind nicht die zahlreichen Stufen auf dem Weg nach oben, die einen zum Pausieren zwingen, sondern historische Schwarz-Weiß-Fotos. Aufgehängt an den nackten Betonwänden im Treppenhaus dokumentieren sie eindrucksvoll die Zustände der Vergangenheit: zwischen wundervoll in-

decktem Fußboden. Das wirkt leider schallverstärkend, was man eigentlich als ruhesuchender Gast nicht so recht mag. Sitzzecke mit Couch und zwei Sesseln ohne Abstellischchen links, Küchenzeile mit Esstisch und sechs Stühlen rechts. Wände komplett weiß. Architektonisch anscheinend so gewollt, um den Kontrast zwischen Alt und Neu zu unterstreichen.

Minimalistisch könnte man den Stil nennen, andererseits auch elegant-zurückhaltend, gar großzügig. Das alles mag sehr reizvoll sein, wenn einem „Gemütlichkeit“, wozu vielleicht auch knistern des Kaminfeuers gehört, nicht so wichtig ist. Indes auf einen Fernseher zu verzichten, fällt nicht schwer. Konsequenterweise gibt es den auch gar nicht erst.

Dafür ein grandioses Naturprogramm. Hinter kleinen grauen Rundbogenfenstern hohe Baumriesen, deren Wurzeln im

Wasser eines Teiches zu stehen scheinen. In der Ferne glitzert der Strelasund, laut Karte nicht mehr als 500 Meter entfernt. Hin und wieder ziehen in der Ferne sogar größere Frachter vorbei auf dem Weg von oder nach Stralsund. Im September 1678 war es sogar eine ganze Flotte, die der Große Kurfürst in der Nähe beim Dorf Neukamp auffahren ließ, um Rügen einzunehmen. Daran erinnert noch eine Preu-

Trockengelegt und wiedervernässt

Astrid, gebürtige von Götz mit familiären Baltikums- und Emslandwurzeln, und Pete Welbergen aus Frankfurt am Main ahnten noch nicht, was ihnen bevorstand. „Initiator war eine Ausstellung der Landesdenkmalpflege, unsere Liebe zur Ostseeküste und spontane Begeisterung für Üselitz“, erklärt sie nach ihren Motiven befragt. 1998 schlugen sie zu und kauften die Ruine, wie es noch heute unerklärlicherweise auf dem Wanderwegschild an der Zufahrt heißt. Als Architekt konnte sich Pete bald ein reales Bild von den anstehenden Baumaßnahmen machen.

Allerdings weniger von dem, was seit 2007 folgen sollte: die Renaturierung

STETTIN

„Deutsch mit Socke“

Eine Initiative des Goethe-Instituts und des WDR

Am 29. März findet auf Initiative des Goethe-Instituts in der Pommerschen Bibliothek, ul. Podgórna 15/16, in Stettin ein Workshop für Lehrkräfte statt. Das Sehen, Zuhören, Nachsprechen und Mitmachen stehen im Zentrum kindergerechter Begleitmaterialien der Filmreihe „Deutsch mit Socke“ (für Fünf- bis Neunjährige) des Westdeutschen Rundfunks, die in dem Arbeitskreis ausprobiert werden können.

Wie fördert man sprachliche Fertigkeiten bei Kindern? Wie trainiert man das Hörsehverstehen, um zu einer mündlichen Sprachproduktion zu gelangen? Welche Lehr- und Lernaktivitäten unterstüt-

zen die Kinder auf diesem Weg? Diese Fragen stehen im Zentrum der Arbeitssitzung, in dem die Teilnehmer die Gelegenheit bekommen, eine Reihe von Techniken und Übungsformen, die das kindergerechte Lernen unterstützen, auszuprobieren und auf ihre Anwendbarkeit im Unterricht hin zu überprüfen.

Die Teilnehmer erhalten nach Abschluss des kostenlosen Seminars eine Teilnahmebescheinigung und ein Paket mit Schülerheften. Außer in Stettin finden solche Lehrgänge auch in Kattowitz, Posen und Warschau statt. PZ

● www.goethe.de

GREIFSWALD

Tanz, Literatur, Musik

Ein theatraler Museumsspaziergang in die Romantik

Ein besonderes Erlebnis erwartet die Besucher an verschiedenen Terminen im Pommerschen Landesmuseum. Bettina von Arnim, Karoline von Günderode, Annette von Droste-Hülshoff, Johann Wolfgang von Goethe und einige andere Zeitgenossen der Romantik begleiten die Besucher durch die kleine Gemäldegalerie des Pommerschen Landesmuseums in Greifswald, um ausgewählte Bilder vorzustellen. Gemälde, Tanz, Literatur und Musik ergänzen einander und entführen in die Welt der Romantik.

Amelie Kriss-Heinrich, Avah Painter, Bénédicte Gourrin, Gabriele Völsch und Philipp Staschull, allesamt Ensemblemit-

glieder des „Theater Vorpommern“, freuen sich auf Besucher. Zu erleben ist der Museumsspaziergang am Sonntag, 26. März, Sonnabend, 15. April, Donnerstag,

18. Mai (Himmelfahrt), und Sonnabend, 27. Mai. Eintritt: 8 Euro/ermäßigt 6 Euro, Familie 16 Euro. Beginn: jeweils um 15 Uhr, Dauer: 60 bis 80 Minuten.

Noch bis diesen Sonntag zu sehen: die Kabinettausstellung „Götz Lemberg, O_D_E_R-CUTS. Porträt einer Grenz. Fluss.Landschaft“. Ab dem 20. April wird sie im Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte in Potsdam und im Herbst im Städtischen Museum Breslau gezeigt. PZ

● **Info** Pommersches Landesmuseum, Rakower Straße 9, 17489 Greifswald, www.pommersches-landesmuseum.de



FOTO: BÉNÉDICTE GOURRIN

„Es geht also, wenn man will“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Der Donnerstagabend gehört stets der PAZ. Wie sehr etliche Beiträge Hirn und Herz erfreuen.“

Harald Müller, Bovenden



Ausgabe Nr. 11

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EINE GUTE ENTWICKLUNG ZU: DIE STILLEN RESERVEN IM EIGENEN LAND (NR. 10)

Für den von staatlicher Umverteilung lebendem Lehrer ist es natürlich Ehrensache, das System, das ihn nährt, erhalten zu wollen. Die Disziplinalgesetzgebung unterstützt ihn dabei. Er kann deshalb auch nicht formulieren, dass seine Pensionsansprüche mit echten Lösungen kollidieren. Die bestehen nicht darin, ein für nachwachsende Generationen zunehmend nutzloses System „verbessern“ zu wollen, sondern den Laden konsequent zu keulen und den zu Millionen nach Deutschland strömenden Versorgungssuchern klarzumachen, dass Hand aufhalten zukünftig nicht mehr läuft.

Dass Gerede von „Fachkräftereserven“ tut nicht nur so, als hätte es die Diskussionen der letzten 30 Jahre und die ständigen Beschwörungen vom Fachkräftemangel nicht gegeben, sondern blendet vollkommen aus, dass sich bereits Millionen der eigenen Leute bequem jenseits von Verpflichtungen gegenüber den finanziellen Ansprüchen durch die im Staat hinterlassenen Versorgungsinteressen organisieren. Gleichzeitig stellt die ökonomische Basis durch Ressourcenverlagerung und Modernisierung ohne Rücksichtnahme die Erhaltung des Ausmaßes der Umverteilung in Frage. Eine gute Entwicklung. *Hank Boll, Emden*

VON DEN GENOSSEN GESTOPPT ZU: DIE STILLEN RESERVEN IM EIGENEN LAND (NR. 10)

In dem Artikel heißt es: „Die demographische Entwicklung lässt sich nicht umkehren.“ Dazu ist natürlich ein Wille notwendig, der jedoch bei den Politikern nicht vorhanden ist, geht es doch nur darum, sich über die nächsten vier Jahre zu retten.

Wir sind das einzige Land, in dem die letzten drei Regierungschefs trotz Ehe kinderlos waren. Wie der Herr, so das Geschick, fällt einem dazu nur ein. Politiker

sind für viele Jugendliche Vorbilder. Zunehmende Kriminalität, Plünderung der Sozialkassen, geringere Renten und geringere Wirtschaftsleistung und damit abnehmender Wohlstand sind die Folgen der jetzigen Politik, mit der man den Folgen des Geburtenschwunds begegnen will.

Die einzige Politikerin, die die Probleme vorausgesehen hat, war die damalige brandenburgische Sozialministerin Regine Hildebrand, die den Eltern für Neugeborene 1000 Mark zukommen ließ. Das Programm lief nur fünf Monate, sie wurde von den eigenen Genossen niedergeschrien: „Wie bei den Nazis! Sprungprämie.“ Es gab damals eine reine SPD-Regierung unter Ministerpräsident Manfred Stolpe.

Immerhin muss man der DDR-Regierung zugestehen, dass sie mit sozialen Maßnahmen einen Geburtenschwund verhindert hat. Es geht also, wenn man will. *Dr. Hans Deves, Oranienburg*

STAATSFORM FÜR KRIMINELLE ZU: CHEFANKLÄGERIN FORDERT SOZIALRABATT BEI STRAFEN (NR. 10)

Berlins Generalstaatsanwältin kommt mit ihrer Initiative (Geldstrafen für „arme“ Straffällige von 15 auf fünf Euro herabzusetzen, d. Red.) einer Forderung der Sozialverbände nach. Die Caritas strebt sogar an, dass die Geldstrafen bei mittellosen Tätern nur drei Euro betragen sollen. Ja, den deutschen Staat kann man nicht mehr ernst nehmen. Betroffen sind „Bagatelvergehen“ wie Ladendiebstahl oder Schwarzfahren. In der Regel muss man dreimal ohne Fahrschein erwischt werden, um ein Strafverfahren auszulösen.

Die Justizsenatorin hat sich dafür ausgesprochen, Schwarzfahren nicht mehr als Straftat zu ahnden. Die Chefanklägerin in Berlin folgt damit dem Kurs des Koalitionsvertrages der Ampelregierung auf Bundesebene. Wenn es in Berlin geringere Strafen sollte als in anderen Bundesländern, wird die organisierte Krimi-

nalität dies in Berlin „würdigen“. Sogenannte Klimaaktivisten könnten auch von „Sozialrabatten“ profitieren. Die Demokratie würde eines Tages zur Staatsform für Kriminelle werden.

Jeweils ein Vertreter der CDU und der AfD lehnten den Sozialrabatt ab. Genauso darf es auch keinen Asylantenrabatt mehr geben. *Benno Koch, Harsefeld*

ZUM PANZERWRACK GEPILGERT ZU: ROSEN AUF DEM PANZERWRACK (NR. 10)

Das vor der russischen Botschaft in Berlin aufgestellte Panzerwrack war eine „Pilgerstätte“ für alle Berliner, sie zeigten hundertprozentige Solidarität für das ukrainische Volk. Ähnlich einer Völkerwanderung zogen die Berliner andächtig an dem Panzerwrack vorbei.

Beschämend, wie die komplette Straßenseite vor der Botschaft Unter den Linden an einem Sonntag komplett abgesperrt war. Warum die Presse darüber weder groß berichtet noch Fotos veröffentlicht hat, ist mit nicht erklärlich. Hoffentlich weht über der Deutschen Botschaft in Moskau unsere Nationalflagge genauso wie die des Aggressors in Berlin. *Volker Borchert, Berlin*

ES PASST AUF KEINE KUHHAUT ZU: DIE EIGENTLICHE ERKENNTNIS DER MESEBERGER KLAUSUR (NR. 10)

Was machte die Ampel unter Ausschluss der Öffentlichkeit (Klausurtagung) den ganzen lieben langen Tag inklusive der Nacht im Schloss Meseberg? Robert Habeck joggte, und die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kam aus Brüssel angedüst, während Friedrich Merz ungeduldig mit seinen Hufen scharrte, um die Zügel selbst zu übernehmen. Was diese Regierung tagtäglich, aber völlig sinnlos, an Steuergeldern verplempert, das passt wirklich auf keine Kuhhaut mehr. *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

ÜBERFLÜSSIGE EINRICHTUNG ZU: POLITISCHE BILDUNG AUF ABWEGEN (NR. 7)

Wozu benötigen wir eine Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)? Für politische Bildung braucht man nicht einen derart aufgeblähten Apparat.

Das hier vergeudete Geld sollte in Schulen und Universitäten investiert werden. Die in der BpB beschäftigten Menschen können eingespart werden, denn sie sind offensichtlich nicht für pädagogische Aufgaben geeignet. Wenn man sich die Politik in den vergangenen acht Jahren ansieht, dann ist dieses „Gebilde“ in Deutschland hervorragend aufgehoben (stramm links, islamische Weltanschauung, Feminismus). Die BpB-Referentin Peggy Piesche schimpft auf den weißen Mann, den Unterdrücker. Wenn der weiße Mann nicht gewesen wäre, dann hätte sie nicht eine solche Stellung.

Position und könnte auch solche „Sprüche“ nicht von sich geben. Wenn es um die Gleichberechtigung von Mann und Frau geht, dann sollte Piesche doch nach Afrika gehen. Dort hätte sie ein riesiges „Feld“, was sie bearbeiten kann. Oder ist das für sie zu anstrengend? Ohne eine Institution wie die BpB im Hintergrund zu haben, fehlt ihr der Mut.

Es ist bemerkenswert, dass die Stellvertreterin vom „Chef-Wissensvermittler“ Thomas Krüger, Cemile Giousouf, in der Türkei eine Erdoğan-Karikatur in einem deutschen Schulbuch kritisiert. Sie spricht nicht davon, dass viele Türken die Deutschen hassen und überwiegend christenfeindlich sind. Aber wehe einem Deutschen, der eine vergleichbare Beschimpfung in Richtung Islam abgibt! Es wird nicht über die Schandtaten an und in deutschen Kirchen gesprochen. Es gibt nicht nur christenfeindliche Ausschreitungen in Deutschland, sondern auch in Schweden, wo vor einigen Wochen öffentlich eine Bibel verbrannt wurde.

In der Bundeszentrale für politische Bildung erfolgt keine neutrale Wissensvermittlung, und damit ist sie völlig überflüssig. *Heinz-Peter Kröske, Hameln*

ANZEIGE

Jetzt bestellen!

Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Die Plünderung Deutschlands geht weiter!

■ 2016 erschien der Bestseller *Beuteland*, der in der Zwischenzeit den Status eines unerreichten Standardwerks erlangt hat.

2023 besaß Deutschland, größte Volkswirtschaft Europas und viertgrößte der Welt, mehr denn je einen unvergleichlich hohen Beutewert: als Hauptfinanzier der EU und ihrer monströsen Bürokratie und Umverteilung. Als Kreditgeber der letzten Instanz und Garant der nur notdürftig zusammengehaltenen Eurozone. Als verlockendes Fluchtziel für Migranten aus aller Welt. Als unentbehrliche logistische Drehscheibe für die Kriege der USA. Als Absatzmarkt für das teuerste Erdgas, das die Bundesrepublik je bezog. Als Geldquelle für die Profiteure der Energiewende und ihrer Lobby. Und nicht zuletzt als Verfügungsmasse einer links-grünen politischen Klasse, die sich den Staat zur Beute gemacht hat.

Zeit also für Bruno Bandulet, seinen Bestseller fortzuschreiben.

Er widerlegt gängige Legenden und Märchen mit Zahlen, Daten und Fakten. So zum Beispiel, dass Deutschland ein reiches Land sei. Während das Pro-

Kopf-Vermögen in Deutschland bei umgerechnet 60 600 Dollar liegt, kommen die vermeintlich armen Italiener auf 112 000 Dollar, die Schweizer sogar auf 168 000 Dollar.

Über allem liegt der Schleier einer ideologiegeladenen Propaganda, die den Erhalt von Macht und Pfründen absichert, die falsches Bewusstsein schafft und deren Methoden in diesem Buch akribisch aufgedeckt werden. Um Widerstände kleinzuhalten, werden die 12 dunklen Jahre der deutschen Geschichte instrumentalisiert. Schuldbewusstsein fungiert als Herrschaftsinstrument. So wird die vorliegende Bestandsaufnahme der deutschen Krise zu einer Absage an Propaganda und Schönfärberei und zu einem Plädoyer für eine neue Politik, die die wohlverstandenen Interessen der Nation wieder in den Mittelpunkt rückt.

Wie lange soll Deutschland noch zahlen?

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Bruno Bandulet: Rückkehr nach Beuteland gebunden • 301 Seiten • Best.-Nr. 988 400 • 22,99 €

INSTRUMENT DES JAHRES

Die Geige des kleinen Mannes

Klein, aber oho – Die Landesmusikräte stellen dieses Jahr die Mandoline groß in den Fokus

VON SILVIA FRIEDRICH

Allein von der Größe her kann sie gut überall mit hingenommen werden. Sie ist klein, aber faszinierend. Die Rede ist von der Mandoline. Seit 2008 wählen die Landesmusikräte der Länder jedes Jahr ein anderes Instrument aus, das für zwölf Monate in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gestellt werden soll.

In diesem Jahr einigten sich 14 Landesmusikräte auf die Mandoline. Gleichzeitig werden von jedem Bundesland eigene Schirmherren oder Schirmherrinnen gewählt. Somit wird das Projekt in Schleswig-Holstein und Berlin vom israelischen Musiker Avi Avital unterstützt und betreut, der auch kürzlich bei der Eröffnung des Mandolinjahres im Berliner Musikinstrumentenmuseum anwesend war und eine Kostprobe seines Könnens auf seiner Mandoline gab. Außerdem bekam an dem Tag der ebenfalls anwesende Klaus Lederer, Senator für Kultur und Europa, gleich einmal einen kurzen Mandolinunterricht von Avi Avital verpasst, zur Freude aller Anwesenden, denn ganz so leicht ist das Spiel denn nun doch nicht.

Immer mehr Kinder und Jugendliche entdecken inzwischen dieses großartige Instrument für sich. So gibt es in vielen Städten Lernkurse an Musikschulen, in denen man die Spieltechnik schnell erlernen kann. „Ich erinnere mich gut an das Gefühl, das ich hatte, als ich als kleines Kind zum ersten Mal eine Mandoline in den Händen halten durfte. Jeder Ton war wie Magie für mich und ist es bis heute“, sagt Avital voller Begeisterung, und wer ihn einmal hat spielen hören, wird es sicher nie mehr vergessen.

Die Mandoline ist Teil vieler Kulturen, daher wurde in Berlin der Titel des Instrumentenjahres auch erweitert und heißt nun – international angepasst auf Englisch – „Mandoline & global Friends“, also auch ihre verwandten Instrumente anderer Kulturen werden beachtet, so zum Beispiel die westafrikanische Kora, die Balalaika aus Russland, die Pipa aus China, die Sitar aus Indien und die Ud oder Oud aus den arabischen Ländern.

Mandolinen gehören zu den Zupfinstrumenten und werden mit einem Plek-



Musikunterricht für einen Kultursenator im Berliner Musikinstrumentenmuseum: Der israelische Mandolinenvirtuose Avi Avital (l.) zeigt Klaus Lederer von der Linkspartei, wie man Mandoline spielt
Foto: Friedrich

rum angeschlagen, das man zwischen Daumen und Zeigefinger hält und das aus verschiedenen Materialien, wie Horn, Hartgummi, Schildpatt oder Kunststoff hergestellt wird. In früheren Zeiten nahm man zum Anschlagen häufig auch den Federkiel von Geierfedern.

Es gibt bauchige Mandolinen mit einem runden Körper oder Flachmandolinen. Alle werden aus Holz gefertigt. Die Saiten des Instrumentes bestehen aus Metall. Das Besondere hierbei ist, dass Mandolinen vier in Quinten gestimmte Doppelseiten haben, die wie eine Geige gestimmt sind in den Tönen G-D-A-E. Die Doppelbespannung erzeugt einen besonderen Klang. So kann man das berühmte, für Mandolinen bekannte Tremolo durch schnelles Anschlagen der Saiten mit dem Plektrum erzeugen.

Die Geschichte der Mandoline reicht weit zurück. Zu Beginn gab es ein persisches Instrument, dessen schalenförm-

ger Körper aus geleimten Holzstücken bestand. Da „Holz“ im Persischen und Arabischen „ud“ heißt, nennt man das Instrument dementsprechend.

Brückenbauerin der Kulturen

Mit den arabischen Eroberern gelangte das Instrument im 8. Jahrhundert nach Südeuropa. Daraus entwickelte sich die mittelalterliche Laute, die sich über ganz Europa verbreitete. Auffällig an der Laute ist der nach hinten abgeknickte Hals. Aus dem Instrument entstand später die kleine, hoch gestimmte Mandoline. Nach 1750 war sie das beliebteste Hausmusik-Instrument, wurde dann aber vom Klavier abgelöst. Doch in Italien wurde sie Mitte des 19. Jahrhunderts sogar zum Nationalinstrument.

Anfangs spielte man die Mandoline solo, später dann mit anderen gemeinsam. Man nennt sie auch „Geige der Arbeiter“, weil Ende des 19. Jahrhunderts

viele Arbeiter-Mandolinenorchester entstanden. Auch die Anfang des 20. Jahrhunderts in Gang gesetzte Jugendbewegung „Wandervögel“ nutzte die Mandoline bei ihren Zusammentreffen.

Viele Komponisten wie Händel, Vivaldi und Mozart schrieben Melodien für die Mandoline. Und auch in der Rockmusik bedienten sich einige Bands dieses Instrumentes. Aus der irischen Folkmusik oder der Bluegrassmusik, einer Unterart der US-amerikanischen Countrymusik, ist sie ebenfalls nicht wegzudenken. In den 1970er Jahren besannen sich Folk-Musiker wieder des Instrumentes und setzten es häufig in ihren Musikstücken ein.

Zu Recht bezeichnet man die Mandoline als Brückenbauerin zwischen den Epochen und Kulturen.

● **Mandoline & global Friends** Termine und Karten: www.landesmusikrat-berlin.de/projekte/instrument-des-jahres

INSTRUMENTENBAU

So geigt sich was zusammen

Kostbares Material allein hilft nicht – Für eine gute Violine braucht es viel Erfahrung, Wissen und Tradition

Neben der Mandoline ist die Geige eines der kleinsten Saiteninstrumente. Dafür kann es wunderbar virtuose Töne erzeugen. Die Töne entstehen durch den Bogen, der über die Saiten streicht. Diese werden aus Kunststoff, Silber, Kupfer, Seide oder Tierdarm gefertigt. Wenn man sie zupft oder darüber streicht, werden sie in Schwingungen versetzt.

Geigen oder Violinen, wie wir sie heute kennen, wurden erst Anfang des 16. Jahrhunderts gebaut. Einer der besten Geigenbauer kam aus Cremona in Italien und hieß Antonio Stradivari. Seine vor rund 300 Jahren gebauten Instrumente kosten heute bis zu drei Millionen Euro. Kostbare Geigen kommen auch aus dem bayerischen Mittenwald, wo der Instrumentenbau eine lange Tradition hat.

Da eine Violine aus Holz besteht und dieses beim Klingen mitschwingt, kommt es auf gutes Klangholz an. Das ist meistens aus kargen Böden, langsam gewach-

sen und hat enge Jahresringe. Es muss auch grade sein und wenige Äste haben. Ganz wichtig ist, dass das Holz viele Jahre luftgetrocknet lagert. Je älter das Holz, umso besser ist es geeignet. Dann ist die Feuchtigkeit entwichen, was verhindert, dass sich das Holz später verzieht.

Die Decke der Geige besteht oft aus Fichte, ein Holz, das wichtig ist für Elastizität und Schallgeschwindigkeit. Boden und Seitenteile sind aus härterem Ahorn und das Griffbrett aus Ebenholz, ein sehr wertvolles, hartes Holz aus Asien oder Afrika. Weil man beim Spielen die Saiten ständig auf das Griffbrett drückt, braucht man dafür ganz besonderes Holz.

Aus dem gelagerten Holz werden Boden und Deckel ausgesägt. In beides schnitzt der Geigenbauer eine für den Klang wichtige Wölbung hinein. Anschließend wird mit winzigen Hobeln alles glattgeschliffen. In die Geigendecke schneidet er zwei sogenannte F-Löcher,

die wie ein altmodisches F aussehen. Die Seitenwände oder Zargen werden um einen heißen Metallstab gebogen, damit das



Eine Geigenwerkstatt in Mittenwald

Holz nicht reißt. Dann leimt man die Teile zusammen, Hals und Schnecke werden auf den Geigenkörper gesteckt und das Instrument mehrfach lackiert. Der Lack verbessert den Klang entscheidend.

Sind die Instrumente getrocknet, fehlt noch die Seele der Geige: der Stimmstock. Das ist ein kleiner Holzstab, den der Geigenbauer durch das F-Loch in die Geige steckt. Der Stab verstärkt den Klang und verhindert, dass die Geige zusammenbricht. Die vier Saiten spannt man über einen Steg aus Holz, der sich in der Mitte der Geigendecke befindet.

Nun fehlt nur noch der Geigenbogen. Die Bogenstange besteht aus Holz, auf das langes Schweifhaar von Pferden gespannt wird. Die Haare müssen immer mal wieder erneuert werden. Der Geiger streicht sie noch mit dem Baumharz Kolophonium ein, damit die Saiten gut schwingen. Danach steht dem Musizieren nichts mehr im Wege.
S.F.

SARAH BERNHARDT

Tod einer Göttlichen

Sie gilt als eine der ersten Bühnenstars der Geschichte: Sarah Bernhardt. Die vor 100 Jahren gestorbene französische Schauspielerin wurde vom Publikum wegen ihres Temperaments, der Anmut ihrer Bewegungen sowie ihrer „schönen Stimme“ beinahe abgöttisch verehrt. Und zwar auf eine Weise, dass Blumenzüchter eine Pfingstrose nach ihr benannten und Jules Verne sie im Roman „Der Findling“ in der Figur der Aktrice Anna Walston verewigte.

Bernhardt wurde am 22. Oktober 1844 in Paris geboren. Um ihre Herkunft ranken sich viele Geschichten. Ihre Mutter war eine Jüdin aus den Niederlanden, die in Paris als schöne und teure Kurtisane auftrat. Der Name ihres prominenten Vaters liegt bis heute im Dunkeln. Das heranwachsende Mädchen wurde wegen seiner künstlerischen Begabung vom Duc de Morny, dem Halbbruder Napoleons III., der für eine längere Zeit als maßgeblicher Liebhaber ihrer Mutter überliefert ist, zur Bühnenausbildung an das Nationaltheater Comédie Française in Paris vermittelt. Mit 18 Jahren hatte sie ihr Bühnendebüt mit der Titelrolle in „Iphigénie“ von Jean Racine.

Im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 pflegte sie in Lazaretten Verwundete. Anschließend wurde sie durch Gastspiele in Europa und den USA zur berühmtesten Darstellerin ihrer Zeit. Nur um Deutschland machte die kämpferische Nationalistin immer einen großen Bogen.

1882 ließ sie sich von dem Botschaftsattaché Jacques Damala blenden, heiratete ihn, richtete ihm ein ei-



Starb vor 100 Jahren: S. Bernhardt

genes Theater ein und musste dann erleben, dass er ein Spieler und morphinsüchtig war, was zum Ruin des Theaters und zur Trennung führte. Das zwang die Künstlerin auf eine umfangreiche Europa- und Welttournee, um die Verluste wieder einzuspielen.

In der Folge fiel Bernhardt durch eine exzentrische Lebensführung auf. Mit ihren Memoiren regte sie Marcel Proust zu dessen berühmten Roman „Auf der Suche nach der verlorenen Zeit“ an, der Bezüge zu Bernhardt aufweist. Sie brillierte zudem in den ersten Stummfilmen, bekam als Frau eine Professur am Pariser Konservatorium und wurde Mitglied der französischen Ehrenlegion.

Später erlebte die couragierte Frau neue Schicksalsschläge. Nach einem Bühnenunfall in Rio de Janeiro wurde ihr rechtes Bein unterhalb der Hüfte amputiert. Sie arbeitete mit einer Beinprothese weiter, verdrängte die damit verbundenen Schmerzen und engagierte sich als überzeugte Patriotin während des Ersten Weltkriegs hinter den Frontlinien bei der Truppenbetreuung. Dann aber waren ihre Kräfte aufgebraucht. „Die Göttliche“ starb am 26. März 1923 im Alter von 78 Jahren in Paris. *Martin Stolzenau/tws*

● FÜR SIE GELESEN

Archäologie
auf heutige Art

Harald Meller, Professor für Archäologie in Halle, der an der Sicherstellung der Himmelscheibe von Nebra beteiligt war, und der Historiker Kai Michel gehen in ihrem Buch „Das Rätsel der Schamanin“ der Geschichte einer Frau nach, deren Grab in Bad Dürrenberg im Saalekreis 1934 entdeckt wurde. Ein Großteil des Buchs ist der ideologischen Vereinnahmung früherer Archäologen gewidmet. Die ständige Rassistik- und Imperialismus-Kritik langweilt, obwohl der Untertitel „Eine archäologische Reise zu unseren Anfängen“ eine spannende archäologische Erzählung suggeriert.

Interessant wird es ab dem letzten Drittel des Buchs, in dem geschildert wird, welche Rückschlüsse auf das Leben der Schamanin vor 9000 Jahren heutige Untersuchungsmethoden – etwa der DNA – zulassen. Zahlreiche Schwarz-Weiß- und Farbaufnahmen veranschaulichen die Besonderheit der Bestattung sowie den Fortgang der Nachuntersuchungen.

Befremdlich wirkt, dass die Autoren am Ende zu dem Schluss kommen, dass es sich um eine Schamanin handelt – diese Interpretation werfen sie zu Beginn früheren Archäologen, vor allem der NS-Zeit und der DDR, stark moralisierend vor. MRK

Harald Meller/Kai Michel: „Das Rätsel der Schamanin. Eine archäologische Reise zu unseren Anfängen“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2022, gebunden, 364 Seiten, 28 Euro

Neuaufgabe zu
Suters 75.

Der 33-jährige Reporter in Martin Suters Roman „Ein perfekter Freund“, Fabio Rossi, wacht nach einem Überfall ohne Erinnerung an die letzten 50 Tage im Krankenhaus auf. Nach der Entlassung muss er feststellen, dass sein bester Freund Lucas mit seiner Freundin Norina zusammen ist. Was war passiert? Rossi versucht die Fäden seiner Vergangenheit wiederaufzunehmen. Erstaunliches kommt zutage. Er hat nicht nur seine Freundin, sondern auch seinen Job verloren.

Der Reporter war bei einer Recherche auf einen Lebensmittelskandal aufmerksam geworden, der nicht ganz ungefährlich war, da es um viel Geld ging. Freund Lucas scheint in die Sache verstrickt zu sein. Rossi muss mit allen Personen sprechen, mit denen er in den letzten 50 Tagen Kontakt hatte, denn seine Daten auf dem Computer wurden gelöscht und die Unterlagen sind verschwunden.

Suters Romane sind international große Erfolge geworden. Titel wie „Lola, Lola“ und „Small world“ wurden verfilmt. „Der perfekte Freund“ wurde bereits 2002 veröffentlicht und als Deluxe-Ausgabe anlässlich Suters 75. Geburtstag neu aufgelegt.

Angela Selke



Martin Suter: „Ein perfekter Freund“, Diogenes Verlag, Zürich 2023, gebunden, 447 Seiten, 15 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE

Danzig im
Überblick

Die Neuauflage des beliebten Marco-Polo-Reiseführers gibt in Kürze vielseitige Tipps und Anregungen für den nächsten Trip



Danzig entdecken mit seinen königlichen Handelshäusern, der Backsteingotik der Hansezeit, den Patrizierhäusern und nicht zuletzt seinen Sehenswürdigkeiten am Wasser – an der Mottlau und an der Ostsee. Der Marco-

Polo-Reiseführer hält viele Ziele zu Sehenswürdigkeiten, zu Einkaufserlebnissen und Freizeitmöglichkeiten bereit, ist reich bebildert und enthält kurze Informationen. Eine dreigeteilte Karte dient der Orientierung. MRK

Marco Polo: „Danzig“, MairDumont Verlag, 7. aktualisierte Auflage, Ostfildern 2023, kartoniert, 134 Seiten, 14,95 Euro

GEOPOLITIK

Chinas Neue
Seidenstraße

Der Unternehmer Uwe Behrens sieht in dem größten Infrastrukturprojekt aller Zeiten einen Beitrag zu Wachstum und Wohlstand weltweit

VON WOLFGANG KAUFMANN

China versucht, zur führenden Wirtschaftsnation der Welt aufzusteigen. Dazu muss sich die Volksrepublik auch umfassend wirtschaftlich vernetzen. Diesem Zweck dient das Projekt „Ein Gürtel, eine Straße“, das man im Ausland unter der englischen Bezeichnung „Belt and Road Initiative“ (BRI) kennt. Es handelt sich um das größte Infrastruktur-Entwicklungsprogramm aller Zeiten, in das schon über 140 Staaten Asiens, Europas, Afrikas und Lateinamerikas einbezogen wurden. Für Kritiker der BRI, wie sie vor allem in den führenden Industrieländern des Westens sitzen, ist das Ganze gleichbedeutend mit dem Versuch der kommunistischen Führung in Peking, China zur globalen Hegemonialmacht zu machen. Das sei eine völlige Fehleinschätzung, meint der Unternehmer und Manager Uwe Behrens, der selbst an dem Projekt beteiligt war und nun in dem Buch „Der Umbau der Welt“ seine Sicht darlegt.

Wie der Logistik-Experte sagt, geht es ihm darum, ohne negative Vorurteile und Unterstellungen über die BRI zu berichten. Allerdings verfällt er ständig in das entgegengesetzte Extrem: Sein Werk ist eine einzige Lobeshymne auf die Pläne der Volksrepublik, die angeblich nicht nur sich selbst, sondern der ganzen Welt zu Wachstum und Wohlstand verhelfen will.

Themen des ersten Teils sind die historische Seidenstraße, welche das Vorbild für die „Neue Seidenstraße“ darstellt, die

internationalen Organisationen zur Unterstützung des Projektes, in denen China eine tragende Rolle spielt, und die einzelnen Teilabschnitte der BRI zur See und auf dem eurasischen Festland sowie in Afrika und Lateinamerika.

Dem folgt der zweite Teil mit sechs Abschnitten über die „Digitale Neue Seidenstraße“, die BRI und den Klimawandel, „Die Schuldenfalle und den Neokolonialismus“ sowie die unablässigen Bemühungen Chinas, eine harmonischere und somit bessere Welt zu erschaffen. In diesem Zusammenhang lautet dann auch das Fazit von Behrens, das glatt einer Propagandabroschüre der Kommunistischen Partei China entnommen sein könnte: Die Volksrepublik versuche andere Staaten auf dem Weg zu Wohlstand und Frieden mitzunehmen, „ohne sie ihrer nationalen Besonderheiten zu berauben. Sie lässt diese Staaten ihren eigenen Weg gehen. China gibt keine Werte vor, diktiert keine Lebensformen, verlangt keine Unterwerfung.“ Das sehen die Menschen im annektierten Tibet und die brutal unterdrückten Uiguren in Xinjiang freilich etwas anders.



Uwe Behrens: „Der Umbau der Welt. Wohin führt die Neue Seidenstraße?“, Edition ost, Berlin 2022, broschiert, 253 Seiten, 18 Euro

POLITIK

Eine Eloge auf
Angela Merkel

Der Diplomat Christoph Heusgen, langjähriger Berater der Alt-Kanzlerin, sinniert über die vergangene und künftige Rolle Deutschlands

VON DIRK KLOSE

Als viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt muss Deutschland jetzt Führung und Verantwortung übernehmen, nicht in Sonntagsreden, sondern in der täglichen Praxis,“ schreibt Christoph Heusgen. Das bedeute aktive Beteiligung an friedenssichernden Maßnahmen, globales Eintreten für die UN- und Menschenrechtscharta und entschlossenen Widerstand gegen jede Diktatur wie jetzt gegen Putin. Auch gebiete es die wirtschaftliche Vernunft, die Abhängigkeit von China zu verringern.

Heusgen war Chefdiplomat in leitenden Positionen. Prägend für ihn, sagt er rückblickend, sei seine Zeit von 2005 bis 2017 als außen- und sicherheitspolitischer Berater von Angela Merkel gewesen. Danach vertrat er bis 2017 die Bundesrepublik bei der UN. Inzwischen hat er den Vorsitz der Münchner Sicherheitskonferenz übernommen. In seinem Buch „Führung und Verantwortung“ lässt er Erlebnisse bei der Bundeskanzlerin Revue passieren.

Der Reiz solcher Bücher liegt in der „Plauderei aus dem Nähkästchen“. Heusgen war von Beginn der Kanzlerschaft Merkels dabei und referiert chronologisch alle ihre außenpolitischen Entscheidungen, Reisen und Konferenzen: zu Beginn die europäischen Partner und Institutionen, dann alle Mittelmeeranrainer mit einem düsteren Ausblick auf Israel („bleibt nicht auf Dauer eine Demokratie“), das längste Kapitel zu den USA mit den freundlichen Treffen mit Präsident Bush und den frosti-

gen mit Trump, am Ende China und die Länder in Afrika und Lateinamerika.

Ein besonderes Kapitel gilt Russland und speziell Putin, mit dem die Kanzlerin ganz offenbar „konnte“. Hier wird die Erzählung spannend. Der Leser erlebt die Wandlungen dieses Mannes von einem halbwegs verständigungsreichen Politiker zu einem skrupellosen Diktator. Hier ist auch eine der wenigen Passagen, in denen Heusgen am Beispiel der Minsker Verhandlungen 2015 die Härte der Gespräche schildert (Putin und Poroschenko saßen „nebeneinander erschöpft auf ihren Stühlen“) und seine Rolle etwas näher beschreibt, was man sich auch an anderen Stellen etwas mehr gewünscht hätte.

Das Buch ist bei aller Nüchternheit eine Eloge auf die Kanzlerin, Kritik bleibt gänzlich ausgespart. Vielleicht kann es nicht anders sein, wenn man aus dieser Position heraus schreibt. Wie ein roter Faden durchzieht das Buch die Mahnung, Deutschland müsse in Europa und der Welt mehr Führung und Verantwortung übernehmen, „was nicht heißen kann, immer nur als Letzter das Richtige zu tun“.



Christoph Heusgen: „Führung und Verantwortung. Angela Merkels Außenpolitik und Deutschlands künftige Rolle in der Welt“, Siedler Verlag, München 2023, gebunden, 250 Seiten, 24 Euro



***Für Freiheit und
Selbstbestimmung.***

Nicolaus Fest

de.idgroup.eu

● AUFGESCHNAPPT

Der Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen hat ein neues Beobachtungsobjekt ausgemacht: Es sind Leute, die sich die „Eliten im Staat“ zum Feindbild erkoren hätten. Laut „Rheinischer Post“ gehören zu diesen „Eliten“ Politiker, Wissenschaftler oder auch Journalisten. Diese neue Szene aus „Demokratiefeinden“ sei aus dem Protest gegen die Pandemiemaßnahmen hervorgegangen und verfolge eine systemfeindliche Agenda. Wie der NRW-Verfassungsschutz erläutert, wenden sich die Systemgegner nunmehr Themen wie hohe Energiepreise, Waffenlieferungen an die Ukraine oder Russland-Sanktionen zu. Die Frage ist, ob die Entfremdung solcher Menschen vom „System“ darauf zurückzuführen sein könnte, dass die tonangebenden Schichten bei immer mehr Politikthemen bemerkenswert ähnliche Auffassungen vertreten, wo früher entschiedener Meinungsstreit die Szene beherrschte. Möglicherweise treibt ja der schwindende Pluralismus innerhalb der „Eliten“ eine Radikalisierung andersorts erst voran. H.H.



Letzte Generation

● STIMMEN ZUR ZEIT

Schauspieler Thomas Heinze („Tatort“, demnächst „Der Alte“) hat die Lust an Berlin verloren. Der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (17. März) sagte er:

„Anfangs war es ja ganz lustig und irgendwie auch charmant. Aber jetzt finde ich es eigentlich nur noch traurig, mit welcher Chuzpe hier einfach über alles hinweggegangen, willkürlich entschieden wird und nichts, wirklich nichts mehr funktioniert.“

Ralf Neukirch kommentiert im „Spiegel“ (18. März) den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag gegen Wladimir Putin:

„Russland, aber auch die USA, Frankreich und Großbritannien lehnen es ab, sich der internationalen Rechtsprechung zu unterwerfen, was das Verbrechen der Aggression betrifft ... Die führenden westlichen Staaten wollen Putin vor ein Gericht bringen, während sie selbst Immunität beanspruchen. Damit kommen sie nicht durch. Viele Staaten des globalen Südens erkennen darin, zu Recht, einen Fall von Doppelmoral.“

Fritz Goergen nimmt die jüngst beschlossene Wahlrechtsreform auf „Tichys Einblick“ (20. März) zum Anlass für eine Abrechnung mit dem gesamten Parteienspektrum, wobei er eine Partei besonders abstoßend findet:

„Jene Partei, die angetreten war mit dem Anspruch, nicht so zu sein wie die alten Parteien ... ist nun die Inkarnation der hemmungslosen Rücksichtslosigkeit des Parteienstaats, der grenzenlosen Selbstbedienung ... Der interessante Unterschied: Die Grünen in der zweiten und dritten Reihe ihrer Machthierarchien versuchen – anders als die der anderen Parteien – gleich gar nicht, ihre wahren Absichten der totalen Machtausweitung überhaupt noch hinter irgendwelchen Nebelworten zu verbergen.“

Mit der Übernahme der Credit Suisse durch die UBS sei ein Bankenmonster entstanden, bedauert Jan Gänger auf „n-tv“ (20. März). Das mache die Sache noch gefährlicher, denn:

„Wer zu großes Risiko eingeht, muss die Folgen tragen. Bei großen Banken ist das nicht der Fall. Da eine Pleite das globale Finanzsystem erschüttern kann, verlassen sie sich darauf, notfalls vom Staat mit Steuergeldern gerettet zu werden. Diese Systemrelevanz wird eben nicht notwendigerweise als besondere Verantwortung interpretiert, sondern als Freifahrtsschein.“

● WORT DER WOCHE

„Die Grünen wollen mit dieser Klimapanik ihre Macht zementieren ... Das hat nichts mit Umweltschutz und schon gar nichts mit Naturschutz oder Schutz der Erde zu tun.“

Uwe Fischer bringt auf dem Blog von PAZ-Autorin Vera Lengsfeld am 19. März das Ziel der apokalyptischen Klimakampagne auf den Punkt

DER WOCHENRÜCKBLICK

Da kippt etwas

Wovon die Habeck-Partei so überrascht ist, und wie sie erst richtig Gas gibt

VON HANS HECKEL

Das ich meine Grundsteuererklärung fristgerecht abgegeben habe, hat das zuständige Finanzamt zu nächst gar nicht mitbekommen. Also erreichte mich zunächst eine „Erinnerung“. Drei Tage später indes flatterte doch noch die Bestätigung ein, dass ich die Erklärung sehr wohl abgegeben hatte – in einem Anschreiben voller Zahlen, die ich nicht im Mindesten verstanden habe.

Böse Zungen behaupten ja, die Bürokraten gestalteten ihre Erläuterungen mit Absicht so kompliziert, damit wir Normalbürger da nicht durchblicken können. Wissen ist bekanntlich Macht, und die teilt man nur ungern. Sollte dem so sein, dann haben es die Machthaber in den Amtsstuben und verantwortlichen Regierungsparteien möglicherweise zu weit getrieben. So weit nämlich, dass sie sich in dem Labyrinth, in dem sich eigentlich nur wir Normaldeutschen verlaufen sollen, mittlerweile selbst verirren.

Sollte nicht passieren, ist es aber: Der Staatsbetrieb Sachsenforst (SBS) hat es tatsächlich nicht geschafft, die Grundsteuererklärung für seine 33.000 Liegenschaften bis zum 31. Januar abzuliefern, wie aus der Antwort auf eine kleine Anfrage der AfD im sächsischen Landtag hervorgeht. Herr über den Laden ist der grüne Umweltminister Wolfram Günther. Dessen Ministerium lamentiert über die „enorme Herausforderung“ wegen des „Volumens“ und der „Differenziertheit“ des von der SBS verwalteten Grundvermögens. Allerdings wusste der Staatsbetrieb bereits seit 2021 über die Reform der Grundsteuer Bescheid, hatte also jede Menge Zeit, um die „Herausforderung“ zu stemmen.

Die freie Wirtschaft klagt seit Jahren über die wachsenden Bürokratielasten, welche ihnen eine ausufernde Staatsbürokratie aufbürdet. Nun also ist das Gestrüpp der staatlichen Regelungen so komplex und unentwirrbar herangewachsen, dass sich die Staatsbürokratie darin selber nicht mehr zurechtfindet. Zumindest nicht fristgerecht. Man könnte es den Kippunkt des Amtsschimmel-Unwesens nennen: Das Viech scheitert ab jetzt an seinen eigenen Hervorbringungen.

Ein heikler Kippunkt hat auch die Grünen ereilt. Es flutscht nicht mehr so. Die Berliner Wiederholungswahl und ihre Folgen hat es ebenso gezeigt wie die mit großer medialer Aufmerksamkeit quitierte jüngste INSA-

Umfrage, nach der die Grünen hinter die AfD gerutscht sind – 15 zu 16 Prozent. Wie konnte das passieren, trotz der mächtigen grünen Hilfstruppen in allen erdenklichen Institutionen des Landes?

Mindestens zwanzig Jahre lang galt es unter allen etablierten Parteien doch als schick, möglichst nahe bei den Grünen zu sein! Was immer die vermeintliche Ökopartei zum großen Thema erklärte, das wurde auch eines – und alle anderen hechelten hinterher, selbst Union und FDP.

Die Hechelei hatte freilich Folgen – für das Land, für die übrigen Parteien, und schließlich für die Grünen selbst. Das Land kommt immer mehr Leuten vor wie ein ideologisches, zunehmend funktionsuntüchtiges Irrenhaus, die übrigen Parteien verblassten zusehends und die Grünen haben sich daran gewöhnt, nur noch mit sich selbst zu sprechen. Der gesamten Außenwelt begegneten sie mit dauerbelehrender Herablassung. Warum mit den anderen überhaupt reden, wenn die einem über kurz oder lang sowieso hinterherlaufen?

Sie trauen ihren Augen nicht

So allerdings vergruben sich die Grünen – ohne es zu merken – immer tiefer in ihrem ideologischen Morast, in dem Wunsch und Wirklichkeit zu einem scheinbar unauflösbaren Ganzen verschmolzen. Wenn es Widerspruch gab, konnte der nur von moralisch minderwertigen oder charakterlich niederträchtigen Gestalten ausgehen, die als „Rechte“, als gefährliche Abweichler zu entlarven waren. Oder von Dummbatzen, denen man die einzige Wahrheit noch mal erklären musste. „Die Menschen mitnehmen“ heißt das dann im Jargon der Polit-Therapeuten.

Aber wie gesagt: Plötzlich läuft das nicht mehr so. Was im Februar in Berlin passiert ist, markiert die Wende: Erst geht die Wahl verloren und dann wollen die Sozen mit der CDU gehen – aus ist's mit „schick“. Die Hauptstadt-Grünen haben den Schock noch nicht einmal im Ansatz verdaut.

Diejenigen, die schon etwas klarer denken, stecken den Kopf aus dem Morast und trauen ihren Augen nicht, was sich da um sie herum zusammengebraut hat: Der Sozialverband kritisiert Robert Habecks Heizungspläne als „Harakiri für Ärmere“, die Naturschutzverbände schlagen die Hände über dem Kopf zusammen angesichts der Landschaftsverwüstung im Namen der „Energie-

Auf einmal ist es unter den übrigen etablierten Parteien nicht mehr schick, möglichst nahe bei den Grünen zu sein



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

wende“, und die einst so freundlich folgtsamen Gewerkschafter reiben sich den Schlaf aus den Augen und beklagen zunehmend öffentlich die Entindustrialisierung der Republik, die mutmaßlich auch irgendetwas mit grüner Energiepolitik zu hat. Sogar die bislang so handzahme FDP wagt einen Piepser und sagt freundliche Worte über die Kernenergie. Von der anderen Seite schicken sich die von den Grünen selbst gezüchteten Klima-Extremisten an, eine eigene Partei zu gründen. Von wem die sich wohl die Wähler holen wird?

Es ist ernst, doch so ohne Weiteres lässt sich die zu gewaltiger Größe angewachsene grüne Machtmaschine nicht ins Wanken bringen. Zurückweichen kommt nicht infrage – vorwärts immer, rückwärts nimmer! Da gilt es eben, den Pöbel noch rigider an die Kandare zu nehmen. Die Antonio-Amadeu-Stiftung, gegründet von der Ex-Stasi-Agentin Anetta Kahane und finanziell gefördert vom Bundesfamilienministerium der Grünen Lisa Paus, gibt die Richtung vor. Die Stiftung hat eine Stelle geschaffen, bei der antifeministische Umtriebe gemeldet werden sollen. Dazu zählt bereits bloße Kritik an der Gendersprache, wie sie mehr als 500 Sprach- und Literaturwissenschaftler in einem gemeinsamen Aufruf geäußert haben.

Das Prinzip dieser Meldestelle ließe sich als Blaupause für eine immer effektivere Bekämpfung abweichender Elemente im Volk verwenden. Müsste nicht auch Kritik an Habecks Heizungsplänen gemeldet werden, um die Aktivitäten der „Heizungsleugner“ angemessen zu denunzieren? Was ist mit den „Verbrenner-Extremisten“, die dreist bezweifeln, dass E-Mobilität beim richtigen „Mindset“ ganz sicher flächendeckend funktionieren wird? Und mit den Tempolimit-Delegitimierern oder den Flugscham-Zersettern?

Es ist noch sehr viel zu tun, zumal der Widerstand wächst. Mit der Andeutung, bei der Heizungssache Ausnahmen einzuräumen und „Härtefälle“ zu berücksichtigen, will Habeck daher Zeit schinden. Die Leute haben zu früh bemerkt, wohin die grüne Reise geht, in ihr Verderben nämlich, und werden rebellisch. Daher muss man sie zunächst einmal beruhigen, bis sie wieder eingeschlafen sind. Danach geht es mit gleicher Energie und Zähigkeit weiter im Text. Wenn die Deutschen erst scharenweise ihre Häuser verlieren, weil sie die Umrüstung nicht schultern können, wird es für sie zu spät sein. Pech gehabt!